

Im Gespräch: Ein neues Grundsatzprogramm

Diskussionsentwurf

CDU

Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands

– ENTWURF –

vorgelegt von der Grundsatzprogramm-Kommission

Januar 1993

Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert 7

Kapitel I

Wir Christliche Demokraten

1. Wer wir sind

Unser Verständnis vom Menschen

Die Grundwerte unserer Politik

2. Das wir wollen

Die Einheit in Freiheit gestalten

Die Gesellschaft erneuern

Kapitel II

Für die freie Entfaltung der Person in unserer Gesellschaft

1. Die freie Entfaltung der Person

Freiheit in Verantwortung

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau

2. Die Familie – Keimzelle der Gesellschaft

Ehe und Familie

Kinder

Familie und Beruf

Jugend

Ältere Menschen

3. Die Entwicklung unserer Kultur

Erziehung und Bildung

Arbeit und Freizeit

Kirchen und Religionsgemeinschaften

Medien und Öffentlichkeit

Kunst und Kulturtraditionen

Unser Zusammenleben mit Menschen anderer Nationalität

Kapitel III

Für eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft

1. Wirtschaftsstandort Deutschland

2. Unser Weg der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft

Prinzipien der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft

Initiative und Verantwortung stärken

Für eine sichere soziale Zukunft

Kapitel IV	
Für einen freiheitlichen Staat	45
1. Wir in der Demokratie	46
Wir Bürger im Staat	46
Staatsbürgerliche Identität	46
Unsere parlamentarische Demokratie	47
Gemeinwohl und Pluralismus	48
2. Unser föderaler Rechts- und Sozialstaat	49
Unser Rechtsstaat	49
Unser Sozialstaat	50
Föderalismus in Deutschland	50
3. Deutschland im geeinten Europa	50
Deutschland in der Europäischen Union: Das Europa der Bürger	50
Menschen unterschiedlicher Nationalität	51
 Kapitel V	
Für eine freie, friedliche und verantwortliche Welt	53
1. Deutschlands Rolle in der Welt	54
2. Europa auf dem Weg zur Einheit	55
Unser Europa	55
Die Europäische Union	55
3. Unsere Verantwortung in der „Einen Welt“	57
Frieden und Sicherheit	57
Entwicklungspartnerschaft	58
Kulturaustausch und deutsche Minderheiten im Ausland	60
 Kapitel VI	
Für die Bewahrung der Schöpfung	61
1. Unsere Verantwortung für die Schöpfung	62
Die Verantwortung annehmen	62
Das Umweltbewußtsein stärken	62
2. Wissenschaft, Forschung und Technik in Verantwortung für die Schöpfung	63
Freiheit und Grenzen menschlichen Handelns	63
Wissenschaft, Forschung und Technik	64
3. Unser Weg zur Bewahrung der Schöpfung	64
Umweltpolitik in Deutschland	64
Globale Umweltpartnerschaft	66
 Politik der Glaubwürdigkeit	69
 Stichwortverzeichnis	71
 Anhang	75

Deutschland an der Schwelle zum 21. Jahrhundert

- ¹ Unsere Welt befindet sich in einem tiefgreifenden Umbruch. Mit dem Zusammenbruch des Sozialismus und dem Ende der Spaltung Europas sind wir in eine neue Epoche der Geschichte eingetreten. Für mehr Menschen als je zuvor sind Freiheit und Frieden, Rechtsstaatlichkeit und Demokratie möglich. Wir sind auf dem Weg zur Vollendung der europäischen Einheit und zum Aufbau einer Friedensordnung für ganz Europa.
- ² Wir Deutschen sind dankbar und stolz, nach der Wiedervereinigung Deutschlands unsere Zukunft in Freiheit gemeinsam gestalten zu können. Wir dürfen gleichwohl unsere Augen nicht vor den Problemen verschließen, die ein friedliches und humanes Zusammenleben der Menschen auf der Erde gefährden. Wir Christliche Demokraten stellen uns den drängenden Fragen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert:
- ³ ● Werden wir die innere Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit vollenden und zur Erneuerung unserer Gesellschaft nutzen, oder werden Interessen gegen Interessen stehen und das Zusammenwachsen Deutschlands behindern?
- ⁴ ● Werden wir das Gemeinwohl und die Wertgrundlagen unserer Demokratie stärken, oder werden Verantwortung und Toleranz von einem ungezügelten Egoismus verdrängt werden?
- ⁵ ● Werden wir die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft und unseres Sozialstaats bewahren und fördern, oder werden Bequemlichkeit und Besitzstandsdenken unser Handeln bestimmen?
- ⁶ ● Werden wir gemeinsam mit unseren Nachbarn und Partnern die Europäische Union vollenden und dazu beitragen, daß in ganz Europa Frieden und Freiheit herrschen, oder werden neue Nationalismen die Verwirklichung dieses großen Zieles verhindern?
- ⁷ ● Werden wir unseren Beitrag dazu leisten, die Kluft zwischen Arm und Reich in der Welt abzubauen und Frieden, Demokratie und Gerechtigkeit in der Welt zu fördern, oder werden sich die reichen Staaten hinter nationalen Aufgaben und Problemen verstecken?
- ⁸ ● Werden wir unser Handeln auf die Bewahrung der Schöpfung ausrichten und die notwendigen Weichenstellungen dafür vornehmen, oder wird der Ausgleich zwischen Mensch und Natur scheitern?
- ⁹ Wir werden die Herausforderungen unserer Zeit bestehen. Wie keine andere Partei hat die CDU Deutschlands die Entwicklung unserer Demokratie und unseres freiheitlichen Staates geprägt. Unsere Erfahrung ist das Kapital, das wir in die Gestaltung unserer gemeinsamen Zukunft einbringen.
- ¹⁰ Wir wollen unsere Gesellschaft erneuern. Wir wollen die Werte in unserer Gesellschaft stärken, die Familie als Keimzelle unseres Gemeinwesens unterstützen und die Verantwortungsbereitschaft des einzelnen und in der Gesellschaft fördern. Ausgehend vom christlichen Verständnis vom Menschen treten wir mit Entschlossenheit und Beharrlichkeit für eine Politik der Freiheit, der Solidarität und Gerechtigkeit ein.
- ¹¹ Wir Christliche Demokraten arbeiten für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in ganz Deutschland. Sie beruht auf der Anerkennung der gleichen Würde und Freiheit jedes einzelnen. Sie ist getragen von Pflicht und Verantwortung, von der Bereitschaft zu Toleranz und Kompromiß, von Solidarität und Gemeinsinn. Wir sind davon überzeugt, daß es sich lohnt, gemeinsam für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in einer humaneren und gerechteren Welt zu arbeiten.

Kapitel I

Wir Christliche Demokraten

1. Wer wir sind

- ¹² Die Christlich Demokratische Union Deutschlands ist eine Volkspartei. Sie wendet sich an die Menschen in allen Schichten und allen Gruppen unseres Landes. Unsere Politik beruht auf dem christlichen Verständnis vom Menschen und seiner Verantwortung vor Gott.
- ¹³ Das christliche Verständnis vom Menschen ist die verpflichtende Grundlage für unser politisches Handeln. Die Unantastbarkeit der menschlichen Würde zu wahren und dem Gebot der Nächstenliebe politisch gerecht zu werden, entspricht unserem Anspruch als christlich-demokratischer Volkspartei.
- ¹⁴ Wir betrachten den Menschen als Geschöpf Gottes und nicht als das Maß aller Dinge. Wir wissen um die Fehlbarkeit des Menschen und die Grenzen politischen Handelns. Gleichwohl sind wir davon überzeugt, daß der Mensch zur ethisch verantwortlichen Gestaltung der Welt befähigt und berufen ist.
- ¹⁵ Wir wissen, daß sich aus christlichem Glauben kein bestimmtes politisches Programm ableiten läßt. Aus der Berufung auf christliche Überzeugungen folgt für uns weder der Anspruch, nur innerhalb der Christlich Demokratischen Union sei Politik aus christlicher Verantwortung gestaltbar, noch ein Ausschluß Andersdenkender. Vielmehr ist die CDU für jeden offen, der die Freiheit und gleiche Würde aller Menschen und die daraus abgeleiteten Grundüberzeugungen unserer Politik bejaht. Dies ist die Grundlage für das gemeinsame Handeln von Christen und Nichtchristen in der CDU.
- ¹⁶ Die Christlich Demokratische Union Deutschlands wurde von Menschen gegründet, die nach dem Scheitern der Weimarer Republik und den Verbrechen des Nationalsozialismus die Zukunft Deutschlands mit einer christlich geprägten überkonfessionellen Volkspartei gestalten wollten.
- ¹⁷ Konrad Adenauer und Ludwig Erhard, Jakob Kaiser und Helene Weber, Andreas Hermes und Gebhard Müller, Hermann Ehlers und Eugen Gerstenmaier, Karl Arnold und Elisabeth Schwarzhaupt haben gemeinsam mit vielen anderen die CDU geprägt und eine christlich-demokratische Tradition in Deutschland begründet. Ihre geistigen und politischen Wurzeln liegen im christlich motivierten Widerstand gegen das nationalsozialistische Terrorregime, in der Sozialethik der beiden christlichen Kirchen und der Tradition der europäischen

Aufklärung. So entstand eine neue Volkspartei, in der sich katholische und evangelische Christen, Konservative und Liberale, Frauen und Männer aus allen sozialen Schichten und demokratischen Traditionen zusammenfanden.

- ¹⁸ Auf der Grundlage gemeinsamer Wertüberzeugungen haben sich die Mitglieder der CDU ihrer Verantwortung gestellt und die politischen Grundentscheidungen im freien Teil Deutschlands durchgesetzt – für die freiheitliche und rechtsstaatliche Demokratie, für die Soziale Marktwirtschaft und die Einbindung Deutschlands in die westliche Wertegemeinschaft, für die Einheit der Nation und die Einigung Europas.
- ¹⁹ Es gehört zur Tragik der deutschen Nachkriegsgeschichte, daß die Menschen im Osten Deutschlands erneut der Diktatur eines totalitären Systems unterworfen wurden. Von aufrechten Frauen und Männern gegründet, geriet die CDU im Osten Deutschlands zunehmend in das Mahlwerk des totalitären Regimes. An die Stelle demokratischer Prinzipien traten die Mechanismen des sozialistischen Zentralismus. Bequemlichkeit und Opportunismus, auch Kollaboration und persönliche Skrupellosigkeit einzelner prägten das Bild der Partei. Vielen Menschen, die den christlich-demokratischen Werten nahestanden, war so der Weg zur Mitarbeit versperrt. Andere blieben trotz innerer Zweifel in der Partei. Trotz Benachteiligungen und persönlicher Risiken haben viele Mitglieder ihre innere Unabhängigkeit bewahrt und dem Regime widerstanden.
- ²⁰ Die CDU nimmt die ganze Geschichte Deutschlands an und stellt sich dem notwendigen Prozeß der Aufarbeitung und Erneuerung. So wie die politischen Parteien müssen sich Staat und Gesellschaft insgesamt dieser Aufgabe annehmen.
- ²¹ Das christliche Verständnis vom Menschen ist das geistige Fundament und der historische Ausgangspunkt unserer Parteitradition. Dies verbindet uns mit der internationalen christlich-demokratischen Bewegung sowie untereinander als Mitglieder der CDU in ganz Deutschland. In ihr haben wertkonservative Gedanken ebenso ihre Heimat wie christlich-soziale und liberale Überzeugungen. Diese Parteitradition wollen wir fortschreiben und dabei Bewährtes erhalten und Neues entwickeln.

Unser Verständnis vom Menschen

- ²² Alle Menschen sind frei und gleich an Würde geschaffen. Das ist der Kerngedanke des christlich geprägten Verständnisses vom Menschen.
- ²³ Wir Christliche Demokraten bekennen uns zur Unantastbarkeit der Würde des Menschen. Wir achten jeden Menschen als einmalige und unverfügbare Person. Würde, Freiheit und Leben des Menschen sind in allen Lebensphasen zu achten und zu schützen. Die Würde aller ist gleich - unabhängig von Geschlecht, Rasse, Nationalität, Alter, von religiöser und politischer Überzeugung, von Gesundheit und Leistungskraft, von Erfolg oder Mißerfolg.
- ²⁴ Die Freiheit gibt dem Menschen die Möglichkeit zur sittlichen Entscheidung. Mit der gleichen Freiheit aller anerkennen wir das Recht eines jeden, über sein Leben selbst zu bestimmen. Jeder Mensch trägt dafür die Verantwortung vor seinem Gewissen und nach christlichem Verständnis vor Gott.
- ²⁵ Jeder Mensch ist auf Gemeinschaft mit seinen Mitmenschen angewiesen. Keiner lebt allein aus sich heraus. Die Freiheit des einzelnen verwirklicht und bewährt sich nicht zuletzt in der Zuwendung zum Nächsten und in der Gestaltung des menschlichen Zusammenlebens. Das bedeutet zugleich, daß der einzelne Verantwortung für sich und seine Mitmenschen tragen muß.
- ²⁶ Aus dem Christentum erwächst die Erkenntnis, daß der Mensch Irrtum und Schuld ausgesetzt ist. Die Einsicht in die Unvollkommenheit und Endlichkeit des Menschen, in die

Begrenztheit seiner Planungs- und Gestaltungsfähigkeit, setzt auch der Politik Grenzen. Sie bewahrt uns vor ideologischen Heilslehren und einem totalitären Politikverständnis. Bei allem Engagement können wir die vollkommene Welt nicht schaffen.

- ²⁷ Wir Christliche Demokraten verstehen den Menschen als Teil der Schöpfung. Boden, Luft, Wasser, Tier- und Pflanzenwelt dienen ihm als natürliche Lebensgrundlage. Die Natur ist nicht nur Instrument und Voraussetzung unseres Lebens, sondern Schöpfung Gottes, der eine Eigenbedeutung zukommt. Es steht uns nicht zu, nach Belieben über die Schöpfung zu verfügen. Sie ist dem Menschen zur Gestaltung und Bewahrung anvertraut.

Die Grundwerte unserer Politik

- ²⁸ Unser Gemeinwesen lebt von geistigen Grundlagen, die nicht selbstverständlich und für alle Zeiten gesichert sind. Es ist die besondere Selbstverpflichtung der CDU, für die christlichen Wertgrundlagen unseres Landes einzutreten und auch in einer zunehmend säkularisierten Welt dieses Fundament der freiheitlichen Demokratie zu bewahren und zu stärken.
- ²⁹ Grundlage und Orientierung unseres politischen Handelns sind unser christliches Verständnis vom Menschen und die daraus abgeleiteten Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit. Unsere Grundwerte bedingen und begrenzen sich gegenseitig. Sie sind unteilbar und gelten unabhängig von nationalen Grenzen. Wir müssen sie entsprechend den Fragen und den politischen Herausforderungen unserer Zeit immer wieder neu gewichten und aktualisieren.

Freiheit

- ³⁰ Wir Christliche Demokraten treten für das Recht jedes einzelnen auf freie Entfaltung der Person ein. Freiheit bedeutet für uns nicht nur Freisein von äußerem Druck, unzumutbaren Abhängigkeiten und Unterdrückung, sondern auch Freisein für selbstverantwortete Lebensentscheidungen und selbstgewählte Lebensformen.
- ³¹ Es ist Aufgabe der Politik, den Menschen den ihnen gebührenden Freiheitsraum zu schaffen, ihn zu bewahren und zu sichern. Dazu gehört die Pflicht des einzelnen und des Staates, die Freiheit aller nach innen und außen zu schützen.
- ³² Die Gleichheit aller Menschen in ihrer Würde und Freiheit verlangt von uns die Schaffung gleicher Lebenschancen für jeden: Auf der Grundlage der Vielfalt menschlichen Lebens, der unterschiedlichen Begabungen, Interessen und Bindungen soll die freie individuelle Entfaltung für alle gleichermaßen möglich sein. Gleichmacherei sozialistischer Prägung und Kollektivismus nationalistischer Art lehnen wir ab. Ebenso wenden wir uns gegen einen falsch verstandenen Liberalismus und Individualismus auf Kosten anderer. Dagegen wollen wir den Sinn für die gleichen Freiheitsrechte aller und damit für das Gemeinwohl stärken.
- ³³ Der Mensch ist auf das Zusammenleben mit anderen angewiesen. Seine Freiheit ist nur in Gemeinschaft möglich. Wer Freiheit für sich selbst fordert, muß auch die Freiheit seiner Mitmenschen anerkennen. Die Freiheit des einzelnen findet ihre Grenzen in der Freiheit des anderen und in der Verantwortung für die Schöpfung.
- ³⁴ Aus der Freiheit des einzelnen folgt das gleiche Recht auf Selbstbestimmung für Frauen und Männer in allen Bereichen. Ein partnerschaftliches Miteinander der Geschlechter ist der beste Weg zur Verwirklichung dieses Zieles.
- ³⁵ Der freien Entfaltung der Person entspricht unsere plurale Gesellschaft. Auch wenn die Möglichkeiten der freien Entscheidung angesichts der Komplexität unserer modernen

Gesellschaft mitunter Unsicherheit, ja Angst auslösen können, nehmen wir die Herausforderungen der Freiheit an. Nur eine freiheitliche Gesellschaft und ein freiheitlicher Staat werden der Würde des Menschen gerecht.

- ³⁶ Unsere Gesellschaft ist auf die Leistungsbereitschaft ihrer Mitglieder angewiesen. Nach unserem Verständnis ist Leistung Ausdruck der persönlichen Freiheit. Wir Christliche Demokraten wollen den persönlichen Leistungswillen und die Initiative einzelner fördern.
- ³⁷ Wenn wir die menschliche Freiheit ernst nehmen, so müssen wir anerkennen, daß sie immer auch die Möglichkeit des persönlichen Scheiterns in sich trägt. Jeder bedarf des Mutes und der Ermutigung durch andere sowie des Willens, das eigene Leben zu gestalten. Ohne Leistungsbereitschaft und Verantwortungsbewußtsein kann der einzelne sein Lebensglück nicht finden.
- ³⁸ Wir Christliche Demokraten wollen Freiheit für alle, nicht nur für wenige. Sie darf nicht auf wenige Völker oder gesellschaftliche Gruppen beschränkt sein. Wir wollen weltweit dazu beitragen, unzumutbare Abhängigkeiten und Zwänge zu beseitigen sowie die äußeren Bedingungen der Freiheit zu sichern.

Solidarität

- ³⁹ Solidarität gründet in der sozialen Natur des Menschen und entspricht dem Gebot der Nächstenliebe. Ihren ethischen Maßstab gewinnt sie aus ihrer Hinordnung auf die Würde des Menschen. Zum Recht auf Freiheit gehört die Pflicht zu Verantwortung und Solidarität. Das Ziel, ein menschenwürdiges Leben für alle zu ermöglichen, verpflichtet uns zu solidarischem Handeln.
- ⁴⁰ Unsere Gesellschaft ist auf die solidarische Mitwirkung aller angewiesen. Jeder einzelne hat das Recht auf und die Pflicht zur Solidarität. Elementare Formen der Solidarität sind Hilfe und Unterstützung im unmittelbaren persönlichen Miteinander – in der Familie, unter Nachbarn und in privaten Gemeinschaften. Dort, wo die Kräfte des einzelnen, von freien Verbänden oder Gruppen überfordert sind, muß der Staat helfen. Der Staat muß jedoch auf die Übernahme von Aufgaben verzichten, die der einzelne allein, in der Familie und im freiwilligen Zusammenwirken mit anderen ebenso gut leisten kann. Auf diese Weise bedingen sich Solidarität und Subsidiarität gegenseitig.
- ⁴¹ Solidarität ist ohne Opfer nicht denkbar. Wer Hilfe und Solidarität von anderen erwartet, muß selbst bereit sein, anderen zu helfen. Wer sich davon ausschließt und nur für seinen persönlichen Vorteil wirtschaftet und lebt, entzieht der Gemeinschaft die Grundlage für den sozialen Frieden.
- ⁴² Solidarität verbindet nicht nur Interessengruppen in der Wahrnehmung ihrer berechtigten Anliegen, sondern greift über die widerstreitenden Interessen hinaus. Solidarität verpflichtet die Starken zum Einsatz für die Schwachen und alle im Zusammenwirken für das Wohl des Ganzen auch über unsere nationalen Grenzen hinweg.
- ⁴³ Solidarität verpflichtet uns auch gegenüber den künftigen Generationen. Wir dürfen nicht auf Kosten unserer Kinder und Kindeskinde leben. Dies gilt in ganz besonderer Weise für den Erhalt der Grundlagen menschlichen Lebens. Der Eigenwert der Schöpfung und unsere Verantwortung für die kommenden Generationen verpflichten uns, die Schöpfung zu bewahren.
- ⁴⁴ Wir Christliche Demokraten setzen uns für eine weltweite Verantwortungsgemeinschaft ein. Die Solidarität zwischen den einzelnen und innerhalb der Gesellschaft muß sich zu einer weltweiten Solidarität aller entwickeln. Ohne sie ist die Bewahrung der Schöpfung und die Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich in unserer Welt nicht möglich. Solidarität ist die ethische Grundlage für unsere Verantwortung in der „Einen Welt“.

Gerechtigkeit

- ⁴⁵ Grundlage der Gerechtigkeit ist die Gleichheit aller Menschen in ihrer Würde und Freiheit. Damit die Freiheitsräume für alle gesichert werden können, bedarf es des Rechts. Es schützt vor Willkür und Machtmißbrauch. Es ermöglicht Freiheit auch für den Schwachen. Durch Recht, das der Freiheit und Gleichheit der Menschen dient, wird Gerechtigkeit angestrebt und verwirklicht.
- ⁴⁶ Gerechtigkeit verlangt die Anerkennung der persönlichen Leistung und Anstrengung ebenso wie den sozialen Ausgleich. Chancengerechtigkeit soll jedem die Möglichkeit geben, sich in gleicher Freiheit so zu entfalten, wie es seiner persönlichen Eigenart entspricht. Wir setzen uns dafür ein, daß jeder Mensch seine Lebenschancen frei wahrnehmen kann. Deshalb treten wir für eine Politik ausgleichender Gerechtigkeit ein. Dazu gehört ein breiter Zugang zu Bildungseinrichtungen und Gütern.
- ⁴⁷ Absolute Gerechtigkeit ist nicht erreichbar. Auch politisches Handeln stößt wegen der Unzulänglichkeit des Menschen an Grenzen. Wir sind dennoch davon überzeugt, daß es sich lohnt, ständig an der Verbesserung der Lebensbedingungen und damit für eine humanere Welt zu arbeiten.
- ⁴⁸ Gerechtigkeit schließt die Übernahme von Pflichten zum Wohle des Ganzen ein. Sie verlangt, vor allem denjenigen Menschen zu helfen, die nur unzureichend zur Selbsthilfe fähig sind und allein ihre Belange nicht wirkungsvoll vertreten und durchsetzen können. Wir fühlen uns den Schwachen und sozial Benachteiligten besonders verpflichtet. Für uns gilt, niemanden fallen zu lassen und jedem in unserer Gesellschaft menschenwürdige Lebensverhältnisse zu sichern.
- ⁴⁹ Wo das Recht der Menschen auf ein menschenwürdiges Leben mißachtet wird, wo die Freiheit einzelner, bestimmter Gruppen oder ganzer Völker unterdrückt wird, herrschen Gewalt und Unfrieden. Wir Christliche Demokraten setzen uns daher sowohl für die Gerechtigkeit innerhalb unserer eigenen Gesellschaft als auch auf der ganzen Erde ein.
- ⁵⁰ Eine dem Frieden verpflichtete Politik muß auf menschenwürdige Lebensverhältnisse in allen Ländern hinwirken. Wir Christliche Demokraten stehen ein für die Achtung der Menschen- und Bürgerrechte und die Überwindung sozialer und wirtschaftlicher Not. Damit leisten wir unseren Beitrag zum Frieden zwischen den Völkern und für eine gerechtere Welt.

2. Was wir wollen

- ⁵¹ Das Ende des Ost-West-Konflikts und die Wiedervereinigung Deutschlands haben die Bedingungen deutscher Politik grundlegend verändert. Wir wollen die Chancen dieses Umbruchs nutzen und dafür arbeiten, daß die Welt von morgen eine gerechtere und menschlichere sein wird. Dies kann uns nur gelingen, wenn wir die neuen Herausforderungen unserer Zeit annehmen und aus unseren Wertüberzeugungen heraus immer wieder Visionen entwickeln, die uns über Alltagsprobleme hinaus motivieren und den Blick nach vorne richten.
- ⁵² Wir Christliche Demokraten haben die Vision einer freien und verantwortlichen Gesellschaft in ganz Deutschland. Wir wollen unsere Gesellschaft erneuern, indem wir den Sinn für Pflicht und Verantwortung, für Mitmenschlichkeit, Toleranz und Gemeinwohl stärken. Wir wollen die Einheit unseres Vaterlandes in Freiheit gestalten, um für alle Deutschen gleiche Freiheitschancen zu schaffen und zu sichern.

Die Einheit in Freiheit gestalten

- ⁵³ Die CDU ist die Partei der deutschen Einheit. Wir haben an der staatlichen Einheit Deutschlands in Freiheit stets festgehalten und in einer historisch einmaligen Situation dieses Ziel mit Einverständnis unserer Nachbarn und Partner verwirklicht. Bei allen Problemen, die vor uns liegen, darf das Entscheidende nicht aus dem Blick geraten: die Freiheit für alle Bürger in Deutschland.
- ⁵⁴ Wir wollen die Einheit Deutschlands in Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit gestalten. Dafür müssen wir die Freiheitschancen ausbauen, die im Osten Deutschlands über vier Jahrzehnte hinweg unterdrückt waren. Wir wollen die äußeren Bedingungen der Freiheit verbessern und dauerhaft sichern. Gleichwertige Lebensverhältnisse herzustellen, ist ein Gebot der Solidarität und Gerechtigkeit in unserem Land.
- ⁵⁵ Der Aufbau der neuen Bundesländer verlangt von allen Deutschen eine große Kraftanstrengung im finanziellen und materiellen sowie im persönlichen und geistigen Bereich. Er wird länger dauern und schwieriger vorankommen, als viele zunächst angenommen hatten. Aber er bietet uns zugleich die Chance zur Modernisierung und Erneuerung in ganz Deutschland.
- ⁵⁶ Voraussetzung des Zusammenwachsens ist, daß wir im menschlichen Miteinander zueinander finden: Wir müssen bereit sein, aufeinander zuzugehen, solidarisch zu handeln und gemeinsam Verantwortung zu übernehmen. Wir müssen die persönliche Geschichte des jeweils anderen respektieren und die unterschiedlichen Erfahrungen für eine gemeinsame Zukunft nutzen. Wir müssen uns der Gemeinsamkeiten als Demokraten und Deutsche, als Europäer und Mitbewohner der „Einen Welt“ bewußt werden.

Die Gesellschaft erneuern

- ⁵⁷ Wir Christliche Demokraten stellen uns den epochalen inneren und äußeren Veränderungen und den neuen Herausforderungen an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Wir wollen unsere Gesellschaft erneuern und treten ein für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in ganz Deutschland:
- ⁵⁸ ● Für eine Gesellschaft des Gemeinsinns. Wir wenden uns gegen übersteigerten Egoismus und Entsolidarisierung, gegen soziale Kälte und Ellenbogenmentalität. Wir wehren uns gegen die zunehmende Gewaltbereitschaft. Wir fordern die Verantwortung des einzelnen für die Gemeinschaft. Wir verstehen die Familie als Keimzelle der Gesellschaft und werben für eine kinderfreundliche Gesellschaft, in der Toleranz und Mitmenschlichkeit mehr als nur Worte sind.
- ⁵⁹ ● Für eine Gesellschaft der Freiheit. Wir wenden uns gegen Benachteiligungen und falsche gesellschaftliche Anpassungszwänge, gegen Überbürokratisierung und übermäßige Reglementierung. Wir wollen die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft stärken, Initiative und Risikobereitschaft belohnen und die Grundlagen für den sozialen Ausgleich sichern. Jeder einzelne, ob Mann oder Frau, ob jung oder alt, soll in unserer Gesellschaft möglichst viele Chancen der Entfaltung nutzen können.
- ⁶⁰ ● Für eine Gesellschaft der Verantwortung. Wir wenden uns gegen eine Gesellschaft, die ihre Verantwortung auf nachfolgende Generationen abwälzt. Wir treten dem Raubbau an der Natur entgegen und verurteilen jegliche Verschwendung natürlicher Ressourcen. Wir wollen die wissenschaftlichen und technischen Möglichkeiten in ethischer Verantwortung nutzen, um unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung national wie international zu leisten.
- ⁶¹ ● Für eine Gesellschaft der Offenheit. Wir wenden uns gegen Diskriminierung und Rassenhaß. Wir setzen uns für ein friedliches Zusammenleben von Menschen unterschiedli-

cher Nationalität ein und wenden uns gegen einen Rückfall in Nationalismus und ethnische Rivalitäten. Wir wollen die Vollendung der Europäischen Union vorantreiben. Wir wenden uns gegen die Zerteilung der Welt in Arm und Reich und setzen uns für Menschen- und Bürgerrechte und für eine dauerhafte Friedensordnung in Europa und der Welt ein.

- ⁶² Unsere Gesellschaft lebt nicht für sich allein. In der „Einigen Welt“ sind alle Völker miteinander verbunden. Wenn wir an der Lösung der großen Probleme der Menschheit mitarbeiten wollen, müssen wir in der Politik unseres eigenen Landes beginnen und zur Verwirklichung der freien und verantwortlichen Gesellschaft beitragen.

Kapitel II

Für die freie Entfaltung der Person in unserer Gesellschaft

⁶³ Wir leben in einer Gesellschaft, die dem einzelnen ein hohes Maß an Freiheit und Entfaltungschancen bietet. Offenheit und Dynamik sind ihre Merkmale. Lebenswege sind nicht vorgezeichnet - es gibt eine Vielfalt von Möglichkeiten der Lebensgestaltung auf der Suche nach Sinn und Glück.

⁶⁴ Unsere freiheitliche Gesellschaft ist durch einen tiefgreifenden Wandel in den verschiedensten Lebensbereichen geprägt: im Zusammenleben von Männern und Frauen, im Miteinander von Jungen und Alten, in der Vielfalt der Familienformen, in der rasanten technischen Entwicklung, in der neuen Weltoffenheit unseres Landes mit seiner zunehmenden internationalen Verflechtung.

⁶⁵ Mit der Wiedervereinigung Deutschlands hat der gesellschaftliche Wandel eine weitere Dimension erfahren: Die Menschen im Osten und Westen Deutschlands müssen trotz ihrer unterschiedlichen, ja zum Teil gegensätzlichen Lebensprägungen und -erfahrungen auf einer gemeinsamen Grundlage zusammenfinden. Dies erfordert von allen die Bereitschaft, aufeinander zuzugehen, und den Willen zu Gemeinsinn und Solidarität.

⁶⁶ Wir Christliche Demokraten wollen die Chancen unserer freiheitlichen Gesellschaft im wiedervereinigten Deutschland nutzen und unsere Gesellschaft erneuern. Wir wollen dabei in Erinnerung rufen, daß mehr Freiheit und Vielfalt auch mehr Verantwortung für den eigenen Lebensweg bedeuten und Pflichten für das Ganze mit sich bringen.

⁶⁷ Einerseits genießen die Menschen die Freiheit und Vielfalt unserer offenen Gesellschaft; andererseits leiden viele an Orientierungslosigkeit, sozialer Kälte und Vereinsamung.

⁶⁸ Einerseits befürworten alle den sozialen Ausgleich und nutzen die Absicherung in unserer Wohlstandsgesellschaft; andererseits gerät die Verantwortung für das Gemeinwohl zunehmend in Vergessenheit, lassen sich einzelne und Gruppen immer mehr von Egoismus und Besitzstandsdenken leiten.

⁶⁹ Wir Christliche Demokraten arbeiten für eine menschliche und solidarische Gesellschaft, in der jeder einzelne seine Freiheitschancen wahrnehmen kann. Deshalb treten wir für die freie und verantwortliche Gesellschaft ein:

⁷⁰ ● Wir wollen die vielfältigen Freiheitsmöglichkeiten des einzelnen fördern sowie die gemeinsamen Grundlagen unserer Gesellschaft sichern und weiterentwickeln.

- ⁷¹ ● Wir wollen den Sinn für das Gemeinwohl, für Verantwortung und Solidarität stärken sowie die Anerkennung der Leistung des einzelnen und die Fähigkeit zu Toleranz und Kompromiß fördern.
- ⁷² ● Wir wollen die sozialen Bindungen fördern, unsere gewachsenen Institutionen stärken und die Familie als Keimzelle der Gesellschaft wirksam unterstützen.
- ⁷³ In unserer freiheitlichen Gesellschaft sind wir alle auf diese Gemeinschaftswerte und Bürgertugenden angewiesen. Ohne sie läuft unsere Gesellschaft Gefahr, zu scheitern. Sie lebt von dem Freiheitswillen aller, dem Streben nach Gerechtigkeit und der Bereitschaft zur Solidarität.

1. Die freie Entfaltung der Person

Freiheit in Verantwortung

- ⁷⁴ Wir Christliche Demokraten bekennen uns zum Recht jedes Menschen, sein Leben selbst zu gestalten. Auf der Suche nach Sinn und Lebensglück muß jeder Mensch die Chance haben, sich so zu entwickeln, wie es seinen Begabungen und Neigungen entspricht.
- ⁷⁵ Wir Christliche Demokraten wenden uns jedoch gegen einen übersteigerten Individualismus, der Freiheit zu Beliebigkeit verkommen läßt und der die Pflichten des einzelnen für die Gemeinschaft vernachlässigt. Der Freiheit der Person entspricht die Pflicht zur Verantwortung, die jeder einzelne für sich selbst, für seine Angehörigen und die Gemeinschaft insgesamt zu übernehmen hat.
- ⁷⁶ Wir verstehen es als unsere besondere Pflicht, freie Entfaltungsmöglichkeiten auch für behinderte Menschen zu gewährleisten und zu fördern. Sie sind Teil unserer Gesellschaft und brauchen unsere besondere Unterstützung.

Die Gleichberechtigung von Mann und Frau

- ⁷⁷ Gleichberechtigung bedeutet für uns, daß das Recht auf die freie Entfaltung der Person unabhängig vom Geschlecht gelten muß. Ziel unserer Politik ist es, die Gleichberechtigung von Mann und Frau zu verwirklichen. Wir Christliche Demokraten arbeiten dafür, daß Männer und Frauen die gleiche Entscheidungsfreiheit über ihre eigene Lebensgestaltung haben. Dies zu verwirklichen ist für uns eine Frage der Freiheitlichkeit, Gerechtigkeit und Solidarität in unserer Gesellschaft.
- ⁷⁸ Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß Frauen in der Arbeitswelt, in der Familie und im gesellschaftlichen Bereich die gleichen Möglichkeiten wie Männer zur Gestaltung ihres Lebens haben. Wir wollen, daß Frauen tatsächlich die Freiheit haben, sich so zu entfalten, wie es ihren individuellen Neigungen, Begabungen und Wünschen entspricht: in der Familie als Hausfrau und Mutter, im Erwerbsleben, in der Verbindung von Familienleben und Berufstätigkeit, als Alleinstehende, als Alleinerziehende, in der Jugend und im Alter.
- ⁷⁹ Ein neues Rollenverständnis von Mann und Frau hat sich in unserem Jahrhundert Bahn gebrochen. Rationalität und Sachkönnen sind ebenso wie soziale Tugenden und Zuwendungsbereitschaft in allen Bereichen des Lebens gefordert und nicht nach Geschlechtern zu trennen. Schrittweise hat sich immer mehr Gleichberechtigung durchgesetzt. Auch heute stehen weitere Verbesserungen an. Es bedarf gleicher Berufschancen und echter Aufstiegsmöglichkeiten im Erwerbsleben sowie der Wahlfreiheit für die Familie, den Beruf oder für

beides. Wir brauchen mehr gesellschaftliche Mitwirkung von Frauen in Parteien und anderen Organisationen. Darum wollen wir in unserer Partei die Mitwirkung von Frauen nachhaltig fördern.

⁸⁰ Wir Christliche Demokraten setzen uns ein:

- für die Chancen- und Lohngleichheit und den Abbau von Benachteiligungen im Berufs- und Erwerbsleben,
- für die Anerkennung der Familienarbeit,
- für die Verbesserung der Vereinbarkeit von Familie und Beruf,
- für die Förderung der Teilhabe von Frauen in allen gesellschaftlichen Bereichen.

⁸¹ Wir setzen auf das gleichberechtigte Miteinander von Mann und Frau in unserer Gesellschaft. Unsere Gleichberechtigungspolitik richtet sich daher an Frauen wie Männer.

2. Die Familie – Keimzelle der Gesellschaft

⁸² Die Familie ist die beständigste Form des Zusammenlebens in der Gesellschaft. In der Familie erfahren Menschen Geborgenheit und Zuwendung. In Familien können am besten die Eigenschaften und Fähigkeiten entwickelt werden, die Voraussetzung und Grundbestandteil einer freien und verantwortlichen Gesellschaft sind: Liebe und Vertrauen, Toleranz und Rücksichtnahme, Opferbereitschaft und Mitverantwortung, Selbständigkeit und Mündigkeit.

⁸³ Für uns ist die Familie die Keimzelle der Gesellschaft. Deshalb setzen wir uns für ihre finanzielle Unterstützung und die gesellschaftliche Anerkennung der Familienarbeit ein. Der Zusammenhalt in unseren Familien ist Voraussetzung für die Solidarität in unserer Gesellschaft.

Ehe und Familie

⁸⁴ Die Ehe ist das Leitbild der Gemeinschaft von Mann und Frau. Sie ist die beste Grundlage für die gemeinsame Verantwortung von Mutter und Vater in der Erziehung der Kinder. Nach wie vor wünschen die meisten Frauen und Männer die Verlässlichkeit, Liebe und Partnerschaft in einer Ehe, auch wenn Bindungen in unserer offenen Gesellschaft mehr denn je vom Scheitern bedroht sind. Wir halten daran fest, daß die Ehe als Institution einer auf Dauer angelegten Beziehung in unserer Verfassungsordnung geschützt bleibt. Ehe und Familie brauchen unsere besondere Unterstützung.

⁸⁵ Wir respektieren nichteheliche Partnerschaften und die bewußte Entscheidung, ohne die rechtlichen Bindungen einer Ehe zu leben. Wir sind aber gegen die Verrechtlichung solcher Partnerschaften.

Kinder

⁸⁶ Jedes Kind braucht die persönliche Zuwendung, Begleitung und Liebe der Eltern. Die Entwicklung der personalen Eigenständigkeit und der Gemeinschaftsfähigkeit hängt wesentlich von der Erziehung in der Familie ab. Als Eltern sind Mann und Frau in gleichem Maße für die Erziehung ihrer Kinder verantwortlich. Die Zahl der Alleinerziehenden, der Geschiedenen und der Wiederverheirateten mit Kindern hat zugenommen. Wo Kinder umsorgt, erzogen und betreut werden, müssen wir diese Erziehungsleistung honorieren und unterstützen.

- ⁸⁷ Auch das nichteheliche Kind hat ein Recht auf eine persönliche Beziehung sowohl zur leiblichen Mutter als auch zum leiblichen Vater. Wir wollen die Rechte nichtehelicher Kinder denen ehelicher gleichstellen.
- ⁸⁸ Familien brauchen zur Bewältigung ihrer Aufgaben angesichts vielfältiger Anforderungen verschiedene Formen der Entlastung, Unterstützung und Ermutigung:
- ⁸⁹ ● Wir streben an, den Familienlastenausgleich weiter zu verbessern und langfristig neu zu gestalten: mit einem vollständig einkommensabhängigen und anzupassenden Kindergeld und mit der Einführung einer differenzierten Besteuerung des Familieneinkommens unter Berücksichtigung der Zahl der Familienangehörigen. Wer Kinder hat, soll entsprechend weniger Steuern zahlen. Ein solches Familiensplitting wird Familien mit Kindern stärker als bisher steuerlich entlasten, dient der Steuergerechtigkeit und unterstützt stärker die Erziehungsleistung von Alleinerziehenden.
- ⁹⁰ ● Wir setzen uns dafür ein, daß unsere Gesellschaft die Erziehung und Entwicklung von Kindern fördert und erleichtert. Wir brauchen ein ausreichendes Angebot an Kindergartenplätzen, damit Kinder Anregungen, Förderung und Kontakte mit anderen Kindern finden. Kinder brauchen gleichermaßen Freiraum und Schutz. Mehr kinderfreundliche Wohnungen und Wohnumgebungen sind dringend nötig.
- ⁹¹ ● Wir wollen zu einer kinderfreundlichen Gesellschaft beitragen, die Kinder als Bereicherung versteht. Wir treten nachdrücklich für den Schutz des Lebens ungeborener Kinder ein. Wir wollen die Grundlagen dafür verbessern, daß jedes ungeborene Kind, auch unter erschwerten Bedingungen, angenommen wird. Schwangere in Not- und Konfliktlagen brauchen neben finanziellen Hilfen die volle Unterstützung vom Vater des Kindes, von ihrer Familie und der Nachbarschaft, von Arbeitgebern und Vermietern. Der Schutz des Lebens ungeborener Kinder muß in der Rechtsordnung unseres Staates verankert bleiben. Das Strafrecht muß als letztes Mittel dazu beitragen, daß im Interesse des Lebensschutzes Recht und Unrecht unterschieden sowie ein Rechtsbewußtsein und entsprechende Verhaltensorientierungen gebildet werden.
- ⁹² ● Wir setzen uns für die frühzeitige Förderung behinderter Kinder ein. Familien mit einem behinderten Kind brauchen die besondere Hilfe und Unterstützung der ganzen Gesellschaft.
- ⁹³ Die zahlreichen Fälle von Kindesmißhandlung und Kindesmißbrauch sind erschreckend. Dahinter verbergen sich tragische Einzelschicksale und oftmals jahrelange Leidenswege. Nachbarn, Erzieher und Lehrern, Polizei und Justiz kommt hier eine große Verantwortung zu. Wir wollen das Netz der Beratungsstellen für Eltern, Kinder und Jugendliche ausbauen. Wir setzen auf die konkrete Hilfe für die Kinder und Eltern.

Familie und Beruf

- ⁹⁴ Männer und Frauen müssen Familie und Beruf nach ihrer Wahl miteinander vereinbaren können. Viele Frauen und zunehmend auch Männer widmen sich vorübergehend oder ganz der Arbeit in der Familie und der Kindererziehung. Die vielfältigen Anforderungen in diesem Bereich bringen persönliche Bereicherung, aber auch eine große Arbeitsbelastung und Verantwortung mit sich. Eltern leisten mit der Erziehung ihrer Kinder einen unersetzlichen Beitrag für das Gemeinwohl.
- ⁹⁵ Jährlich werden mehr Stunden Haus- und Familienarbeit als Erwerbsarbeit geleistet. Wir Christliche Demokraten setzen uns dafür ein, daß ihre Leistung in der Öffentlichkeit stärker gewürdigt und anerkannt wird. Insbesondere Mütter und Väter, die ihre Kinder alleine erziehen, müssen stärker als bisher die Unterstützung der Gesellschaft erfahren, insbesondere bei der Kinderbetreuung.

- ⁹⁶ Unsere bisherige Politik hat bereits maßgeblich dazu beigetragen, daß sich Eltern für Familienarbeit entscheiden können. Das Erziehungsgeld, der Erziehungsurlaub sowie die Anerkennung von Erziehungszeiten und Pflegezeiten in der Rentenversicherung sind Schritte zur Verwirklichung unseres Ziels der sozialen Anerkennung und Absicherung von Familienarbeit.
- ⁹⁷ Es ist eine Aufgabe sowohl der Tarifpartner in Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung als auch der Politik, die Rahmenbedingungen für die Vereinbarkeit von Familie und Erwerbstätigkeit zu verbessern. Auch deshalb wollen wir den Rechtsanspruch auf einen Kindergartenplatz verwirklichen. Betriebe und Gemeinden müssen mehr und flexiblere Betreuungseinrichtungen für Kinder bereitstellen. Wir treten für eine Ausweitung des Elternurlaubs und unbezahlte Freistellungszeiten, auch für die Pflege von Angehörigen, ein.
- ⁹⁸ Es müssen mehr qualifizierte Teilzeitarbeitsplätze und flexiblere tarifvertragliche Arbeitszeitregelungen für Männer und Frauen geschaffen werden. Wir wollen dazu beitragen, daß die Arbeitswelt familiengerechter wird.
- ⁹⁹ Erziehungsarbeit bedeutet nicht den endgültigen Verzicht auf Erwerbsarbeit. Wir wollen Wahlfreiheit auch dadurch ermöglichen, daß wir den Wiedereinstieg in den Beruf erleichtern. Wir setzen uns für ein breites Angebot an Weiterbildungsmöglichkeiten ein, damit auch während der Familienphase der Kontakt zum Berufsleben erhalten bleibt.

Jugend

- ¹⁰⁰ Unsere Demokratie braucht das Engagement der Jugend. Für die Demokratie und die dem Grundgesetz zugrundeliegenden Wertentscheidungen muß jede Generation neu gewonnen werden. Unsere Gesellschaft lebt auch von den Anfragen und Ideen, der Beharrlichkeit und Ungeduld, der Begeisterung und dem persönlichen Einsatz der Jüngeren. Wir Christliche Demokraten wollen mehr jungen Menschen die Möglichkeit der direkten Mitarbeit in unserer Partei eröffnen.
- ¹⁰¹ Wir fördern und fordern das Engagement der Jugendlichen. Wir wollen weiter dazu beitragen, daß unsere Gesellschaft den persönlichen Einsatz und die ehrenamtlichen Aktivitäten gerade von Jugendlichen würdigt. In Verbänden und Vereinen, in Kirchen und freien Initiativen oder im Einsatz für Hilfsbedürftige leisten sie einen wesentlichen Beitrag für die Mitmenschlichkeit unserer Gesellschaft. Viele Jugendliche nutzen erfolgreich die Chancen unserer Zeit. Unsere Politik hat dazu beigetragen, daß ausreichende Ausbildungsplätze geschaffen und damit die Berufs- und Zukunftschancen der Jugendlichen verbessert wurden.
- ¹⁰² Jugendliche sind heute neuen Gefährdungen ausgesetzt. Besondere Hilfe brauchen diejenigen unter ihnen, die einer Sucht verfallen oder in Abhängigkeit von destruktiven Sekten geraten sind. Therapie- und Nachsorgeangebote müssen ausgebaut werden. Wir setzen uns vor allem für verstärkte Aufklärungsmaßnahmen und Beratungsangebote ein, um persönlichkeitsverändernden Abhängigkeiten entgegenzuwirken.
- ¹⁰³ Die gewachsene Gewaltbereitschaft unter jungen Menschen fordert uns in den Familien und Schulen sowie in der Gesellschaft insgesamt heraus. Dieser Entwicklung müssen wir begegnen, indem wir die Fähigkeit zur friedlichen Konfliktlösung und die Vermittlung von Werten stärken. Wir übersehen auch die Jugendlichen nicht, die sich durch gewachsene Anforderungen und schnelle Veränderungen überfordert fühlen und durch Qualifizierungs- und Unterstützungsmaßnahmen gefördert werden müssen.
- ¹⁰⁴ Wir alle sind auf den unersetzlichen Dienst angewiesen, den junge Männer als Bundeswehrsoldaten für den Frieden leisten. Auch die Zivildienstleistenden erbringen eine wichtige Aufgabe für das Gemeinwohl. Wir begrüßen ausdrücklich das Engagement junger Männer und Frauen im Rahmen des freiwilligen sozialen und ökologischen Jahres.

Ältere Menschen

- ¹⁰⁵ Wir treten ein für eine Politik der Partnerschaft der Generationen. Damit ältere Menschen aktiver als bisher am gesellschaftlichen Leben teilnehmen können, wollen wir die Rahmenbedingungen hierfür verbessern und dadurch zur Lebensqualität im Alter beitragen. Unsere Sozialpolitik hat dazu geführt, daß ältere Menschen materiell weitgehend abgesichert sind und ihnen im Krankheitsfall ein modernes Gesundheitssystem zur Verfügung steht.
- ¹⁰⁶ Wir wollen die Kompetenz älterer Menschen für die Gemeinschaft nutzen und ihre Lebensleistung in der Gesellschaft besser anerkennen. Denjenigen, die über das gesetzliche Rentenalter hinaus beruflich tätig sein möchten, soll die Chance hierzu gegeben werden.
- ¹⁰⁷ Viele ältere Menschen übernehmen wichtige Aufgaben in der Familie. Sie unterstützen oftmals ihre Kinder in vielfältiger Weise und helfen bei der Betreuung ihrer Enkelkinder. Gleichzeitig helfen sie vielfach bei der Pflege des Partners und älterer Familienangehöriger. Umgekehrt sind viele ältere Menschen auf die Pflege durch ihre Familie, durch Nachbarn oder Freunde angewiesen.
- ¹⁰⁸ Die meisten älteren Menschen bevorzugen ein Leben im eigenen Haushalt und stehen dabei in vielfältigen Kontakten zu ihren Kindern und Angehörigen. Ziel unserer Politik ist es, daß ältere Menschen so lange wie möglich in der von ihnen gewünschten Wohnform leben können.
- ¹⁰⁹ Mit der Pflegeversicherung wollen wir die Pflegeleistung der Angehörigen unterstützen und für den Pflegefall Vorsorge treffen. Auch bei Hilfs- und Pflegebedürftigkeit muß die Wahrung der Würde des alten Menschen selbstverständlich sein. Wir setzen uns für ein angemessenes Angebot an ambulanten Hilfen, aber auch an hochwertigen stationären Einrichtungen mit qualifiziertem Personal ein. Hier leisten staatliche, gemeinnützige und private Einrichtungen wertvolle Arbeit.

3. Die Entwicklung unserer Kultur

- ¹¹⁰ Unsere Kultur prägt die Identität unseres Landes und seiner Menschen. Kultur ist sowohl historisch überlieferte Tradition als auch Lebensäußerung von Menschen der Gegenwart. Sie entfaltet sich in den verschiedensten Formen und Institutionen und bestimmt die Art und Weise unseres Zusammenlebens.
- ¹¹¹ Deutschland gehört zur Wertegemeinschaft des christlichen Abendlandes. Wir sind Teil der europäischen Kulturgemeinschaft. Die Völker Europas haben in der Offenheit füreinander sich gegenseitig befruchtet und ihre kulturelle Eigenart entwickelt. Wir wollen das friedliche Miteinander der unterschiedlichen Kulturen Europas und der Welt fördern.
- ¹¹² Wir Deutschen haben im Laufe der Jahrhunderte eine eigenständige Kultur entwickelt, die sich in unserer Sprache und den Künsten, in unseren Sitten und Gebräuchen, unserem Verständnis von Recht, Demokratie und Freiheit niederschlägt. Die Gemeinsamkeit unserer Kultur hat uns Deutsche auch in den Jahrzehnten der staatlichen Teilung als Nation verbunden. Sie ist die wichtigste gemeinsame Grundlage für das geistige Zusammenwachsen der Deutschen im Osten und Westen unseres wiedervereinigten Landes.

Erziehung und Bildung

- ¹¹³ Erziehung und Bildung sind wesentliche Voraussetzungen für die freie Entfaltung der Persönlichkeit und die Wahrnehmung von Freiheitsrechten und Bürgerpflichten. Sie sollen den Menschen befähigen, selbständig und verantwortlich zu handeln, seinen Platz in der Gesellschaft zu finden und sein Leben als Aufgabe und Chance zu nutzen.

- ¹¹⁴ Um dies zu erreichen, müssen unsere Bildungs- und Ausbildungseinrichtungen hochwertig sein. Bildung und Ausbildung sollen den Interessen und Begabungen des einzelnen dienen. Neben dem Ziel der Persönlichkeitsbildung und der Vermittlung sozialer Fähigkeiten müssen sie auch den Anforderungen unserer gesellschaftlichen und wirtschaftlichen Entwicklung gerecht werden. Die Verbindung von Bildungs- und Beschäftigungssystem muß ständige Aufgabe von Politik und Wirtschaft sein.
- ¹¹⁵ Vielfalt und Leistungsfähigkeit, Wettbewerb und Förderung müssen wesentliche Elemente unseres Bildungssystems sein. Die Länder stehen in der besonderen Verantwortung, ein vergleichbares Niveau in den Abschlüssen der verschiedenen Bildungswege anzustreben und auf diese Weise Mobilität ebenso wie Qualität zu fördern.
- ¹¹⁶ Grundlagen unserer Bildungspolitik sind das Prinzip der Chancengerechtigkeit und das Leistungsprinzip:
- ¹¹⁷ Chancengerechtigkeit erfordert, daß die Verschiedenheit der Menschen in ihren Begabungen, Leistungen und ihrem sozialen Herkommen berücksichtigt wird. Sie kann nicht durch Nivellierung oder durch die Einschränkung der Chancen anderer erreicht werden, sondern nur durch die Förderung der Anlagen jedes einzelnen.
- ¹¹⁸ Das Leistungsprinzip verlangt, daß die Leistungsmöglichkeiten des einzelnen gefordert und gefördert werden und alle für ihre Leistung die gebührende Anerkennung erhalten. Leistung ist das effizienteste und sozial gerechteste Aufstiegs- und Differenzierungskriterium.
- ¹¹⁹ Die freiheitliche Demokratie ist auf selbständig urteilende Bürgerinnen und Bürger angewiesen, die zur Übernahme von Verantwortung bereit sind. Erziehung und Bildung zielen auf die Bejahung des demokratischen und sozialen Rechtsstaates; weltanschauliche Parteilichkeit oder wertneutrale Beliebigkeit sind mit dem Bildungswesen des demokratischen Staates unvereinbar.

Die Schulen

- ¹²⁰ Um den Schülern eine ihren Begabungen und Leistungen gerechte Ausbildung zu ermöglichen und die Vielfalt und Qualität der Schulformen zu sichern, muß beim Übergang von der Grundschule zur weiterführenden Schule neben dem Wunsch der Eltern die Empfehlung von Lehrerseite berücksichtigt werden. Die aufnehmenden Schulen müssen die Möglichkeit haben, die Eignung für die gewählte Schulart zu überprüfen.
- ¹²¹ Wir Christliche Demokraten treten für ein gegliedertes Schulsystem ein, in dem die Verschiedenartigkeit von Neigungen und Begabungen berücksichtigt wird und die Möglichkeit zum Wechsel zwischen den Ausbildungsgängen besteht. Wir setzen uns für die Kürzung eines Schuljahres bis zum Abitur ein, damit wir auch im europäischen Vergleich wettbewerbsfähig bleiben.
- ¹²² Im Mittelpunkt der schulischen Arbeit steht die Vermittlung von Allgemeinbildung und Grundlagenwissen. Eine zu starke Spezialisierung innerhalb einzelner Fächer steht dem Ziel der Allgemeinbildung ebenso entgegen wie eine vorweggenommene Vorbereitung auf konkrete Berufsfelder oder Studienfächer.
- ¹²³ Lehrerinnen und Lehrer tragen für die Entwicklung ihrer Schüler eine hohe Verantwortung. Neben der Wissensvermittlung kommt ihnen die Wahrnehmung des erzieherischen Auftrags der Schulen zu. Sie üben damit eine die Familie ergänzende Funktion aus. Um diesen hohen Anforderungen genügen zu können, brauchen sie eine gute Ausbildung. Sie müssen über Autorität verfügen und das Vertrauen ihrer Schüler und deren Eltern genießen.

- ¹²⁴ In immer mehr Familien wollen beide Elternteile Familie und Beruf miteinander verbinden; in immer mehr Familien erzieht die alleinstehende Mutter oder der alleinstehende Vater. Die Schule muß in ihrer ergänzenden Sozialfunktion auf diese Entwicklungen Rücksicht nehmen. Wir treten dafür ein, daß Ganztagsangebote auf freiwilliger Grundlage in allen Schularten eingerichtet werden.
- ¹²⁵ Bei der Suche junger Menschen nach Antworten auf ethische und religiöse Fragen muß die Schule Orientierung geben und Werte vermitteln. Wir Christliche Demokraten setzen uns deshalb für den gesetzlich geschützten evangelischen und katholischen Religionsunterricht an unseren Schulen ein.
- ¹²⁶ Eine wichtige Aufgabe der Schulen ist ihre Hilfe bei der Eingliederung von Kindern und jungen Menschen anderer Nationalität und anderer Sprache in unsere Gesellschaft. Gemeinsames Lernen und Aufwachsen fördern den verständnisvollen Umgang miteinander. Diese wichtige Leistung bedarf nicht nur öffentlicher Anerkennung, sondern auch besonderer Unterstützung.
- ¹²⁷ Ebenso wie solide Geschichtskenntnisse trägt das Wissen über andere Kulturen und Völker zur Urteilsfähigkeit, Toleranz und Völkerverständigung bei. Wir setzen uns nachdrücklich für die Aufnahme von Lehrinhalten ein, die sich intensiv mit anderen Kulturen auseinandersetzen. Gerade im zusammenwachsenden Europa sind solche Kenntnisse und der Erwerb von Fremdsprachen unverzichtbar.
- ¹²⁸ Schulen und Bildungseinrichtungen in freier Trägerschaft sind ein unverzichtbarer Bestandteil unseres Bildungswesens. Sie müssen von Ländern und Kommunen gleichberechtigt mit öffentlichen Bildungseinrichtungen gefördert werden.

Berufliche Bildung

- ¹²⁹ Unser duales Bildungssystem mit den Lernorten Betrieb und Schule hat sich bewährt und findet breite internationale Anerkennung. Gleichwohl hat bei uns die praktische Berufsausbildung für junge Leute an Attraktivität verloren. Betriebe, öffentliche Verwaltung und Tarifpartner müssen die Attraktivität einer praktischen Berufsausbildung durch leistungsgerechte Bezahlung, Durchlässigkeit der Laufbahnen und qualifizierte Fort- und Weiterbildung stärken, um so die Gleichwertigkeit der beruflichen mit der akademischen Ausbildung zu verwirklichen.
- ¹³⁰ Die berufliche Bildung bedarf in Betrieb und Schule stärkerer Differenzierung mit Zusatzangeboten für besonders Begabte ebenso wie für leistungsschwächere Jugendliche. Wir wollen die Arbeitsmöglichkeiten der Berufsschule verbessern, die Begabtenförderung für junge Leute ausbauen, die eine Berufsausbildung besonders erfolgreich abgeschlossen haben, und die Förderung von Benachteiligten fortsetzen.
- ¹³¹ Der europäische Arbeitsmarkt macht Sprachkenntnisse und Wissen über die Wirtschaft und Lebensbedingungen in anderen europäischen Staaten erforderlich. Daher muß die Möglichkeit geschaffen werden, sich dieses Wissen theoretisch wie praktisch anzueignen.
- ¹³² Männer und Frauen in handwerklichen und sozialen Berufen leisten einen unersetzlichen Beitrag für die wirtschaftliche und soziale Leistungskraft und das Ansehen Deutschlands in der Welt. Wir setzen uns nachdrücklich dafür ein, daß neben der gesellschaftlichen Anerkennung auch die Verdienstmöglichkeiten, insbesondere in den sozialen Berufen, deutlich verbessert werden. Wir wollen, daß der Dienst am Menschen nicht schlechter bezahlt wird als die Arbeit an der Maschine.

Forschung und Lehre

- ¹³³ Leistungsfähige Hochschulen und außeruniversitäre Forschungseinrichtungen sind unerläßliche Grundlagen für die Zukunft unserer Gesellschaft und die internationale Wettbewerbsfähigkeit Deutschlands. Einheit und Freiheit von Forschung und Lehre bleiben eine notwendige Voraussetzung für die hohe Qualität akademischer Ausbildung und für den wissenschaftlichen Wettbewerb.
- ¹³⁴ Die hohe Zahl der Studierenden hat zu einer Überlastung unserer Hochschulen geführt. Gleichzeitig steigt der Bedarf der Wirtschaft an qualifizierten Hochschulabsolventen. Dieser Entwicklung müssen die Länder und der Bund durch den weiteren Ausbau, insbesondere der Fachhochschulen, Rechnung tragen und zugleich durch neue Ausbildungsformen überzeugende Alternativen zum Studium schaffen. Deshalb müssen Verwaltungs-, Wirtschafts- und Berufsakademien weiterentwickelt und ihre Abschlüsse bundesweit anerkannt werden.
- ¹³⁵ Die Zukunft des Wissenschaftsstandorts Deutschland hängt nicht zuletzt von qualifiziertem Nachwuchs in der Wissenschaft ab, den wir innerhalb und außerhalb der Universitäten fördern wollen. Eine besondere Aufgabe der Hochschulen und Fachhochschulen ist der Aufbau europäisch integrierter Studiengänge. Zum europäischen Austausch in der Wissenschaft ist verstärkt das Auslandsstudium zu unterstützen.
- ¹³⁶ Wir treten für eine Hochschullandschaft ein, die Freiräume gibt für ein differenziertes Angebot an Lehre und Ausbildung und einen offenen Wettbewerb zwischen wissenschaftlichen Institutionen. Die Autonomie der Hochschulen muß sich ebenso bei der notwendigen Verkürzung der durchschnittlichen Studienzeiten und der erforderlichen Neuordnung der Studiengänge und Studienabschlüsse bewähren wie bei der Beteiligung an der Auswahl der Studienbewerber. Alle Gruppen an der Hochschule tragen gemeinsam Verantwortung und sind aufgefordert, ihre Mitwirkungsrechte verantwortungsbewußt zu nutzen.
- ¹³⁷ Wir wollen am Abitur als allgemeiner Hochschulzugangsvoraussetzung festhalten. Das Abitur muß aber wieder eine verlässliche Aussage über die Studierfähigkeit machen. Die Hochschulen sollen künftig in solchen Fächern, in denen die Zahl der Bewerbungen die vorhandene Studienplatzkapazität übersteigt, nach fachbezogenen Kriterien die Studenten selbst auswählen.
- ¹³⁸ Zur Stärkung von Wettbewerb und Leistungsfähigkeit in und zwischen den Hochschulen sowie zur Förderung der notwendigen Mobilität zwischen Wissenschaft, Wirtschaft und öffentlicher Verwaltung müssen die vorhandenen gesetzlichen Möglichkeiten der Anstellung von Hochschullehrern außerhalb eines Beamtenverhältnisses stärker als bisher in Anspruch genommen werden. Wir treten dafür ein, die aus demographischen Gründen in den nächsten Jahren in großem Umfang notwendige Neuberufung von Hochschullehrern für eine solche Personalreform zu nutzen.
- ¹³⁹ Wir setzen uns für die Förderung besonders begabter Studentinnen und Studenten ein. Unser Ziel ist dabei, daß die individuelle Leistung auch mit Verantwortungsbereitschaft verbunden wird. Unser Gemeinwesen braucht in allen Bereichen und auf allen Ebenen Eliten, die ihr hochqualifiziertes Wissen und Können sowohl im Dienst an der Sache als auch im Bewußtsein ihrer Verantwortung für andere einsetzen.

Weiterbildung

- ¹⁴⁰ Die dauernden und tiefgreifenden Veränderungen der Arbeitswelt verursachen stets neue Qualifikationsanforderungen. Weder eine praktische noch eine akademische Erstausbildung reicht für eine erfolgreiche Berufsausübung aus. Daher gewinnt die qualifizierte berufsbezogene Weiterbildung an Bedeutung.

- ¹⁴¹ Die Fort- und Weiterbildung stellt ein noch unausgeschöpftes Aufgabenfeld sowohl der Tarif- als auch der Bildungspolitik dar. Darin liegt für uns die Chance, Arbeitsmarkt und Bildungssystem wieder stärker miteinander zu verbinden und darüber hinaus die Rückkehr ins Berufsleben nach der Familienphase zu erleichtern.

Arbeit und Freizeit

- ¹⁴² Arbeit ist eine wichtige Form der freien Entfaltung der Person. Sie bestimmt in hohem Maße die Zufriedenheit, das Selbstbewußtsein und die Stellung des einzelnen in der Gesellschaft. Arbeit gibt es nicht allein im Berufsleben. Arbeit wird ebenso in der Familie, im sozialen Dienst für andere und im gesellschaftlichen Bereich geleistet. Die Erwerbsarbeit ist einem enormen Strukturwandel unterworfen. Neue Technologien erleichtern das Arbeiten und eröffnen neue berufliche Chancen, zugleich führen sie zu geänderten Anforderungen an die Qualifikation. Die Humanisierung der Arbeit ist eine bleibende Aufgabe. Soziale Maßnahmen, die die Folgen von Arbeitslosigkeit mindern, können kein Ersatz sein für die Schaffung einer ausreichenden Zahl von Arbeitsplätzen.
- ¹⁴³ Zum menschlichen Leben gehören neben der Arbeit auch Muße und Entspannung: Freizeit hat einen Eigenwert. Für ihre Gestaltung steht ein reichhaltiges Angebot zur Verfügung. Es gibt vielfältige Möglichkeiten, außerhalb des Arbeitslebens schöpferische Fähigkeiten zu entfalten, sich politisch und gesellschaftlich zu engagieren oder künstlerischen und sportlichen Neigungen nachzugehen.
- ¹⁴⁴ Sport ist unverzichtbar für Gesundheit, Erziehung und Freizeit; er verbindet spielerisch die Freude an der eigenen Leistung mit der Begegnung und dem Einsatz in einer Gemeinschaft.
- ¹⁴⁵ Wir treten dafür ein, die Freizeit nicht in erster Linie der kommerziellen Freizeitindustrie zu überlassen. Wir unterstützen ausdrücklich die ehrenamtliche Tätigkeit in Verbänden, Vereinen, in der Nachbarschaft und in anderen gesellschaftlichen Bereichen, die zu mehr menschlichem Miteinander beitragen. Unser Bildungswesen muß zu einer sinnvollen Freizeitgestaltung befähigen.

Kirchen und Religionsgemeinschaften

- ¹⁴⁶ Die große Mehrheit unserer Bevölkerung gehört einer der christlichen Kirchen in Deutschland an. Indem diese von Gott künden, weisen sie über die Endlichkeit unserer Existenz hinaus und tragen für viele Menschen zur Sinngebung ihres Lebens bei. Gerade im pluralistisch verfaßten Staat kommt den Kirchen und Religionsgemeinschaften eine besondere Bedeutung für die Wertorientierung der Gesellschaft zu. Darüber hinaus leisten sie auf sozial-karitativem Feld und im erzieherischen Bereich vorbildliche Dienste.
- ¹⁴⁷ Das Recht der Kirchen und Religionsgemeinschaften, ihre eigenen Angelegenheiten autonom zu ordnen, muß ebenso gewahrt bleiben wie ihre Freiheit, ihrem Verkündigungsauftrag in der Gesellschaft nachzukommen. Um diese Selbständigkeit und die Erfüllung ihrer Aufgaben zu ermöglichen, treten wir dafür ein, das System der Kirchensteuer beizubehalten. Wir unterstützen nachdrücklich den Beitrag der Kirchen, ihre Mitverantwortung und ihre Mitgestaltung für das Gemeinwohl. Wir Christliche Demokraten sehen in der Bewahrung der christlichen Wertgrundlagen unserer freiheitlichen Demokratie, insbesondere in der Unantastbarkeit der Würde der Person, das gemeinsame Anliegen der CDU Deutschlands und der christlichen Kirchen.
- ¹⁴⁸ Wir sind dankbar, daß sich nach den nationalsozialistischen Verbrechen wieder jüdische Gemeinden in Deutschland gegründet haben. Juden und Christen sind durch unauflösliche Gemeinsamkeiten an Werten und Traditionen miteinander verbunden. Die jüdischen

Gemeinden sind Teil unseres kulturellen Erbes und ein unverzichtbarer Bestandteil unserer Gesellschaft. Sie tragen mit ihrem gesellschaftlichen Engagement zugleich zum Ansehen Deutschlands in der Welt bei.

- ¹⁴⁹ Unter uns leben viele Menschen anderer Religionszugehörigkeit. Wir achten ihre religiöse Überzeugung und respektieren ihren Wunsch nach freier Religionsausübung im Rahmen der verfassungsmäßigen Ordnung.

Medien und Öffentlichkeit

- ¹⁵⁰ Unsere Gesellschaft hat sich zu einer Medien- und Informationsgesellschaft entwickelt. Das wachsende Angebot an Informationen bietet allen die Möglichkeit, mehr über die unterschiedlichsten Wissens- und Lebensbereiche zu erfahren. Gleichzeitig fühlen sich viele durch die Flut der Information und die Wirkmächtigkeit der Massenmedien überfordert. Verunsicherung und Orientierungslosigkeit bis hin zu psychischen Belastungen, insbesondere bei Kindern, können die Folge sein.
- ¹⁵¹ ● Wir Christliche Demokraten setzen uns für die Einführung medienkundlicher Unterrichtsinhalte an den Schulen ein. Zu einem wirksamen Jugendschutz gehört eine qualifizierte Medienerziehung bereits vom Kindergarten-Alter an. Ziel ist, daß der einzelne den eigenverantwortlichen Umgang mit den Medien lernt und ihre positiven Impulse nutzen kann. Wir fordern und unterstützen eine gesamtgesellschaftliche Verständigung über eine umfassende Medienethik, die sowohl Medienschaffende als auch Mediennutzer einbezieht. In ihrem Mittelpunkt muß die Unantastbarkeit der Würde der Person stehen. Mit der Einführung einer Medienethik muß eine Vergewisserung von Verbindlichkeiten für unsere Mediengesellschaft verbunden sein.
- ¹⁵² ● Wir wenden uns gegen eine verharmlosende und immer hemmungslosere Darstellung von Gewalt und Sexualität besonders im Fernsehen, in Videofilmen und Computerspielen ebenso wie gegen entwürdigende Darstellungen in Pornographie und Werbung.
- ¹⁵³ ● Wir fordern die Verantwortlichen im Bereich der Medien auf, sich einer wirksamen und freiwilligen Selbstkontrolle zu unterziehen. Wir setzen uns darüber hinaus für professionelle Kontrollinstanzen ein, die unparteilich und unabhängig Aufsichtsrechte erhalten sollen. Private und öffentlich-rechtliche Sender stehen in der politischen Verantwortung für eine demokratische Kultur der Meinungsbildung.
- ¹⁵⁴ ● Wir sind davon überzeugt, daß der öffentlich-rechtliche Rundfunk durch eine anspruchsvolle Wahrnehmung der Versorgung in den Bereichen Bildung, Information und Unterhaltung einen unersetzbaren Beitrag für die Qualität unserer Medienkultur leisten kann. Wir halten am dualen System von öffentlich-rechtlichen und privaten Sendern fest. Wir setzen uns für die Erhaltung des öffentlich-rechtlichen Fernseh- und Rundfunksystems ein. Voraussetzung dafür ist, daß die Rundfunkanstalten mit kleineren Verwaltungsapparaten effektiver und kostengünstiger arbeiten und ihren Auftrag ernstnehmen.

Kunst und Kulturtraditionen

- ¹⁵⁵ Unsere Kultur lebt von den künstlerischen Leistungen aller Epochen unserer Geschichte und der Gegenwart. Unsere plurale Gesellschaft ist auch ein Ergebnis dieser Kulturtraditionen, die sich in Deutschland und Europa entfaltet haben. Musik und Literatur, Malerei und Architektur, Theater, Film und andere Kunstformen sind lebendige Teile deutscher Kultur und prägen das Bild Deutschlands in der Welt. Wir bekennen uns zum Grundsatz öffentlicher Kulturförderung bei Gewährleistung der Freiheit der Kunst.

- ¹⁵⁶ Mit der Wiedervereinigung ist die Vielfalt kulturellen Schaffens vermehrt und Deutschland als Kulturnation stärker ins Bewußtsein gerückt. Die Kulturförderung des Bundes muß dem Rechnung tragen. Die Hauptzuständigkeit der öffentlichen Kulturförderung bleibt nach dem Prinzip des Föderalismus bei den Gemeinden und Ländern.
- ¹⁵⁷ Wir setzen uns dafür ein, daß allen die aktive und passive Teilhabe an unseren Kulturgütern offensteht. Die öffentliche Kulturförderung muß dies berücksichtigen, indem sie individuelle Spitzenbegabungen fördert und gleichzeitig durch eine qualifizierte Breitenförderung möglichst vielen die Gelegenheit eröffnet, sich künstlerisch zu betätigen.
- ¹⁵⁸ Kulturförderung ist nicht allein staatliche Aufgabe. Wir wollen private Sponsoren unterstützen und durch steuerliche Erleichterungen ermutigen. Private Künstlerinitiativen sind für die Lebendigkeit und Vielfalt des Kulturbereiches unentbehrlich.
- ¹⁵⁹ Das kulturelle Leben unserer Demokratie reicht von den großen Kulturinstitutionen, die unser kulturelles Erbe vergegenwärtigen, über die traditionelle Volkskunst bis hin zu neuen Schaffensformen; wir wollen mit unserer Kulturpolitik erreichen, daß unsere Kulturdenkmale erhalten bleiben und unsere Kulturtraditionen fortgesetzt werden; wir wollen neuen Impulsen Raum geben und damit zur Vielfalt und Buntheit unseres Lebens beitragen.

Unser Zusammenleben mit Menschen anderer Nationalität

- ¹⁶⁰ Unsere Gesellschaft ist weltoffener geworden. Das Zusammenleben mit Menschen anderer Nationalität gehört zu den Selbstverständlichkeiten unserer Kultur.
- ¹⁶¹ Der Wunsch, die eigene Identität in Kultur, Sprache und Lebensform zu bewahren, ist ein menschliches Grundanliegen und gilt für alle Völker, für Deutsche wie für Angehörige anderer Nationalität in Deutschland. Integration heißt, daß Menschen anderer Herkunft ihre kulturelle Identität behalten können, aber zugleich die Erfordernisse des Zusammenlebens, -wohnens und -arbeitens in unserer Gesellschaft erfüllen müssen.
- ¹⁶² Wir setzen uns für ein gutes Miteinander von deutschen und ausländischen Mitbürgern ein. Wir sind stolz auf die politischen Errungenschaften unserer Kultur: Menschenrechte, Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit stehen jedem Menschen zu, der sich bei uns aufhält. Wir erwarten andererseits von den bei uns lebenden Ausländern, daß sie die Wertgrundlagen unserer Gesellschaft mittragen und unsere gewachsenen Umgangs- und Lebensformen anerkennen. Wir brauchen die Bereitschaft aller zu Integration und Toleranz.
- ¹⁶³ Wir Christliche Demokraten arbeiten für eine Gesellschaft der Offenheit. Wir wenden uns gegen Diskriminierung und Fremdenfeindlichkeit. Wir setzen dagegen Dialogbereitschaft, Toleranz und Mitmenschlichkeit. Sie sind die Grundlage des Zusammenlebens mit Menschen anderer Nationalität in unserem Land und gehören zu den Werten einer freien und verantwortlichen Gesellschaft.

Kapitel III

Für eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft

¹⁶⁴ In Deutschland erlebten die Menschen in Ost und West nach dem Zweiten Weltkrieg eine einzigartige Konfrontation der Wirtschafts- und Gesellschaftssysteme. Die Soziale Marktwirtschaft Ludwig Erhard's erwies sich in jeder Hinsicht der sozialistischen Planwirtschaft überlegen. Sie hat ihr geistiges Fundament in der zum christlichen Verständnis des Menschen gehörenden Idee der verantworteten Freiheit.

¹⁶⁵ Wir Christliche Demokraten haben im Westen Deutschlands die Soziale Marktwirtschaft politisch entwickelt und gegen heftige Widerstände durchgesetzt. Heute gilt dieses Wirtschafts- und Gesellschaftsmodell weltweit als Vorbild. Auf der Grundlage von Freiheit und Demokratie ist in der Bundesrepublik Deutschland ein beispielloser wirtschaftlicher Aufschwung und der Ausbau des Systems der sozialen Sicherheit gelungen. Wir halten an dem Ziel fest, den sozialen Ausgleich zwischen Schwachen und Starken zu erreichen und Wohlstand für alle zu schaffen.

¹⁶⁶ Die sozialistische Planwirtschaft hat im Osten Deutschlands zu großen ökologischen und ökonomischen Zerstörungen geführt und den Menschen schweren Schaden zugefügt. Im wiedervereinigten Deutschland ist es daher unsere wichtigste Aufgabe, den wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Neuaufbau in den neuen Bundesländern voranzutreiben.

¹⁶⁷ Die Wiedervereinigung bietet uns zugleich die Chance zur Erneuerung unserer Wirtschafts- und Sozialordnung in ganz Deutschland und zur Korrektur von Fehlentwicklungen in den alten Bundesländern. Wir wollen zukünftig ökologische Erfordernisse stärker als bisher berücksichtigen und dabei die marktwirtschaftlichen Mechanismen in den Dienst der Umwelt stellen. Wir wollen die Leistung und die Risikobereitschaft des einzelnen fördern, bürokratische Hemmnisse abbauen und die Beteiligung breiter Volksschichten am Produktivkapital fördern. Die Leistungsfähigkeit unseres Sozialstaates stößt an ihre Grenzen, insbesondere durch die demographischen Veränderungen. Wir wollen den Umbau der sozialen Sicherungssysteme durchführen, um auch in Zukunft soziale Gerechtigkeit verwirklichen zu können.

¹⁶⁸ Auch die internationale Entwicklung stellt uns vor große Probleme. Dazu gehören das immer raschere Anwachsen der Weltbevölkerung, die Zunahme des Weltenergieverbrauchs, globale Umweltzerstörungen, Existenznöte großer Teile der Menschheit, die Tendenz zur Bildung von Wirtschaftsblöcken sowie die Gefahr der Abschottung von Märkten. Wir sind davon überzeugt, daß die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft sowie ein freier Welthandel am besten geeignet sind, diese Herausforderungen zu bewältigen.

¹⁶⁹ Durch den Europäischen Binnenmarkt haben wir mit der Niederlassungsfreiheit, der Freizügigkeit sowie dem freien Fluß von Gütern, Kapital und Dienstleistungen einen großen gemeinsamen Wirtschaftsraum geschaffen. Es kommt darauf an, daß wir die Prinzipien der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft auch bei der Ausgestaltung der Europäischen Union anwenden, damit das Europa von morgen marktwirtschaftlich organisiert, sozial gerecht und ökologisch verantwortlich gestaltet wird.

1. Wirtschaftsstandort Deutschland

¹⁷⁰ Seit der Einführung der Sozialen Marktwirtschaft ist es uns gelungen, Deutschland zu einer weltweit führenden Industrienation zu entwickeln. Wir sind stolz auf die Leistungskraft unserer Wirtschaft und unseres Sozialsystems.

¹⁷¹ Unsere Welt befindet sich im Umbruch, auch in wirtschaftlicher und technologischer Hinsicht. Die neuen Fragen unserer Zeit sind eine Herausforderung an die Kreativität, Verantwortungsbereitschaft und Leistungsfähigkeit jedes einzelnen, der Unternehmen, der Tarifpartner und der Politik. Angesichts des Europäischen Binnenmarktes und der zunehmenden Globalisierung der Märkte mit einem wachsenden internationalen Wettbewerb geht es um die Sicherung des Wirtschaftsstandortes Deutschland, um unsere wirtschaftliche Konkurrenz- und Leistungsfähigkeit, die soziale Sicherheit und das internationale Ansehen Deutschlands in Europa und der Welt.

¹⁷² Wir müssen klar sehen, vor welchen Herausforderungen der Wirtschaftsstandort Deutschland heute steht:

¹⁷³ Der wirtschaftliche Neuaufbau Ostdeutschlands ist eine Aufgabe aller Verantwortlichen in Wirtschaft, Gesellschaft und Politik. Ein fortwährendes Zurückbleiben Ostdeutschlands würde die gesamte Volkswirtschaft schädigen. Mit dem Aufbau einer hochmodernen Infrastruktur schaffen wir die Voraussetzungen für eine leistungsfähige Wirtschaft. Mit der Wiedervereinigung sind wir gemeinsam auch wirtschaftlich an Zukunftschancen reicher geworden. Bei unseren Ansprüchen müssen wir aber unsere veränderte gesamtwirtschaftliche Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Wir müssen im Westen aufhören, das Wachstum des Wohlstandes unserer Vergangenheit einfach fortschreiben zu wollen.

¹⁷⁴ Wenn wir im europäischen und internationalen Wettbewerb auch künftig bestehen wollen, müssen wir die Leistungsfähigkeit unserer Wirtschaft verbessern. Nur unser Wille und unsere Fähigkeit zu Spitzenleistungen können unseren wirtschaftlichen Rang erhalten sowie unseren Wohlstand und unser soziales Netz sichern. Als rohstoffarmes Land ist Deutschland besonders auf die Leistungsfähigkeit seiner Menschen und die Innovationsfähigkeit seiner Wirtschaft angewiesen.

¹⁷⁵ Zur Stärkung des Wirtschaftsstandorts Deutschland treten wir ein für:

- die Verbesserung von Ausbildung, Wissenschaft, Forschung und Technologie und deren Infrastruktur,
- ein attraktives Steuerklima für Unternehmen,
- Privatisierung und Deregulierung,
- eine Begrenzung der Lohnnebenkosten,
- flexiblere Arbeits- und Maschinenlaufzeiten,
- Verbesserung der Verkehrsinfrastruktur
- und die Sicherung unseres sozialen Friedens.

¹⁷⁶ Die Zukunft gehört umweltfreundlichen Produkten und Technologien. Mit der Weiterentwicklung unserer Wirtschaftsordnung zu einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft können wir nicht nur unsere führende Rolle im Bereich der Umwelttechnologien ausbauen, sondern auch einen wesentlichen Standortvorteil für die Zukunft sichern.

- ¹⁷⁷ Als exportorientierte Industrienation ist Deutschland auf einen freien Welthandel angewiesen. Protektionismus blockiert die Dynamik der Weltwirtschaft und verhindert Innovationen. Das bedeutet auch, daß wir unsere Märkte für Anbieter aus anderen Staaten, insbesondere auch aus Entwicklungsländern, öffnen und offenhalten müssen.

2. Unser Weg der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft

Prinzipien der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft

- ¹⁷⁸ Die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Programm für alle. Sie steht ebenso im Gegensatz zur sozialistischen Planwirtschaft wie zu unkontrollierten Wirtschaftsformen liberalistischer Prägung. Wir treten für die Ökologische und Soziale Marktwirtschaft ein, weil sie wie keine andere Wirtschaftsordnung unsere Grundwerte Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit verwirklicht. Ihre Grundlagen sind Wettbewerb und Solidarität, Eigenverantwortung und soziale Sicherung. Sie verbindet den Leistungswillen des einzelnen mit dem sozialen Ausgleich in unserer Gesellschaft am besten und schafft die Voraussetzungen für die Bewahrung der Schöpfung. Damit bildet sie eine Grundlage für die freie und verantwortliche Gesellschaft.
- ¹⁷⁹ Wir vertrauen auf die schöpferischen Fähigkeiten des Menschen, sich in Freiheit und Verantwortung zu entfalten. Wir wissen, daß der Mensch seine Fähigkeiten mißbrauchen und ohne Rücksicht auf soziale und ökologische Belange wirtschaften kann. Deshalb muß unser Staat Rahmenbedingungen setzen, um die Kräfte der Selbstregulierung in der Wirtschaft zu stärken und alle am Wirtschaftsleben Beteiligten auf die Beachtung sozialer und ökologischer Erfordernisse zu verpflichten.
- ¹⁸⁰ Wir wollen der selbstbestimmten Persönlichkeit in einer offenen, pluralistischen Gesellschaft Freiräume zur Entfaltung ihrer Eigeninitiative und Kreativität schaffen. Markt und Wettbewerb als zentrale Elemente unserer Wirtschaftsordnung ermöglichen die Freiheit durch Dezentralisation von Macht. Mehr Staat und weniger Markt führen demgegenüber zur Verminderung der Leistungsbereitschaft der Leistungsfähigen und damit zu weniger Wohlfahrt und weniger Freiheit.
- ¹⁸¹ Indem wir die kreativen Kräfte der Leistungsfähigen fördern, können sie auch mehr für soziale Leistungen und den Umweltschutz erbringen. Solidarität mit den Schwachen und die Bewahrung der Schöpfung haben in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft bessere Chancen als in jedem anderen Wirtschaftssystem. Sie bedürfen aber einer politischen Gestaltung durch einen entsprechenden Ordnungsrahmen und folgen nicht aus dem Markt an sich. Dabei muß der Grundsatz gelten: So viel Markt wie möglich, um Eigeninitiative und Selbstverantwortung des einzelnen zu stärken, und so viel Staat wie nötig, um den Menschen Hilfe und Schutz zu bieten, wo sie dessen bedürfen.

Markt und Wettbewerb

- ¹⁸² Der freiheitlichen Demokratie und dem sozialen Rechtsstaat entspricht der Markt als Organisationsform der Wirtschaft. Der Wettbewerb ist das grundlegende Ordnungsprinzip unserer Wirtschaftsordnung. Wettbewerb ist die wirksamste Begrenzung wirtschaftlicher Macht gegenüber den Konsumenten, Konkurrenten und der Gesellschaft. Er fördert den Leistungswillen des einzelnen und dient damit zugleich dem Wohl des Ganzen. Wettbewerb ermöglicht eine optimale und preisgünstige Versorgung mit Gütern und Dienstleistungen und fördert gleichzeitig Innovationen.
- ¹⁸³ Die Lenkung des Wirtschaftsprozesses erfolgt grundsätzlich über Preise. Von staatlichen Interventionen unbeeinflusste Märkte steuern am besten Angebot und Nachfrage, sorgen für

eine auf die Wünsche der Konsumenten ausgerichtete Produktion, zwingen zur ständigen Rationalisierung und begrenzen durch Wettbewerb die Willkür der Preisgestaltung. Überall dort, wo der Staat die Funktion der Marktpreise behindert oder außer Kraft setzt, entstehen Knappheit und Besitzstände mit allen ihren negativen Auswirkungen.

- ¹⁸⁴ Zu einer freiheitlichen und sozialen Wirtschaftsordnung gehört das sozial verpflichtete Privateigentum. Privateigentum an Produktionsmitteln ist Bedingung für die wirtschaftliche und sorgsame Nutzung knapper Güter sowie die Basis für die Leistungsfähigkeit und die Produktivität einer Wirtschaft. Alle Versuche einer Wirtschaftsordnung ohne Privateigentum sind gescheitert, weil sie weder freiheitlich organisierbar noch sozial und leistungsfähig sind.
- ¹⁸⁵ Die Vertrags-, Gewerbe- und Niederlassungsfreiheit sowie die Freiheit der Berufswahl sind grundlegende Voraussetzungen für freie wirtschaftliche Betätigungen und offene Märkte. Dazu gehören auch die Chance des Gewinns und das Risiko des Verlustes.
- ¹⁸⁶ Unverzichtbares Element der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ist die Tarifautonomie. Sie ist ein wichtiger Faktor unseres sozialen Friedens; die Tarifpartner tragen besondere Verantwortung für die Verwirklichung der politischen Ziele von Vollbeschäftigung, Geldwertstabilität und Wachstum.

Soziale Ordnung

- ¹⁸⁷ Wirtschafts- und Sozialordnung sind untrennbar miteinander verbunden. Sie begrenzen und ergänzen sich gegenseitig. Eine Wirtschaftspolitik ohne soziale Gerechtigkeit verfehlt den sozialen Frieden und würde zugleich zu volkswirtschaftlichen Verlusten führen. Unsere soziale Ordnungspolitik verbindet die Prinzipien der Humanität und Wirtschaftlichkeit sowie der Leistungs- und Verteilungsgerechtigkeit. Sie zielt auf die Stärkung der Eigenverantwortung, auf persönliche Hilfe und aktive Solidarität.
- ¹⁸⁸ Soziale Ordnungspolitik folgt dem Gebot der Subsidiarität. Was die kleine Gemeinschaft aus eigener Kraft leisten kann, darf die größere ihr nicht nehmen. Grundlegende Elemente unserer sozialen Ordnung bleiben Versicherungspflicht und Leistungsgerechtigkeit sowie Dezentralisierung und Selbstverwaltung in den Sozialversicherungen.
- ¹⁸⁹ Zu den grundlegenden Elementen unserer sozialen Ordnung gehören die Tarifautonomie, die Mitbestimmung der Arbeitnehmer, die soziale Partnerschaft ebenso wie auch Hilfe zur Selbsthilfe und die Gleichberechtigung von Mann und Frau. Unsere Sozialordnung, insbesondere die Renten- und Pflegeversicherung, beruht zu einem erheblichen Teil auf der Solidarität zwischen den Generationen. Angesichts der tiefgreifenden demographischen Veränderungen dürfen wir diesen Generationenvertrag nicht überlasten.
- ¹⁹⁰ In der Sozialpolitik gilt es, die Absicherung von zumutbaren Risiken verstärkt in die Eigenverantwortung des einzelnen zu übertragen. Gewachsener Wohlstand macht mehr Eigenverantwortung möglich und notwendig.

Die ökologische Dimension

- ¹⁹¹ Wir Christliche Demokraten wollen die Soziale Marktwirtschaft um eine ökologische Dimension erweitern. Stärker als bisher wollen wir die Kräfte und Steuerungsmechanismen der Marktwirtschaft einsetzen, um einen schonenden Umgang mit Natur und Umwelt zu erreichen. Ziel der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft ist es, eine Synthese von Ökonomie und Ökologie zu schaffen.

¹⁹² Unsere Verantwortung für die Schöpfung muß auch unser wirtschaftliches Handeln leiten. Wir müssen die Vernetzung von Mensch, Natur und Umwelt zum Prinzip unseres Handelns machen. Grundlage der ökologischen Ordnung sind das Verursacher- und das Vorsorgeprinzip. Wir wollen, daß in Zukunft jeder die Kosten für die Inanspruchnahme von Umwelt tragen muß, die aus seinem Verhalten als Produzent oder Konsument resultieren. Mit ökologisch ehrlichen Preisen schaffen wir Anreize zu umweltschonendem Verhalten. Das gesetzliche Ordnungsrecht und marktwirtschaftliche Anreize sind die Instrumente zur Verwirklichung dieser Ziele. Wir brauchen auch künftig den ökologischen Ordnungsrahmen mit gesetzlichen Ge- und Verboten, Auflagen und Genehmigungserfordernissen. Um die Leistungsfähigkeit und Innovationskraft der Wirtschaft verstärkt in den Dienst der Umwelt zu stellen, wollen wir aber mehr als bisher marktwirtschaftliche Mechanismen einsetzen - durch mehr ökologische Ordnungselemente im Steuerrecht, durch Umweltafgaben, Kompensationsmöglichkeiten und Haftungsregelungen. Indem wir durch solche marktwirtschaftlichen Anreize die Umweltschonung belohnen und die Inanspruchnahme von Umwelt mit Kosten belegen, stärken wir die Eigeninitiative zu mehr Umweltschutz.

¹⁹³ Wir Christliche Demokraten werben für ein neues Verständnis von Wohlstand und Wachstum. Wesentlicher Bestandteil des Wohlstandes ist eine gesunde Umwelt. Wachstum bedeutet weitaus mehr als nur die Mehrung von Gütern und Dienstleistungen. Ein neues Verständnis von Wachstum muß die Inanspruchnahme der Umwelt einbeziehen und die ökologischen Kosten berücksichtigen.

Initiative und Verantwortung stärken

Finanz- und Steuerpolitik

¹⁹⁴ Die epochalen Veränderungen in Europa und die Wiedervereinigung Deutschlands eröffnen uns einerseits neue Märkte, Wachstumschancen und Modernisierungsschübe. Andererseits haben sich die Rahmenbedingungen der Finanzpolitik durch den Aufbau der neuen Bundesländer und die Hilfe für Mittel-, Ost- und Südosteuropa für eine längere Übergangszeit stark verändert. Damit das Zusammenwachsen Deutschlands zügig vorangebracht wird, haben wir eine höhere Staatsverschuldung in Kauf genommen. Daran muß sich jedoch eine konsequente Rückführung der Neuverschuldung und eine Konsolidierung aller öffentlichen Haushalte anschließen. Die zusätzliche Beanspruchung unserer Wirtschafts- und Finanzkraft macht daher Umschichtungen der öffentlichen Ausgaben erforderlich. Wir müssen neu festlegen, welche öffentlichen Leistungen Vorrang haben und auf welche wir verzichten müssen.

¹⁹⁵ Der Aufbau der neuen Bundesländer macht es notwendig, daß der Bund und die alten Länder auf längere Zeit einen nicht unerheblichen Finanztransfer leisten. Die Finanzpolitik soll Wachstum und Beschäftigung in den neuen Bundesländern fördern und die Angleichung der Lebensbedingungen in Ost- und Westdeutschland aktiv unterstützen. Das Steueraufkommen und die Finanzkraft der ostdeutschen Länder und Gemeinden müssen erhöht und ihre Abhängigkeit von Finanztransfers schrittweise verringert werden.

¹⁹⁶ Die Fortsetzung einer stabilitätsgerechten und wachstumsfreundlichen Wirtschaftspolitik erfordert nachhaltige Schritte beim Subventionsabbau im Westen. Subventionen führen zur Lähmung der Marktkräfte, verzerren den Wettbewerb, behindern den Strukturwandel und die Wirtschaftsdynamik. Ein mittelfristiges Konzept muß Finanzhilfen, Steuervergünstigungen und sonstige subventionsähnliche Ausgaben in den alten Bundesländern überprüfen und reduzieren. So sind die Subventionen in den verschiedenen Wirtschaftsbereichen, wie etwa im Bereich der Steinkohle, zu vermindern.

¹⁹⁷ ● Wir wollen durch Einsparungen, Ausgabenbegrenzungen und Umschichtungen vermeiden, daß Steuern, Sozialabgaben und die Staatsverschuldung zu stark steigen und dadurch

Wachstum, Beschäftigung und Preisstabilität gefährden. Es bleibt unser festes Ziel, die Staats-, Steuer- und Abgabenquote sowie die Staatsverschuldung zu begrenzen.

- ¹⁹⁸ ● Wir müssen bei allen Gebietskörperschaften in der alten Bundesrepublik die Steigerungsrate der Personal- und Sachkosten sowie die Dringlichkeit öffentlicher Investitionen überprüfen. Wir müssen gegebenenfalls eine Streckung oder Verschiebung von Vorhaben vornehmen. Der Sparsamkeitszwang ist eine Chance zur Modernisierung, Rationalisierung und zur Überprüfung überholter Besitzstände.
- ¹⁹⁹ Abgaben und Steuern müssen sich an der Steuergerechtigkeit orientieren. Steuern dürfen weder die private Initiative noch die Leistungsfähigkeit von Bürgern und Unternehmen lähmen. Steuererhöhungen sind für uns nur dann vertretbar, wenn alle Chancen für Einsparungen und Umschichtungen erschöpft sind. Wir treten dafür ein, unser Steuerrecht auch in den Dienst der Umwelt zu stellen. Mit steuerlichen Anreizen soll umweltfreundliches Verhalten belohnt und umweltschädliches Verhalten mit Abgaben belastet werden.
- ²⁰⁰ Unsere Steuerpolitik muß Leistung fördern und den Standort Deutschland sichern. Wir wollen niedrigere direkte Steuersätze, aber eine breitere Steuerbemessungsgrundlage mit weniger steuerlichen Vergünstigungen und Ausnahmetatbeständen. Dies entspricht auch den Erfordernissen im internationalen Wettbewerb der Unternehmensbesteuerung, da in vielen Staaten die direkten Steuersätze niedriger sind als in Deutschland. Ertragsunabhängige Steuern wollen wir vermindern und die EG-Steuerharmonisierung weiter vorantreiben.

Wettbewerbspolitik

- ²⁰¹ Die Freiheit des Individuums und die Offenheit der Gesellschaft sind Voraussetzungen für Wettbewerb. Der Wettbewerb ist seinerseits Grundlage für Chancenvielfalt. Deshalb treten wir dafür ein, daß die gesamte Wirtschafts-, Finanz- und Sozialpolitik so gestaltet wird, daß sie die Wirksamkeit wettbewerblicher Marktsteuerung fördert. Gleichzeitig gilt es, individuelle Chancengerechtigkeit zu sichern, Märkte offen zu halten und unlauteren Wettbewerb zu unterbinden.
- ²⁰² Wo die Konzentration wirtschaftlicher Macht das Prinzip des Wettbewerbs verletzt, ist die Wahlvielfalt der Bürger und die Wirkung des Marktes beeinträchtigt. Der Staat muß deshalb der Konzentration wirtschaftlicher Macht entgegenwirken.
- ²⁰³ Wir treten dafür ein, wettbewerbsrechtliche Sonderregelungen für die Bereiche Verkehr, Versicherung und Versorgungswirtschaft, Arbeitsvermittlung und freie Berufe grundsätzlich den allgemeinen Wettbewerbsregelungen anzupassen.
- ²⁰⁴ Die Aufgaben der Wettbewerbspolitik verlagern sich zunehmend auf die Ebene der Europäischen Union. Dabei dürfen die wettbewerbsorientierten Grundsätze des deutschen Kartellrechts nicht in Frage gestellt werden. Wir wollen, daß die EG-Fusionskontrolle institutionell abgesichert und ein unabhängiges europäisches Kartellamt geschaffen wird. Neben der Fusionskontrolle sind die Begrenzung und der Abbau staatlicher Subventionen sowie die Privatisierung von Wirtschaftsbetrieben mit staatlicher Beteiligung weitere Elemente unserer Wettbewerbspolitik.

Strukturpolitik

- ²⁰⁵ Die besondere Situation in den neuen Bundesländern erfordert beim Aufbau der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft für eine längere Übergangszeit eine aktive Strukturpolitik. Dabei hat die Errichtung einer neuen und modernen Infrastruktur Priorität. Im gesamten Bereich der Wirtschaft streben wir eine möglichst weitgehende Privatisierung an. Wo notwendig, sind für private Investitionen und zur Lösung von Übergangsproblemen

flankierende staatliche Hilfen zu gewähren. In bestimmten Branchen und Regionen können vorübergehende Beteiligungen der öffentlichen Hand unvermeidbar sein, solange private Gesellschafter zur Übernahme nicht gefunden werden. Die Ausgestaltung muß möglichst marktwirtschaftskonform, wettbewerbsneutral, befristet und degressiv erfolgen. Ziel dieser aktiven Strukturpolitik ist es, in Ostdeutschland industrielle Kernbereiche zu erhalten und die Anpassung an den Strukturwandel zu unterstützen.

- ²⁰⁶ Demgegenüber sind in den alten Bundesländern industrielle Beteiligungen und Dienstleistungen der öffentlichen Hand zu privatisieren. Dies gilt auch für Banken und Versicherungen in öffentlicher Hand. Privatwirtschaftliche, durch Markt und Wettbewerb gesteuerte und kontrollierte unternehmerische Tätigkeit gewährleistet am besten wirtschaftliche Freiheit, ökonomische Effizienz und Anpassung an sich verändernde Marktverhältnisse und damit Wohlstand und soziale Sicherheit für alle Bürgerinnen und Bürger. Soziale Flankierungen erfolgen durch die Ausgleichs- und Förderinstrumente der Sozial- und Arbeitsmarktpolitik, grundsätzlich dagegen nicht durch die unternehmerische Betätigung des Staates.
- ²⁰⁷ Auch in den alten Bundesländern findet kontinuierlich ein weitreichender Strukturwandel statt. Er ist unverzichtbar für eine moderne Volkswirtschaft, die im internationalen Wettbewerb bestehen will. Dieser Strukturwandel muß grundsätzlich der wettbewerblich geordneten Marktsteuerung überlassen werden, um erfolgreich vollzogen zu werden. Staatliche Wirtschaftslenkung ist dazu nicht in der Lage. Aufgabe der Strukturpolitik kann es nur sein, die Anpassungsfähigkeit von Unternehmen und Beschäftigten nach Kräften zu fördern und den Strukturwandel sozial abzusichern. Wo sektorale Hilfen politisch unvermeidbar sind, müssen sie zeitlich befristet, degressiv gestaltet und mit anpassungsorientierten Auflagen verbunden sein. Im Westen Deutschlands müssen die bisherigen Maßnahmen staatlicher Strukturpolitik, insbesondere das ausdifferenzierte System der Subventionen, auf ihre wirtschaftliche Notwendigkeit und Effizienz hin grundlegend überprüft werden.
- ²⁰⁸ Wir wenden uns gegen industriepolitische Tendenzen innerhalb der Europäischen Union, die zu Wettbewerbsverzerrungen führen. Wir setzen uns für eine nach innen und außen offene Gemeinschaft ein, welche die Wettbewerbsfähigkeit unserer Wirtschaft stärkt und zukunftsfähige Arbeitsplätze schafft und sichert.

Mittelstandspolitik

- ²⁰⁹ Die Leistungsfähigkeit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft beruht auf einer ausgewogenen Struktur von Klein-, Mittel- und Großbetrieben. Wirtschaftskraft, Ideenreichtum und Erfolgswille mittelständischer Unternehmen sind für die Investitions- und Wachstumsbelegung sowie für die Schaffung von Arbeits- und Ausbildungsplätzen von hervorragender Bedeutung. Dies gilt insbesondere für den Aufbau der Wirtschaft im Osten Deutschlands.
- ²¹⁰ Kleine und mittlere Unternehmen sind im Wettbewerb teilweise benachteiligt: weil der Zugang zu Eigen- und Fremdkapital für sie schwieriger ist als für Großunternehmen; weil der Staat immer mehr Verwaltung auf die Unternehmen abgeschoben hat und sie mit Auflagen belastet, deren Kosten zwar das Großunternehmen, nicht aber Kleinbetriebe tragen können; weil das Steuerrecht die kleinen und mittleren Unternehmen benachteiligt und die Gesetzgebung zu sehr an Großbetrieben orientiert ist. Mittelständische Unternehmen haben aber auch besondere Vorteile, weil sie vielfach flexibler sind, schneller entscheiden können und weniger bürokratisch sind.
- ²¹¹ Wir wollen die Neugründung von Unternehmen und den Schritt in die berufliche Selbständigkeit erleichtern. Unsere Wirtschaft muß leistungsbewußten und risikobereiten Menschen die Chance zur Selbständigkeit bieten. Wir wollen in den neuen Bundesländern den Mittelstand verstärkt fördern. Dazu gehören aufgrund besonderer Eigenkapitalschwäche Möglichkeiten zum Mietkauf. Eine konsequente Mittelstandspolitik ist die beste Voraussetzung für die Stabilisierung und Weiterentwicklung unserer marktwirtschaftlichen Ordnung.

Eigentums- und Vermögenspolitik

- ²¹² Privates und sozial verpflichtetes Eigentum ist ein Grundpfeiler der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft. Es gibt dem einzelnen mehr Entscheidungsmöglichkeiten und erhöht damit seine persönliche Freiheit.
- ²¹³ Von zentraler Bedeutung für den Aufbau der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft in den neuen Bundesländern ist ein möglichst breit gestreutes Privateigentum an Unternehmen und Grundstücken. Privatisierung und Reprivatisierung müssen vorangetrieben werden, auch im Bereich des Wohneigentums. Privateigentum ist die entscheidende Bedingung, damit die erforderlichen Investitionen getätigt und damit die Grundlagen für rentable Arbeitsplätze und selbst erwirtschaftete Arbeitseinkommen und Gewinne geschaffen werden.
- ²¹⁴ In Ostdeutschland konnte unter den Bedingungen des Sozialismus nur wenig Kapital gebildet werden; es fand vielmehr ein gewaltiger Kapitalverzehr statt. Deshalb sind die Kapitalbildung in Ostdeutschland und der Kapitaltransfer von West nach Ost so wichtig: Wir wollen den ostdeutschen Bürgerinnen und Bürgern die Eigentumsbildung erleichtern durch Kaufpreisstundungen, Erbbaurechte und Mietkauf im investiven Bereich sowie durch Modelle des Investivlohns und der Mitarbeiterbeteiligung.
- ²¹⁵ Die Bildung von Produktivvermögen in Arbeitnehmerhand ist eine soziale Notwendigkeit, um den Arbeitnehmern Mitverantwortung zu übertragen und eine gerechte Einkommensverteilung zu sichern. Wir werden eine breite Vermögensbildung am Produktivkapital nur dann erreichen, wenn der Staat die notwendigen Rahmenbedingungen schafft und die Tarifpartner entsprechende Tarifverträge abschließen.
- ²¹⁶ Die Eigenkapitalbildung kann verbessert werden, indem die Arbeitnehmer an den Erträgen der Unternehmen beteiligt und ihre Ersparnisse in Form von Miteigentum nutzbar gemacht werden. Nicht nur in den alten, sondern gerade auch in den neuen Bundesländern sollten die Tarifpartner die bestehenden Fördermöglichkeiten ausschöpfen. Wir wollen die rechtlichen und finanziellen Bedingungen dafür verbessern.

Energie und Rohstoffe

- ²¹⁷ Eine sichere, preisgünstige und umweltfreundliche Energie- und Rohstoffversorgung wird auch weiterhin Ziel unserer Politik sein. Wir treten dafür ein, daß in Deutschland mit modernsten Produktions-, Steuerungs- und Kommunikationstechniken der Rohstoff- und Primärenergieverbrauch optimiert und die verschiedenen Primärenergien in einem vernünftigen Energiemix eingesetzt werden.
- ²¹⁸ ● Wir wollen ein Höchstmaß an Effizienz erreichen, damit der Primärenergieeinsatz mittelfristig gesenkt werden kann. Wir wollen die Energiesparmöglichkeiten in Industrie, Verkehr und privaten Haushalten konsequent nutzen.
- ²¹⁹ ● Wir setzen uns für die Verminderung der Umweltbelastungen aus der Nutzung fossiler Energieträger ein. Wir brauchen mehr Nutzenergie bei vermindertem Einsatz von fossilen Primärenergieträgern. Der Preis muß auch hier entscheidender Regelungsfaktor sein.
- ²²⁰ ● Wir setzen uns für die verantwortliche Nutzung der Kernenergie ein. Wir können aus der Nutzung und Erforschung der Kernenergie nicht aussteigen, weil es auf absehbare Zeit keine Energiequellen gibt, die effektiver und umweltschonender arbeiten. Wir wollen das technische Wissen zur Sanierung und Erhöhung der Sicherheit von Kernkraftwerken im Rahmen internationaler Umweltpartnerschaft einsetzen.

- ²²¹ ● Wir treten für die Entwicklung, Erprobung und Nutzung neuer, erneuerbarer sowie umweltfreundlicher Energieträger und Energiesysteme ein. Sie sollen einen möglichst hohen Anteil an der Energieerzeugung erreichen.
- ²²² Unsere nationale Rohstoff- und Energiepolitik muß in den Europäischen Binnenmarkt integriert und die Energieversorgung in den neuen Bundesländern an den europäischen Standard herangeführt werden. Den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas müssen wir ebenso wie den Entwicklungs- und Schwellenländern bei der Modernisierung ihrer energietechnischen Anlagen helfen. Der Technologietransfer in diese Länder ist im Interesse des Umweltschutzes und der Ressourcenschonung besonders notwendig.

Landwirtschaftspolitik

- ²²³ Die Land-, Forst-, Ernährungs- und Fischereiwirtschaft ist ein bedeutender Wirtschaftsfaktor bei uns und in Europa. Der deutschen Landwirtschaft muß im gemeinsamen europäischen Markt eine wettbewerbsfähige Entwicklung ermöglicht werden. Wir setzen auf die unternehmerischen Kräfte der Landwirtschaft. Der sich vollziehende Strukturwandel muß sozial abgefedert und zu einer Verbesserung der Wettbewerbsfähigkeit genutzt werden.
- ²²⁴ Land- und Forstwirtschaft ist im Familienbetrieb, aber gleichermaßen auch in anderen rechtlichen und wirtschaftlichen Formen möglich. Dabei wollen wir ein breitgestreutes Eigentum an Grund und Boden sichern.
- ²²⁵ ● Wir streben eine Neuorientierung der EG-Agrarpolitik an, die sich an den Prinzipien einer Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft orientiert. Dazu sind schrittweise die bisherigen Marktordnungen entsprechend umzugestalten.
- ²²⁶ ● Wir treten dafür ein, die agrarsoziale Sicherung fortzuentwickeln und dabei die individuelle Leistungsfähigkeit, eine größere Eigenverantwortung sowie die Mitarbeit der Bäuerin stärker als bisher zu berücksichtigen.
- ²²⁷ Die Landwirtschaft hat auch in Zukunft die primäre Aufgabe, gesunde und hochwertige Nahrungsmittel umweltverträglich zu erzeugen. Neue Chancen und Märkte können für die Land- und Forstwirtschaft bei nachwachsenden Rohstoffen, Freizeitangeboten, Direktvermarktungen oder anderen Marktnischen eröffnet werden. Eine unverzichtbare öffentliche Aufgabe erfüllt die Land- und Forstwirtschaft bei der Pflege und Erhaltung unserer Kulturlandschaft. Leistungen für einen intensiven Natur- und Landschaftsschutz werden künftig nicht unentgeltlich erbracht werden können und sollten vorrangig über vertragliche Vereinbarungen gestaltet werden.
- ²²⁸ Wir setzen uns für Produkte und Produktionsmethoden ein, die eine Schädigung des Naturhaushalts vermeiden. Die gesetzlichen Rahmenbedingungen für den Umweltschutz müssen wie andere Wettbewerbsbedingungen auch so weit wie möglich im gemeinsamen europäischen Markt harmonisiert werden.

Währungspolitik

- ²²⁹ Geldwertstabilität ist für das Funktionieren unserer wirtschaftlichen Entwicklung von entscheidender Bedeutung. Preisstabilität dient den Sparern und Verbrauchern. Voraussetzung für den Erfolg der Geldpolitik ist, daß alle Beteiligten ihren Stabilitätsbeitrag leisten.
- ²³⁰ In Europa ist die Sicherung der Geldwertstabilität ein gemeinsames Anliegen. Im Europäischen Währungssystem (EWS) fungiert die D-Mark als Stabilitätsanker für die Partnerländer. Einzelne Währungen und nationale Währungsbanken allein können in zusammenwachsenden Märkten jedoch auf Dauer nicht für Währungsstabilität sorgen. Umgekehrt benötigt

gerade das exportorientierte Deutschland die stabile Kaufkraft des europäischen und internationalen Nachfragepotentials. Deshalb wollen wir eine Währungsunion mit einer gemeinsamen Europa-Währung schaffen, die ebenso stabil sein muß wie die D-Mark.

- ²³¹ Beim Eintritt in die Währungsunion werden hohe Maßstäbe an die wirtschaftlichen Voraussetzungen der teilnehmenden Länder, vor allem hinsichtlich niedriger Inflationsraten und ihrer Haushaltsdisziplin angelegt. Die geldpolitische Verantwortung wird dann auf eine Europäische Zentralbank übertragen, die - wie die Deutsche Bundesbank - unabhängig und vorrangig der Preisstabilität verpflichtet sein muß. Wir wollen mit diesem geld- und fiskalpolitischen Regelwerk die notwendigen Voraussetzungen für eine stabile Europa-Währung schaffen.

Humanität und Flexibilität im Arbeitsleben

- ²³² Humanität im Arbeitsleben und Arbeitsschutz müssen weiterentwickelt werden. Technischer Fortschritt bietet neue Möglichkeiten für die Humanisierung der Arbeitsbedingungen. Der Mensch ist für uns nicht Diener der Maschine. Gruppen- und Teamarbeit ermöglichen menschliche Kontakte und eröffnen neue Mitwirkungschancen. Auch im Arbeitsleben muß der einzelne die Chance haben, mitzugestalten und mitzuentcheiden.
- ²³³ Wir erwarten von den Tarifpartnern eine neue Flexibilität in der Gestaltung der Arbeitszeiten. Hierbei müssen betriebliche Erfordernisse berücksichtigt werden. Wir wollen mehr Wahlfreiheit bei der Bestimmung der Tages-, Wochen-, Jahres- und Lebensarbeitszeit ermöglichen und die Übergänge zwischen den Lebensbereichen und -phasen fließender gestalten. Durch mehr Wahlfreiheit können unterschiedliche Interessen und Aktivitäten in den verschiedenen Lebensbereichen miteinander verknüpft werden. Wir streben eine weitere Verbesserung der Rahmenbedingungen zur Vereinbarkeit von Familie und Beruf an.

Arbeitsmarktpolitik

- ²³⁴ Wir sind auch im Bereich der Wirtschafts- und Sozialordnung den Zielen der Humanität und Gerechtigkeit verpflichtet. Arbeit ist ein wesentlicher Bestandteil des menschlichen Lebens und Möglichkeit der personalen Entfaltung. Deshalb streben wir Vollbeschäftigung an. Sie ist ein wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Ziel, dem der Staat durch Schaffung zuverlässiger Rahmenbedingungen und die Tarifpartner in besonderer Verantwortung verpflichtet sind.
- ²³⁵ Die notwendige wirtschaftliche Umstellung in den neuen Bundesländern bringt eine große Belastung des Arbeitsmarktes mit sich. Davon sind insbesondere Frauen betroffen. Sie müssen verstärkt in den Arbeitsmarkt integriert werden.
- ²³⁶ Die beste Arbeitsmarktpolitik ist die Schaffung dauerhafter und wettbewerbsfähiger Arbeitsplätze durch Investitionen. Arbeitsmarktpolitische Instrumente müssen für eine Übergangszeit im Osten Deutschlands in stärkerem Maße als im Westen eingesetzt werden. Dazu gehören auch Arbeitsbeschaffungsmaßnahmen und die Kombination von öffentlichen Aufgaben, wie etwa der Flächensanierung, und Beschäftigung.
- ²³⁷ Wir setzen uns für eine Aufhebung des Arbeitsvermittlungsmonopols ein und befürworten die Arbeitsvermittlung auch durch Private, sofern sie die notwendigen Auflagen erfüllen. Wir treten dafür ein, daß künftig die Sozialversicherungsfreiheit von Dauerarbeitsverhältnissen grundsätzlich nicht erlaubt ist.
- ²³⁸ Ausländische Arbeitnehmerinnen und Arbeitnehmer tragen auf vielfältige Weise zum deutschen Wirtschaftsleben bei; in manchen Wirtschaftsbereichen sind sie unersetzbar. Wir wollen die soziale Integration der ausländischen Arbeitnehmerschaft und ihrer Familien in

unserer Gesellschaft fördern und den Erhalt ihrer kulturellen Eigenständigkeit unterstützen. Wir sehen unsere besondere Verantwortung bei der sprachlichen Integration sowie der schulischen und beruflichen Qualifikation der bei uns aufwachsenden ausländischen Jugendlichen.

²³⁹ Zur Beseitigung der Langzeitarbeitslosigkeit benötigen wir neue Konzepte. Hierbei stehen die Tarifpartner, Arbeitgeber wie Gewerkschaften, in gemeinsamer Verantwortung. Notwendig sind konkrete, an den persönlichen Problemen und Stärken der Arbeitssuchenden orientierte Integrationshilfen. Arbeitslose, die auf absehbare Zeit keine reelle Chance zur Wiedereingliederung in den Arbeitsmarkt haben, müssen flankierende soziale Integrationshilfen erhalten.

²⁴⁰ Um Arbeitslosigkeit zu verringern, muß sich die Steigerung von Löhnen und Gehältern an der Entwicklung der Produktivität orientieren. Deshalb brauchen wir eine differenzierte Tarifpolitik in Branchen und Regionen sowie Möglichkeiten, von den Tarifregelungen durch Betriebsvereinbarungen abzuweichen.

Mitbestimmung

²⁴¹ Mitbestimmung und Mitwirkung der Arbeitnehmer in Betrieben und Unternehmen sind eine Grundlage der Sozialen Marktwirtschaft und Ausdruck christlich-sozialen Gedankenguts. Die Mitverantwortung der Beschäftigten hat wesentlich zum Erfolg der deutschen Wirtschaft sowie zu Stabilität und sozialem Frieden beigetragen. Die in Deutschland bewährte Mitbestimmung muß deswegen auch in der Europäischen Union gesichert bleiben.

²⁴² Die zunehmende internationale Verflechtung der Wirtschaft erfordert, daß in den europaweit tätigen Unternehmen im Ausland grenzüberschreitende Arbeitnehmervertretungen mit Unterrichts- und Beratungsrechten gebildet werden. Gerade bei strukturellen Anpassungen im europäischen Binnenmarkt ist Transparenz gefordert, die Arbeitnehmern und Arbeitgebern gleichermaßen zugute kommt und Vertrauen schafft.

Verkehrspolitik

²⁴³ Das Verkehrswesen hat entscheidenden Einfluß auf unsere Lebensqualität, auf die Belastungen von Natur und Umwelt, auf die Leistungs- und Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft. Das steigende Verkehrsaufkommen, die wachsenden Umweltbelastungen und die zahlreichen Engpässe im Verkehrsfluß erfordern neue Verkehrskonzepte.

²⁴⁴ ● Wir wollen den umweltverträglichen Verkehrsmitteln, die Gesundheit, Boden, Luft und Energie am wenigsten beanspruchen, Vorrang geben. Dies soll durch die größtmögliche Beteiligung von Bahn, Schifffahrt und öffentlichem Personennahverkehr am Verkehrswachstum geschehen. Wir müssen zu ökologisch ehrlichen Preisen kommen: Jedes Verkehrsmittel muß so weit wie möglich die Kosten seiner Verkehrswege, aber auch die Kosten der von ihm verursachten Umweltbelastungen tragen.

²⁴⁵ ● Wir wollen die Normen für den Energieverbrauch, für Emmissionen und Sicherheit stufenweise verschärfen. Dabei müssen wir die vorhandene Infrastruktur durch Vernetzung der Verkehrsträger und Systeme intelligenter Verkehrssteuerung besser nutzen. Wenn wir die Mobilität erhalten wollen, müssen wir zudem verstärkt Verkehr vermeiden.

²⁴⁶ ● Der hohe Investitionsbedarf, insbesondere für die Bereiche Schiene, Straße und Wasserwege, kann nicht allein durch den öffentlichen Haushalt abgedeckt werden. Daher müssen Möglichkeiten der privaten Finanzierung der Verkehrsinfrastruktur genutzt werden. Wir setzen uns für eine europäische Regelung der Verkehrswegekosten ein.

- ²⁴⁷ ● Wir müssen den öffentlichen Personennahverkehr weiter ausbauen und fördern. Die Regionalisierung der Planungs- und Finanzverantwortung des öffentlichen Personennahverkehrs verbessert die Voraussetzungen für ein attraktives, bürgernahes Angebot.

Wohnen und Städtebau

- ²⁴⁸ Ein angemessener Wohnraum für alle ist eine Grundvoraussetzung für den sozialen Frieden. Bei gestiegenen Wohnansprüchen werden die privaten Haushalte einen wachsenden Anteil ihres verfügbaren Einkommens für Wohnraum aufwenden müssen. Öffentliche Hilfe ist dort nötig, wo der Markt für sozial Schwache zu wenig oder zu teuren Wohnraum bereithält. Dies erfordert große Anstrengungen bei der Förderung des Wohnungsbaus durch Bund, Länder und Gemeinden. Darüber hinaus wollen wir durch das einkommensabhängige Wohngeld denen helfen, die marktgerechte Mieten für einen angemessenen Wohnraum nicht aus eigenem Einkommen zahlen können.
- ²⁴⁹ Der private Wohnungsbau muß als Kapitalanlage wieder interessant werden. Dabei können wir derzeit auf die direkte Förderung neuer Mietwohnungen nicht verzichten, damit vor allem Familien mit kleinen und mittleren Einkommen bezahlbaren Wohnraum mieten können. Im sozialen Wohnungsbau müssen ungerechtfertigte Subventionsvorteile durch Fehlbelegungen voll abgeschöpft werden. Die soziale Gerechtigkeit verlangt, daß die Fehlbelegung von Sozialwohnungen beseitigt wird. Langfristig streben wir an, die Objektförderung im Wohnungsbau zu vermindern und die Subjektförderung zu verstärken.
- ²⁵⁰ Für die Mieter ist ein wirksamer Kündigungsschutz unverzichtbar. Andererseits brauchen Investoren kalkulierbare Rahmenbedingungen. Dies ist am ehesten gewährleistet, wenn mietvertragliche Vereinbarungen flexibel geregelt werden können, die zugleich Vertrauen für Vermieter und Mieter schaffen.
- ²⁵¹ Wir verkennen nicht die Probleme, die bei der marktwirtschaftlichen Neuorientierung der Wohnungswirtschaft in den neuen Bundesländern entstanden sind. Die notwendige Anpassung der Mieten an die tatsächlichen Wohnkosten muß schrittweise geschehen und wo nötig sozial wirksam unterstützt werden. Daneben darf der Wohnungsneubau nicht vernachlässigt werden. In den neuen Bundesländern besteht bei der Wohneigentumsbildung großer Nachholbedarf. Neben der Schaffung neuer Eigenheime muß auch die Privatisierung vorhandener Mietwohnungen vorangetrieben werden.
- ²⁵² Wir wollen, daß vor allem Familien den Wunsch nach Wohneigentum verwirklichen können. Generell müssen alle Ansätze für kostengünstiges sowie flächen- und umweltschonendes Bauen genutzt werden. Auch in Zukunft brauchen wir eine wirksame finanzielle Förderung für einkommensschwache Familien.
- ²⁵³ Wir brauchen für den Wohnungsbau mehr Bauland und rasche, unkonventionelle Verfahren, verkürzte Fristen und Genehmigungserleichterungen. Wir treten der Spekulation mit Grund und Boden entschieden entgegen; besonders in Ballungsräumen und innerstädtischen Gebieten erfordert die Sozialpflichtigkeit des Eigentums Maßnahmen zur Mobilisierung vorhandenen Baulandes. Dazu gehört auch die vermehrte Anwendung von Baugeboten.
- ²⁵⁴ Deutschland weist eine große Vielfalt an städtischen Lebensräumen auf. Wie sich der Wirtschaftsstandort Deutschland in Europa und in der Welt behaupten wird, hängt auch davon ab, ob unsere Städte attraktive Angebote für Unternehmen, ihre Mitarbeiterschaft und deren Familien machen können.
- ²⁵⁵ Besonders die großen Städte stehen vor erheblichen Belastungen. Hier konzentriert sich die Wohnraumknappheit; Umweltverschmutzung belastet die Lebensqualität; das hohe Verkehrsaufkommen bedroht die Funktionsfähigkeit der Innenstädte; in bestimmten städtischen Gebieten häufen sich soziale Probleme wie Drogenkonsum und Kriminalität.

²⁵⁶ Unsere Städtebaupolitik will die Lebensqualität der Menschen verbessern und einen Ausgleich zwischen sozialen und ökologischen Belangen leisten. Wir brauchen hierfür den notwendigen Ausgleich von bebauten Flächen und Grünanlagen, Wohngebieten und Einkaufsbereichen, von Durchgangsverkehr und verkehrsberuhigten Zonen, von Arbeits- und Freizeitangeboten.

²⁵⁷ Denkmalschutz ist ein selbstverständlicher Teil unserer Städtebau- und Kulturpolitik. Die Sanierung der ostdeutschen Städte muß Vorrang haben. Wir wollen die städtischen Lebensbedingungen im Osten rasch verbessern und damit gleichzeitig den wirtschaftlichen Aufbau unterstützen.

Für eine sichere soziale Zukunft

Aufgaben und Prinzipien einer erfolgreichen Sozialpolitik

²⁵⁸ Die Sozialpolitik hat seit dem 19. Jahrhundert beeindruckende Erfolge erzielt. Sie stand zunächst im Banne des Konflikts zwischen Kapital und Arbeit. Durch sozialpolitische Maßnahmen wurde dieser entschärft und die Lage der Arbeitnehmer wesentlich verbessert. Wir Christliche Demokraten haben die soziale Ordnung unseres Landes maßgeblich mitgestaltet und geprägt. Die Lösung sozialer Probleme ist und bleibt für uns zentrale Verpflichtung in der freien und verantwortlichen Gesellschaft.

²⁵⁹ Wir Christliche Demokraten haben als erste politische Kraft erkannt: In unserer Gesellschaft gibt es Konflikte zwischen organisierten und nichtorganisierten Interessen, zwischen Erwerbstätigen und nicht im Berufsleben Stehenden, zwischen Mehrheiten und Minderheiten.

²⁶⁰ Die Nichtorganisierten - alte Menschen, Elternpaare, Kinder, Alleinerziehende, Behinderte, nicht mehr Arbeitsfähige und andere - unterliegen häufig im Verteilungskampf den organisierten Interessen. Arbeitgeber und Arbeitnehmer sind in mächtigen Verbänden organisiert. Sie haben wesentlich zum sozialen Frieden und zur Leistungsfähigkeit unserer Wirtschafts- und Sozialordnung beigetragen. Sie treten aber nicht nur gegeneinander an, sondern behaupten ebenso wirkungsvoll ihre spezifischen Interessen auch gegen andere, schwächere Bevölkerungsgruppen und die Gemeinschaft. Der Staat als Anwalt des Gemeinwohls hat die Aufgabe, die Machtlosen und Minderheiten im Wettstreit um die materiellen und immateriellen Güter zu schützen und ihre Rechte wahrzunehmen.

²⁶¹ Zu den wichtigsten Aufgaben unserer Sozialpolitik gehören:

- der Schutz vor Armut und Not, um allen ein menschenwürdiges Leben zu sichern;
- eine durch Solidargemeinschaften gesicherte Vorsorge und existentielle Absicherung von Risiken, die der einzelne nicht tragen kann;
- die Stärkung der Eigenverantwortung und die Hilfe zur Selbsthilfe;
- die Bewahrung des sozialen Friedens.

²⁶² In den vergangenen Jahren sind der Gemeinschaft viele Leistungen aufgebürdet worden, die der einzelne selbst erbringen kann. Staatliche Leistungen müssen auf die wirklich Hilfsbedürftigen konzentriert werden. Deshalb treten wir dafür ein, soziale Leistungen, die nicht durch eigene Beiträge, sondern aus Steuermitteln finanziert werden, künftig grundsätzlich nur noch einkommensabhängig zu gewähren.

²⁶³ In den Sozialversicherungen hat sich das zahlenmäßige Verhältnis zwischen Beitragszahlern und Empfängern drastisch verschlechtert. Um die Funktionsfähigkeit unseres Sozialstaates langfristig zu erhalten und die soziale Sicherung des einzelnen gewährleisten zu können, müssen wir Korrekturen vornehmen. Nicht der Ausbau des Sozialstaates, sondern sein Umbau muß daher unser Ziel sein:

- ²⁶⁴ ● Wir müssen die sozialen Leistungen insgesamt überprüfen, um Fehlentwicklungen zu korrigieren. Sozialpolitik kann nicht beliebig viele alte und neue Risiken addieren, um diese abzusichern. Um neue, drängende Aufgaben erfüllen zu können, brauchen wir neuen Handlungsspielraum, den wir nicht durch Beitrags- oder Steuererhöhungen, sondern durch Umschichtungen gewinnen wollen.
- ²⁶⁵ ● Die deutsche Einheit hat die Sozialpolitik vor neue Aufgaben gestellt. Mit dem Staats- und Einigungsvertrag wurden die Grundlagen des gemeinsamen Sozialstaates Deutschland gelegt. Die Gewährleistung eines flächendeckenden Netzes sozialer Sicherung in den neuen Bundesländern ist eine große finanzielle Herausforderung, die nur durch die Leistungsfähigkeit der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft erreicht werden kann. Diese Aufgabe muß, finanziell gerecht verteilt, von allen getragen werden.
- ²⁶⁶ ● Mit der Vollendung der Europäischen Union wird nicht nur die Wirtschafts- und Währungsunion, sondern auch die europäische Sozialunion verwirklicht. Das bedeutet, daß in wichtigen Bereichen der Sozialpolitik einheitliche Mindeststandards europaweit verankert werden müssen. Das bietet allen Mitgliedsstaaten die Chance, im Wettbewerb untereinander darüber hinausgehende Verbesserungen und differenzierte Lösungen zu entwickeln. Wir streben dabei an, unseren hohen Standard sozialer Sicherung auch innerhalb der Europäischen Union zu bewahren.
- ²⁶⁷ Ziel unserer Sozialpolitik ist es, nach den Prinzipien Solidarität und Subsidiarität den einzelnen in den Stand zu setzen, aus eigener Kraft sein Leben in die Hand zu nehmen und über seinen Lebensweg frei zu bestimmen. Dort, wo der einzelne in der Absicherung existentieller Risiken überfordert ist, muß er wirksame Unterstützung durch die Solidargemeinschaft erfahren.
- ²⁶⁸ Wir wollen eine neue Kultur des Helfens fördern. Fortschritt und Modernisierung haben soziale Gemeinschaften, von der Familie über die Nachbarschaft bis hin zum Zusammenhalt der Generationen, oft verändert oder gar geschwächt. Solche Gemeinschaften kann der Staat nicht „produzieren“. Allerdings kann und muß der Staat diese überschaubaren Gemeinschaften subsidiär unterstützen. Hier eröffnet sich ein weites Feld für eine gemeindenahe Sozialpolitik. Durch Unterstützung von Selbsthilfegruppen sowie durch Treffpunkte der Hilfsbereitschaft, Sozialstationen und andere Einrichtungen kann sie dafür sorgen, daß Hilfsbedürftige und Hilfsbereite leichter zueinander finden. Wir wollen die Voraussetzungen verbessern, um die Bereitschaft und die Fähigkeit der Menschen zur solidarischen Unterstützung des Nächsten zu fördern. Hierzu gehört auch eine bessere Anerkennung ehrenamtlich geleisteter Dienste.

Soziale Sicherungssysteme

- ²⁶⁹ Es gibt Risiken im menschlichen Leben, bei deren Sicherung der einzelne auf die Solidarität der Gemeinschaft angewiesen ist. Wir Christliche Demokraten haben Systeme der sozialen Sicherung mit aufgebaut, die in der Welt als vorbildlich anerkannt werden. Unser Sozialversicherungssystem mit den Pfeilern Renten-, Kranken-, Unfall- und Arbeitslosenversicherung hat großen Anteil am sozialen Frieden und an der Verwirklichung der sozialen Einheit in unserem Land.
- ²⁷⁰ Wir lehnen eine allgemeine Staatsbürgerversorgung ab. Sie widerspricht dem Grundprinzip der eigenen Vorsorge durch Beiträge und macht den einzelnen unzumutbar von den Entscheidungen des Staates abhängig.
- ²⁷¹ Wir halten an der gegliederten sozialen Sicherung fest. Neben der Sozialversicherungspflicht muß künftig mehr Raum für eigenverantwortliche Sicherungen, insbesondere privater und betrieblicher Art, geschaffen werden. Deshalb darf die Fähigkeit zur Eigenvorsorge nicht durch übermäßige Belastung der Einkommen mit Steuern und Sozialabgaben beeinträchtigt werden.

- ²⁷² Wir werden auch in Zukunft die Versorgung derer sichern, die für die Gemeinschaft ihr Leben eingesetzt und Schaden an ihrer Gesundheit genommen haben. Dieses gilt auch für deren Hinterbliebene und Angehörige.
- ²⁷³ Sozialhilfe ist ein unentbehrlicher Bestandteil der sozialen Sicherung. Sie tritt dort ein, wo andere Institutionen unserer sozialen Sicherung Schicksalsfälle des Lebens nicht abdecken können.
- ²⁷⁴ Wir Christliche Demokraten haben 1957 ein Rentensystem geschaffen, das international als Beispiel einer vorbildlichen Sozialpolitik gilt. Die Rentenversicherung beruht auf dem Mehrgenerationenvertrag, in dem die jeweils Erwerbstätigen für die Nichterwerbstätigen sorgen. Mit jedem neugeborenen Kind wächst ein Mitglied heran, das diesen Vertrag zwischen den Generationen mitträgt und durch seine Beiträge sichert. Zur Sicherung des Generationenvertrages müssen die durch Kindererziehung entstehenden Mehrfachbelastungen von Eltern im Rentensystem künftig weitaus mehr Anerkennung finden. Der Einstieg hierzu waren die Anerkennung von Erziehungszeiten im Rentenrecht und die familienpolitischen Elemente der Rentenreform 1992.
- ²⁷⁵ Rentenversicherung muß beitrags- und damit leistungsbezogen bleiben. Sie schafft Rechtspositionen und damit ein Stück Freiheit für jeden. Die Rentenbezüge sind gebunden an die Leistungskraft der im Erwerbsleben stehenden Generation. Deshalb haben wir mit der Rentenreform 1992 die Rentenanpassung auf Nettolohnbezug umgestellt. Voraussetzung für eine verlässliche Altersversorgung ist eine erfolgreiche Wirtschaftspolitik und eine leistungs- und sachgerechte Ausgestaltung der gesetzlichen Rentenversicherung. Aufgrund der demographischen Entwicklungen werden weitere Anpassungen im Rentenrecht notwendig sein, bei denen der privaten Altersvorsorge eine besondere Bedeutung zukommen wird, die wir fördern wollen. Wir halten an der Kopplung der Renten an die Entwicklungen des verfügbaren Lohnes der Arbeitnehmer und damit an die Entwicklung des Wohlstandes in unserem Lande fest.

Gesundheit und Pflege

- ²⁷⁶ Die Gesundheit ist ein hohes Lebensgut. Die Chancen, gesund zu bleiben oder zu werden, müssen für jeden gleich groß sein, ohne Rücksicht auf seine finanzielle Situation, sein soziales Ansehen und unabhängig von seinem Wohnort. Hierdurch ergibt sich staatlicher Regelungsbedarf. Die Krankenversorgung selbst kann grundsätzlich auch von privaten Trägern übernommen werden. Freie Arztwahl und freiberufliche Ärzte gehören zum Kern eines freiheitlichen Gesundheitswesens.
- ²⁷⁷ Gesundheitspolitik soll dazu beitragen, Krankheiten zu verhüten. Wir setzen daher nicht nur auf die Therapie, sondern auch auf die Weiterentwicklung der Vorsorge in der Medizin. Gesundheitserziehung, Gesundheitsvorsorge und Gesundheitsförderung sind Schwerpunkte unserer Politik. Durch Information und Anreize im Versicherungssystem wollen wir zu einer gesundheitsbewußten Lebensführung, zur frühzeitigen Nutzung von Vorsorgemaßnahmen und zur aktiven Beteiligung an Therapie und Genesung beitragen. Große Bedeutung kommt der Rehabilitation zu, die der Wiederherstellung der Gesundheit und Selbständigkeit des Patienten dient und Vorrang vor der Pflege hat.
- ²⁷⁸ Neue medizinische Möglichkeiten der Diagnose und Therapie eröffnen bessere Hilfe und mehr Lebensqualität für viele Menschen. Wir setzen auf den Fortschritt der Medizin bei der Bekämpfung noch unheilbarer Krankheiten und Leiden. Wir müssen die Entwicklung wirksamer Verfahren, Instrumente und Heilmittel fördern und für den breiten Zugang zu den medizinisch-technischen Möglichkeiten sorgen, um allen die Chance zur Gesundheit zu sichern. Wir treten auch für die Anerkennung und Förderung von Naturheilverfahren und Naturheilmitteln ein, die das herkömmliche ärztliche Fachwissen sinnvoll ergänzen.

- ²⁷⁹ Wir dürfen nicht vergessen, mit Krankheit, Leiden und Sterben in unserer Gesellschaft human umzugehen. Sie gehören zum menschlichen Leben in seiner Endlichkeit und Unvollkommenheit, die wir nicht verdrängen dürfen. Falsche Machbarkeitsvorstellungen entsprechen einem verzerrten Bild vom Menschen. Für uns gilt die Unantastbarkeit des menschlichen Lebens auch an seinem Beginn und seinem Ende. Auch ein würdiges Sterben ist Teil der menschlichen Biographie.
- ²⁸⁰ Von Drogen und anderen Suchtmitteln, insbesondere Alkohol- und Tablettenmißbrauch, gehen große Gefahren aus. Sie verursachen erschreckende körperliche Zerstörung und psychische Schäden bei den einzelnen Betroffenen. Unsere Gesundheitspolitik zielt auf Aufklärung und Suchtprophylaxe in Schulen und Betrieben sowie die Bereitstellung geeigneter Beratungs-, Therapie- und Nachsorgeeinrichtungen.
- ²⁸¹ Wir wollen die medizinische Versorgung psychisch Kranker verbessern. Für chronisch Kranke und Pflegebedürftige müssen die Lebensbedingungen menschenwürdig gestaltet werden. Die medizinische Versorgung, die Förderung und Rehabilitation behinderter Menschen ist eine bleibende Aufgabe unseres Gesundheitswesens. Die Integration Behinderter in Schule und Arbeitsleben, in die Familie und unsere Gesellschaft insgesamt ist eine Herausforderung für uns alle.
- ²⁸² Mit Aids ist weltweit eine Infektionskrankheit aufgetreten, die jeden einzelnen treffen kann. Es ist eine gesundheitspolitische Priorität, die Entwicklung eines Impfstoffes voranzutreiben und durch Aufklärung zur allgemeinen Bewußtseinsbildung und zur Stärkung der Verantwortlichkeit des einzelnen beizutragen.
- ²⁸³ Unser Gesundheitssystem lebt von den Menschen, die in den medizinischen und pflegerischen Berufen ihren Dienst am Nächsten und für die Gemeinschaft leisten. Die Ausübung des ärztlichen Berufs erfordert eine hohe Qualifikation wissenschaftlicher und praktischer Art, aber auch Verantwortungsbewußtsein und Zuwendungsbereitschaft. Wir setzen uns für eine Ausbildung ein, die auch die ethische Dimension des Arztberufs verstärkt einbezieht.
- ²⁸⁴ Die gesetzliche Krankenversicherung gehört zu den unverzichtbaren Institutionen der sozialen Sicherung. Zur Begrenzung ihrer Ausgaben muß die gewachsene Fähigkeit der Versicherten zur Selbstverantwortung stärker in Anspruch genommen werden. Krankenkassen und Leistungserbringer sind zur Wirtschaftlichkeit verpflichtet. Wir müssen die Strukturen des Gesundheitssystems so gestalten, daß alle Beteiligten ein Eigeninteresse an einer humanen, effizienten und kostengünstigen Gesundheitsversorgung haben.
- ²⁸⁵ Wir Christliche Demokraten werden im Rahmen des Umbaus des Sozialstaates mit der Pflegeversicherung einen weiteren Meilenstein in der Sozialpolitik setzen. Pflegebedürftigkeit ist ein Risiko, das jeden betreffen kann, ohne daß jeder in der Lage wäre, die entsprechende Vorsorge leisten zu können. Deshalb ist die solidarische Absicherung dieses Risikos durch eine allgemeine Pflegeversicherung erforderlich. Ergänzende private Vorsorgeleistungen auf freiwilliger Basis sind notwendig und staatlich zu begünstigen.

Kapitel IV

Für einen freiheitlichen Staat

²⁸⁶ Für uns Christliche Demokraten ist die Wiedervereinigung Deutschlands in Freiheit die Erfüllung einer großen Vision. Der Wunsch der Deutschen in Ost und West nach Freiheit und nationaler Einheit ist nach den Jahren der Trennung Wirklichkeit geworden.

²⁸⁷ Im Westen Deutschlands konnte sich ein demokratischer Staat entwickeln, der dem einzelnen ein hohes Maß an Freiheit und sozialer Sicherheit gewährt. Unser freiheitlicher, demokratischer und sozialer Rechtsstaat hat sich bewährt. Er bildet die Grundlage für die Sicherung der Freiheitsrechte aller Deutschen.

²⁸⁸ Als Bürger mit gleichen Rechten und Pflichten sind wir gemeinsam aufgerufen, unseren freiheitlichen und sozialen Staat zu festigen, unsere Demokratie zu verteidigen und weiterzuentwickeln. Die Erwartungen vieler Menschen an den Staat sind im Laufe der Zeit immer weiter gewachsen und übersteigen vielfach seine Möglichkeiten. Gleichzeitig müssen wir einen Rückgang der Beteiligung bei Wahlen, im gesellschaftlichen und sozialen Engagement, in Parteien, Verbänden und Kirchen feststellen.

²⁸⁹ Eine große Herausforderung für unseren Staat und alle politischen Parteien ist die gewachsene Gewaltbereitschaft politischer Extremisten. Sie ist Teil einer allgemeinen Entwicklung hin zu mehr Gewalttätigkeit und der Verharmlosung von Gewalt in unserer Gesellschaft. Auch die international organisierte Kriminalität, insbesondere die Drogenmafia, ist eine Bedrohung für die Sicherheit und Freiheitlichkeit unseres Landes.

²⁹⁰ Die Zukunft unserer Demokratie und der staatlichen Ordnung hängt davon ab, ob es gelingt, die Handlungsfähigkeit des freiheitlichen Rechtsstaates zu stärken; die Ursachen der Gewaltbereitschaft zu bekämpfen und die Ausbreitung von Kriminalität zu verhindern; den Sozialstaat durch Umbau zu sichern und seine Leistungsfähigkeit zu erhalten; die Überreglementierung abzubauen und die europäische Einigung voranzubringen.

²⁹¹ Wir wollen unsere Demokratie festigen und mit Leben erfüllen. Dazu brauchen wir das Engagement der Bürger, die das Gemeinwesen tragen, und einen handlungsfähigen Staat, der sich auf seine wesentlichen Aufgaben konzentriert. Grundlage für das Zusammenleben der Menschen in unserem Staat ist das Grundgesetz. Es beruht auf gemeinsamen Wertüberzeugungen, die es zu erhalten und zu schützen gilt.

²⁹² Wir wollen Deutschland in ein föderales Europa integrieren. Wesentliche Aufgaben des Staates können wir heute nur im gemeinsamen Handeln mit anderen Staaten lösen. Die

Gestaltung der Einheit Deutschlands, die Festigung der Demokratie und die Einigung Europas dienen dem Wohl aller. Zur Bewältigung dieser Aufgaben müssen alle ihre Pflichten übernehmen, sei es in politischen Parteien, in Verbänden oder anderen Organisationen, in Initiativen und als einzelne.

1. Wir in der Demokratie

Wir Bürger im Staat

²⁹³ Unser Staat dient der Freiheit und Würde der Bürger. Er legitimiert sich durch Gewährleistung von Rechtsfrieden und Rechtssicherheit zum Schutze der Menschenwürde und der Grundrechte. Wir lehnen einen Staat ab, der alle Lebensbereiche der Menschen überwacht und reglementiert. Als Anwalt des Gemeinwohls hat er die Pflicht, die Vielfalt der individuellen und gesellschaftlichen Interessen miteinander in Einklang zu bringen.

²⁹⁴ Damit der Staat seine eigentlichen Aufgaben erfüllen kann, darf er weder mit Anforderungen überfrachtet werden noch Aufgaben behalten oder an sich ziehen, die andere gemäß dem Subsidiaritätsprinzip ebenso gut erfüllen können. Deshalb muß er auf seine wichtigsten Aufgaben beschränkt werden:

- die Grundrechte des Bürgers zu schützen und Mißbrauch von Macht zu verhindern;
- den Bürger vor Gefährdungen von innen und außen zu schützen und der internationalen Verantwortung für Freiheit und Frieden nachzukommen;
- die Schwachen zu schützen und für die solidarische Absicherung von Risiken zu sorgen, die der einzelne nicht tragen kann;
- die freiheitliche Vielfalt der gesellschaftlichen Kräfte zu wahren und Minderheiten zu schützen;
- eine lebenswerte Umwelt für uns und zukünftige Generationen zu erhalten und zur Bewahrung der Schöpfung beizutragen.

²⁹⁵ Unser freiheitlicher Staat kann nur durch das Engagement seiner Bürgerinnen und Bürger bestehen. Den Rechten, die nur der Staat garantieren kann, entsprechen Pflichten des Bürgers gegenüber dem Gemeinwesen. Wir Christliche Demokraten wollen den Bürgersinn stärken und die Verantwortlichkeit der Bürger fördern.

Staatsbürgerliche Identität

²⁹⁶ Unsere Identität und Verbundenheit als Deutsche ist geprägt durch die gemeinsame Geschichte, Sprache und Kultur sowie durch den Willen zur Zusammengehörigkeit und das gemeinsame Bekenntnis zu unserer Verfassungsordnung.

²⁹⁷ Staatsbürgersein bedeutet, daß wir uns zu den Werten unserer Verfassung bekennen, sie verwirklichen und verteidigen. Wir Deutschen haben aus unserer Geschichte gelernt, daß ein Staat, der die menschliche Würde nicht achtet, zum Gewalt- und Terrorregime wird. Es gehört zu den zentralen Aufgaben von Gesellschaft und Staat, das Bewußtsein für die Wertgrundlagen unserer Demokratie lebendig zu halten.

²⁹⁸ Wir Christliche Demokraten treten dafür ein, Menschen anderer Nationalität, die bei uns dauerhaft als Bürger leben und arbeiten, zu integrieren. Wir wollen die Möglichkeit zur Einbürgerung ausländischer Mitbürger erleichtern, soweit sie bestimmte Voraussetzungen erfüllen. Unabdingbare Kriterien für ihre Einbürgerung sind das Bekenntnis zu den Werten unserer Verfassung, der Wille zu einer dauerhaften Existenz in der Bundesrepublik Deutschland sowie gute Sprachkenntnisse.

Unsere parlamentarische Demokratie

- ²⁹⁹ Wir verstehen unsere Demokratie als eine dynamische, fortzuentwickelnde politische Ordnung, die aus der Mitwirkung der Bürger erwächst und ihre Freiheit durch die Verteilung und Kontrolle der Macht sichert. Unsere parlamentarische Demokratie ist ein System des Interessenausgleichs, der friedlichen Konfliktregelung und des Ausbalancierens politischer Kräfte.
- ³⁰⁰ Besitzansprüche, Gruppen- und Verbandsmacht dürfen den demokratischen Entscheidungsprozeß weder unterlaufen noch staatliches Handeln blockieren. Politisches Handeln darf nicht bestimmt sein von der kurzfristigen Befriedigung von Einzelinteressen, sondern muß geleitet werden von der dauerhaften Gesamtverantwortung für die freiheitliche Gesellschaft.
- ³⁰¹ Unsere repräsentative parlamentarische Demokratie verbindet politische Führung mit der Rechenschaftspflicht gegenüber dem Volk, das in den Wahlen Vertrauen ausspricht oder entzieht. Zwischen den Wahlen wird die Regierung durch das Parlament, durch unabhängige Gerichte sowie durch die freie öffentliche Meinungsbildung kontrolliert. Das freie Mandat soll sichern, daß die einzelnen Abgeordneten bei Abstimmungen verantwortlich gegenüber ihrem Gewissen und dem Gemeinwohl sowie unabhängig von Weisungen Dritter handeln können - sei es von der Parteibasis oder Parteiführung, sei es vom Druck der Interessenorganisationen, der Medien oder der öffentlichen Meinung.
- ³⁰² Repräsentative Demokratie schließt Elemente unmittelbarer Demokratie nicht aus. Sie können das repräsentative System vor allem auf den regionalen Ebenen sinnvoll ergänzen. Volksentscheide auf Bundesebene lehnen wir dagegen ab.

Die politische Mitgestaltung in den Parteien

- ³⁰³ Die politischen Parteien tragen eine besondere Verantwortung für Gesellschaft und Staat. Sie sind unersetzbare Elemente jeder parlamentarischen Demokratie: Sie greifen gesellschaftliche Anliegen und politische Fragen auf, tragen zur politischen Willensbildung bei und bringen die Ergebnisse in die Parlamente ein; sie stellen die Kandidaten für Parlament und Regierung auf.
- ³⁰⁴ Wie alle gesellschaftlichen Organisationen tendieren auch Parteien zur Verfestigung ihrer Strukturen und zur Ritualisierung ihrer Entscheidungsvorgänge. Wir sehen die Gefahr, daß sich Parteien und Bürger entfremden, wenn politische Fragen nur noch unter dem Gesichtspunkt des Machtgewinns oder des Machterhalts beurteilt werden. Wir müssen dafür sorgen, daß der Gewinn von Gremienmehrheiten und die Besetzung von Machtpositionen nicht wichtiger werden als die sachlich und ethisch verantwortete Entscheidung.
- ³⁰⁵ Wir Christliche Demokraten wollen die Mitwirkung der Bürger stärken und unsere Partei reformieren, um neue und bessere Gestaltungschancen für unsere Mitglieder und alle mitwirkungsbereiten Bürger zu schaffen. Gerade als Volkspartei, in der sich Frauen und Männer aus verschiedenen Landesteilen, Berufen und Altersgruppen zusammenfinden, sind wir in der Lage, unterschiedliche Interessen aus allen sozialen Schichten unseres Volkes zu bündeln und auf das Wohl aller hin auszurichten.
- ³⁰⁶ Die CDU Deutschlands ist eine moderne Volkspartei, die sich neuen Fragen und Entwicklungen stellt. Die Struktur und Organisation der Partei so zu gestalten, daß sie neuen Herausforderungen gewachsen ist, bleibt unsere ständige Aufgabe:
- ³⁰⁷ Wir werben um die Mitarbeit von Persönlichkeiten, die wegen ihrer Integrität, ihrer Kompetenz und Einsatzbereitschaft von den Bürgerinnen und Bürgern anerkannt werden.

Dafür ist eine Mitgliedschaft nicht zwingend erforderlich. Wir erwarten von unseren Amts- und Mandatsträgern eine eigenständige Position und Unabhängigkeit von Interessengruppen, geistige Selbständigkeit, Urteilsfähigkeit und Widerstandskraft gegen jeden Opportunismus.

- ³⁰⁸ ● Wir treten für eine bürgernahe Politik ein. Wir wollen die kommunale Selbstverwaltung stärken. Die CDU versteht sich in diesem Sinne auch als Kommunalpartei. Wir anerkennen und unterstützen das ehrenamtliche politische Engagement vieler Frauen und Männer in Städten, Gemeinden und Kreisen, die hierfür ihre Freizeit opfern.
- ³⁰⁹ ● Wir suchen das Gespräch und die Zusammenarbeit mit den gesellschaftlich bedeutenden Kräften wie Vereinen, Verbänden und Kirchen. Wir wollen verstärkt mit freien Gruppen und Initiativen zusammenarbeiten, die sachkundig und verantwortungsbewußt das öffentliche Leben mitprägen. Diese Formen des Bürgerengagements sind eine bedeutende Ergänzung, aber keine Alternative zu politischen Parteien. Wir wollen, daß sich die politischen Parteien aus Institutionen und Gremien zurückziehen, für die ihnen kein politisches Mandat und kein Auftrag zur demokratischen Legitimation zukommen.
- ³¹⁰ Die Reform unserer Partei wird dazu beitragen, die Mitarbeit in der Christlich Demokratischen Union Deutschlands für Mitglieder und Nichtmitglieder lebendiger und attraktiver zu machen.

Gemeinwohl und Pluralismus

- ³¹¹ Unsere plurale Gesellschaft ist durch eine Vielfalt von Meinungen und Interessen geprägt. Wir bejahen und fördern den Pluralismus, der Freiheit und Vielfalt bedeutet und eine Grundvoraussetzung für unsere lebendige Demokratie ist.
- ³¹² Wir Christliche Demokraten sind dem Gemeinwohl verpflichtet. Das Gemeinwohl ist keine von vornherein feststehende Größe, sondern muß im gerechten Ausgleich der Interessen aller immer wieder neu ermittelt werden. Die Rückkoppelung von Meinungen und Interessen an die leitende Idee des Gemeinwohls ermöglicht es, die verschiedenen Bedürfnisse zu prüfen, in politisches Handeln umzusetzen oder auch zurückzustellen.
- ³¹³ Verbände gehören zu einer freien Gesellschaft. Sie bestimmen ihre Aufgaben im Rahmen der geltenden Rechtsordnung selbständig. Die Prinzipien der Demokratie müssen aber auch für die innerverbandliche Verfassung gelten. Je größer Organisationen werden, desto wichtiger wird auch der Schutz der internen Meinungsvielfalt und der Minderheiten. Verbandsmacht findet am Gemeinwohl ihre Grenzen. Wir bejahen die Freiheit der gesellschaftlichen Vereinigungen und Verbände auch dann, wenn sie tief in die Belange des ganzen Volkes eingreifen. Dies gilt insbesondere für die Tarifpartner. Sie sind dem Gemeinwohl verpflichtet, denn ihr Handeln hat über ihre Mitglieder hinaus Auswirkungen auf die ganze Gesellschaft.
- ³¹⁴ Eine Vielzahl unabhängiger Medien entspricht der freien und pluralen Gesellschaft. Ihre Aufgabe ist es, eine Vielfalt an Informationen möglichst vielen zugänglich zu machen. Sie wirken mehr denn je zuvor auf die Meinungsbildung ein, indem sie Themen und Standpunkte, Informationen und Sachverhalte auswählen und aufbereiten. Indem sie die Politik und das öffentliche Leben kontrollieren und kritisieren, sind die Medien mittlerweile selbst zu einem politischen Faktor geworden. Sie tragen angesichts ihrer Einflußmöglichkeiten ein hohes Maß an Verantwortung. Ihrer Bedeutung müssen die Medien durch die fachliche Qualifikation ihrer Mitarbeiter und den verantwortlichen Umgang mit Informationen gerecht werden. Als öffentlicher Machtfaktor müssen die Medien anerkennen, daß auch ihre Selbstkontrolle zur Offenheit der demokratischen Gesellschaft gehört.

2. Unser föderaler Rechts- und Sozialstaat

Unser Rechtsstaat

- ³¹⁵ Wir Christliche Demokraten bejahen und verteidigen unseren demokratischen Rechtsstaat. Er sichert die Grundrechte des einzelnen, die Gewaltenteilung, die Unabhängigkeit der Gerichte und die Gesetzmäßigkeit von Verwaltung und Rechtsprechung. Der demokratische Rechtsstaat schützt die Schwachen vor der Willkür der Stärkeren und alle vor der Allmacht des Staates sowie vor jeder Form totalitärer Herrschaft.
- ³¹⁶ Wir treten dafür ein, daß Rechtsbrüche rasch und konsequent geahndet werden. Jahrelange Prozeßdauer untergräbt die Rechtssicherheit. Wir wenden uns gegen eine Überbürokratisierung der Verwaltungen und eine Überregulierung durch Gesetze und Verordnungen. Der Bürger muß vor einem Mißbrauch seiner persönlichen Daten geschützt werden.
- ³¹⁷ Ein funktionierender bürgernaher Staat ist ohne fähige und loyale Mitarbeiter nicht denkbar. Das Beamtentum ist geschichtliches Fundament des deutschen Rechtsstaates und soll auch in Zukunft Grundlage der Verwaltung bleiben. Wir müssen aber überprüfen, welche öffentlichen Aufgaben auf Dauer vom Staat wahrgenommen werden müssen und wie das öffentliche Dienstrecht flexibler und leistungsgerechter gestaltet werden kann.

Gewaltmonopol und innere Sicherheit

- ³¹⁸ Wir arbeiten für eine Gesellschaft, in der sich alle frei bewegen und sicher fühlen können. Leib und Leben sowie das Eigentum müssen als zentrale Rechtsgüter wirkungsvoll geschützt werden. Mit Sorge beobachten wir eine zunehmende Gewaltbereitschaft bis hinein in unsere Schulen.
- ³¹⁹ Besonders ernstzunehmen ist die wachsende Kriminalität und steigende Gewaltbereitschaft von Verbrecherorganisationen und politischen Extremisten. Mit allen Mitteln des demokratischen Rechtsstaates müssen diese verfolgt, verurteilt und bestraft werden. Darüber hinaus müssen die Ursachen sorgfältig erforscht und bekämpft werden.
- ³²⁰ Das Gewaltmonopol des Staates bedeutet nicht staatliche Allmacht, sondern ist Voraussetzung für die Rechtssicherheit des Bürgers. Der Staat hat die Pflicht, das Recht wirksam durchzusetzen. Die Ausübung des Gewaltmonopols ist strikt an Recht und Gesetz gebunden.
- ³²¹ Wir Christliche Demokraten treten ein für das Recht des Bürgers auf innere Sicherheit:
- ³²² ● Kriminalität und Gewalt sind mit allen rechtsstaatlichen Mitteln zu bekämpfen. Zur wirksamen Bekämpfung neuer Kriminalitätsformen müssen wir die notwendigen gesetzlichen Grundlagen schaffen.
- ³²³ ● Justiz und Polizei sind bei der Bewältigung ihrer schwierigen Aufgabe auf die Mithilfe, Unterstützung und Mitverantwortung der Bürger angewiesen. Ihre Tätigkeit verdient öffentliche Anerkennung. Bund und Länder müssen die notwendige personelle und materielle Ausstattung gewährleisten.
- ³²⁴ ● Internationale Verbrecherorganisationen, vor allem im Menschen- und Drogenhandel sowie im Waffen- und Müllhandel, können nur in übernationaler Zusammenarbeit bekämpft werden. Wir wollen mit der Europäischen Union auch die innere Sicherheit in Europa verbessern. Wir setzen uns deshalb für eine europäische Polizei (Europol) ein.

- ³²⁵ Wir Christliche Demokraten stehen ein für die wehrhafte Demokratie. Freiheitlichkeit und Autorität des Staates sind keine Gegensätze, sie bedingen einander. Der Staat, der sich nicht gegen seine inneren und äußeren Feinde verteidigt, verspielt die Freiheit seiner Bürgerinnen und Bürger.

Unser Sozialstaat

- ³²⁶ Freiheitlicher Rechtsstaat und Sozialstaat ergänzen sich. Unser Sozialsystem garantiert dem einzelnen in den existenziellen Risiken des Lebens die Sicherung der Grundbedürfnisse und damit die materiellen Bedingungen eines menschenwürdigen Daseins.
- ³²⁷ Soziale Gerechtigkeit hat sich gegenüber den Schwachen zu bewähren. Sie verpflichtet den Staat zum sozialen Ausgleich. Sozialstaatliche Daseinsvorsorge darf weder in Entmündigung durch den Staat ausarten noch die eigene Leistungsfähigkeit und das solidarische Engagement des einzelnen hemmen. Der Sinn des Sozialstaatsgebots besteht darin, die äußeren Voraussetzungen für eine selbstverantwortliche Lebensführung zu sichern.
- ³²⁸ Wir Christliche Demokraten setzen uns für eine neue Kultur des Helfens ein. Tätige Nächstenliebe, die sich in Nachbarschaftshilfe oder der freiwilligen und ehrenamtlichen Betreuung und Pflege bewährt, gehört zu den wichtigsten Bürgertugenden einer freiheitlichen und verantwortlichen Gesellschaft und verdient unsere tatkräftige Unterstützung.

Föderalismus in Deutschland

- ³²⁹ Föderalismus und kommunale Selbstverwaltung sind wesentliche Gestaltungsprinzipien unseres Staates. Die Verteilung von Macht und Verantwortung auf verschiedene Ebenen sichert Freiheit und schafft Möglichkeiten demokratischer Mitwirkung. Die Vielfalt sorgt für Wettbewerb und Kreativität und berücksichtigt die regionalen Eigenarten. Die deutsche Einheit hat den Föderalismus neu belebt und herausgefordert. Wir wollen seine Funktionsfähigkeit stärken.
- ³³⁰ Es bedarf einer klaren Abgrenzung von Kompetenzen. Dabei ist das Prinzip der Subsidiarität streng zu beachten. Die Fähigkeit von Gemeinden und Ländern zur bürgernahen und wirkungsvollen Erfüllung ihrer Aufgaben muß gesichert sein. Gleichzeitig müssen die Kooperation zwischen Bund, Ländern und Gemeinden verbessert und notwendige Befugnisse an die Europäische Union abgetreten werden. Die Finanzverfassung muß den Ländern und Kommunen Spielraum lassen, damit sie handlungsfähig bleiben und gleichwertige Lebensbedingungen in allen Ländern hergestellt werden können.

3. Deutschland im geeinten Europa

Deutschland in der Europäischen Union: Das Europa der Bürger

- ³³¹ Wir wollen die Bundesrepublik Deutschland in die Europäische Union integrieren. Sie soll demokratisch, föderal und bürgernah strukturiert sein. Entscheidend ist die Handlungsfähigkeit der Europäischen Union dort, wo Bund, Länder und Gemeinden Aufgaben nicht erfüllen können. Die nationalen Mitgliedsstaaten müssen bereit sein, entsprechende Kompetenzen und Souveränitätsrechte abzutreten.
- ³³² Wir wollen, daß ein vereintes Europa die nationale Identität, Kultur und Lebensweise eines jeden Volkes und Landes schützt und fördert. Gerade in unserer modernen Welt ist die Bindung der Menschen an ihre Heimat und Region wichtig. Regionale Verwurzelung, nationale Identität und europäisches Handeln sind keine Gegensätze, sondern ergänzen sich.

Menschen unterschiedlicher Nationalität

- ³³³ Mit dem Prozeß der europäischen Einigung und mit der internationalen Verflechtung Deutschlands werden mehr Deutsche in anderen Ländern und mehr Menschen aus anderen Ländern in Deutschland leben und arbeiten. Wir Christliche Demokraten setzen uns für das friedliche und freiheitliche Zusammenleben von deutschen und ausländischen Mitbürgern ein. Wir brauchen eine integrierte Ausländerpolitik mit dem Ziel:
- das friedliche Miteinander aller in einem weltoffenen Deutschland und Europa zu sichern,
 - den Zuzug von Menschen aus Ländern außerhalb der Europäischen Gemeinschaft zu begrenzen und zu regeln,
 - die Integration derjenigen ausländischen Mitbürger, die bei uns längerfristig leben, wohnen und arbeiten, gemeinsam mit allen Beteiligten in Schule, Betrieb und Gemeinde zu fördern.
- ³³⁴ Wir bekennen uns zum verfassungsmäßig garantierten Recht auf Asyl für politisch Verfolgte. Der Mißbrauch dieses Rechtes muß verhindert werden. Wir wollen eine gemeinsame europäische Politik, die Fluchtursachen bekämpft und Asyl sowie Zuwanderung regelt.
- ³³⁵ Viele Menschen aus armen, unterentwickelten Ländern verlassen ihre Heimat, um für sich und ihre Kinder sorgen zu können, und hoffen auf eine neue Chance in den westlichen Industriestaaten. Deutschland und die Europäische Union können aber nicht allen Zuwanderungswilligen eine Heimat geben. Wir wollen vielmehr durch wirkungsvolle Entwicklungshilfe und Kooperation dazu beitragen, daß die Menschen in ihren Heimatländern ein menschenwürdiges Dasein führen können.
- ³³⁶ Die Regelung einer begrenzten Zuwanderung bedarf des europäischen Rahmens und muß sich an den Interessen und besonderen Situationen etwa der Lage auf dem Arbeitsmarkt, der Mitgliedsstaaten orientieren. Die Freizügigkeit der EG-Bürger und die verfassungsmäßigen Rechte deutscher Aussiedler müssen Vorrang haben.
- ³³⁷ Ausländische Mitbürger bereichern mit ihren Beiträgen unser kulturelles, gesellschaftliches und soziales Leben. Die Gemeinschaft mit Menschen unterschiedlicher Herkunft, Religion, Sprache und Hautfarbe bringt aber auch Probleme und Ängste mit sich, die zu Fremdenfeindlichkeit und Ausländerhaß führen können. Wir müssen uns weiter intensiv darum bemühen, die Ursachen der Gewalt gegen Ausländer zu beseitigen. Wir wenden uns entschieden gegen jede Form der Diskriminierung und Gewalt gegen Ausländer und stellen uns schützend vor alle Menschen, die bei uns leben.
- ³³⁸ Deutsche und Ausländer können voneinander lernen, wenn sie sich im gegenseitigen Respekt und mit Achtung vor dem jeweils Fremden begegnen. Dafür sind der persönliche Kontakt und Austausch notwendig. Wir wollen dazu beitragen, ein Klima wechselseitiger Partnerschaft und Toleranz zu schaffen, in dem sich das Zusammenleben von Deutschen und Ausländern positiv entwickeln kann.

Kapitel V

Für eine freie, friedliche und verantwortliche Welt

³³⁹ Das Ende des Ost-West-Konfliktes und der Nachkriegsordnung in Europa hat die Rahmenbedingungen internationaler Politik verändert. Gleichzeitig ist die Welt näher zusammengerückt: Durch technischen Fortschritt und weltweite Kommunikation, durch wirtschaftliche Verflechtungen und ökologische Risiken sind wir Menschen über Erdteile hinweg miteinander verbunden und aufeinander angewiesen. Angesichts der Globalität und der Vernetzung der Probleme können wir nur noch in internationaler Zusammenarbeit Freiheit, Frieden und Wohlstand sichern sowie die Schöpfung bewahren.

³⁴⁰ Das Ende der Konfrontation zwischen Ost und West hat eine neue Offenheit in den Beziehungen zwischen den Völkern und Staaten der Welt mit sich gebracht. Für Europa und vor allem für uns Deutsche hat dies zu einem erheblichen Zuwachs an Sicherheit geführt. Der Abbau der größten und gefährlichsten Militärkonzentration in der Geschichte der Menschheit wurde eingeleitet. Durch Deutschland verläuft nicht mehr die Grenzlinie zweier Militärblöcke. Völkerverständigung, grenzüberschreitende Zusammenarbeit und eine Neuordnung Europas sowie der internationalen Politik werden in einer neuen Dimension möglich.

³⁴¹ Mit dem Zusammenbruch der Sowjetunion und der Auflösung des Warschauer Paktes besteht zum ersten Mal die Chance, Freiheit und Demokratie für alle Völker Europas zu verwirklichen. Gleichzeitig sind neue Risiken und Unwägbarkeiten entstanden. Die Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas sind auf umfangreiche wirtschaftliche und politische Unterstützung angewiesen. Ohne eine demokratische, wirtschaftliche und soziale Stabilisierung drohen ihnen innere Wirren sowie ethnische und zwischenstaatliche Konflikte, die auch die Interessen und die Sicherheit der anderen europäischen Länder, vor allem aber die Deutschlands, unmittelbar berühren werden.

³⁴² In Europa hat sich die Europäische Gemeinschaft als Kern einer stabilen Friedens- und Freiheitsordnung hervorragend bewährt. Der gemeinsame Markt hat die wirtschaftliche Entwicklung in den EG-Mitgliedsstaaten gefördert. Durch ihre Zusammenarbeit konnte der Frieden in Freiheit gewahrt werden. Wir Christliche Demokraten arbeiten deshalb für die Vollendung der Europäischen Union mit einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik.

³⁴³ Nach dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben wir mehr Möglichkeiten und Chancen zur Lösung weltweiter Probleme. Kriege, Bevölkerungswachstum, Umweltzerstörung und Flüchtlingsströme sowie politischer, nationaler und religiöser Extremismus erfordern unser Handeln. Die Ausgaben für Rüstungsgüter bewegen sich weiter in unvorstellbarer Höhe; Hunger und Armut gehören noch immer zu den drängendsten Problemen der Menschheit.

Diese weltweiten Entwicklungen stellen eine hohe moralische Herausforderung dar und sind auch für unsere Sicherheit von großer Bedeutung. Sie verlangen das entschlossene Handeln der einzelnen Staaten, der regionalen Zusammenschlüsse und internationalen Organisationen.

- ³⁴⁴ Im Rahmen einer Umweltaußenpolitik streben wir das international abgestimmte Handeln der Staaten zur Lösung globaler ökologischer Fragen an. Überall dort, wo Problemlösungen den einzelnen Staat oder regionale Staatengruppen überfordern und wo es um die Belange der Völkergemeinschaft geht, verlangen sie die Zusammenarbeit und die gemeinsame Verantwortung für die „Eine Welt“.

1. Deutschlands Rolle in der Welt

- ³⁴⁵ Die nationale Einheit und die volle Souveränität haben für Deutschland neue Handlungsmöglichkeiten und eine gewachsene Verantwortung in Europa und der Welt mit sich gebracht. Wir sind bereit, unsere Rechte und Pflichten in vollem Umfang wahrzunehmen. Wir wollen unseren Beitrag für eine freie, friedliche und verantwortliche Welt leisten.
- ³⁴⁶ Unsere Außenpolitik steht in der Kontinuität der Politik Konrad Adenauers. Sie erfolgt in enger Zusammenarbeit mit unseren Partnern und Verbündeten in Europa, in der Atlantischen Allianz und weltweit. Unser Ziel ist die Weiterentwicklung der Europäischen Gemeinschaft zur Europäischen Union. Erstmals kann jetzt eine dauerhafte Friedensordnung, die demokratisch und marktwirtschaftlich ausgerichtet ist, in ganz Europa geschaffen werden. Krieg und Gewalt dürfen nicht wieder zu Mitteln der Politik werden.
- ³⁴⁷ Wir Christliche Demokraten arbeiten weltweit am Aufbau einer stabilen internationalen Ordnung, die allen Menschen die Chance eines menschenwürdigen Lebens in Freiheit und Frieden ermöglicht. Unsere Ziele sind die weltweite Achtung der Menschen- und Bürgerrechte, die Durchsetzung von Freiheit und Demokratie, die Verbesserung wirtschaftlicher und sozialer Entwicklungsmöglichkeiten, die Sicherung von Frieden und Recht. Um dies zu erreichen, müssen wir, ausgehend von unseren Grundwerten, die außen- und sicherheitspolitischen Interessen Deutschlands benennen und sie in Abstimmung mit unseren Partnern und Nachbarn verfolgen.
- ³⁴⁸ ● Wir haben ein besonderes Interesse an der Einigung Europas. Wir verstehen es als Lehre der deutschen Geschichte, Deutschland in eine Gemeinschaft europäischer Staaten einzubinden, die sich zu den Werten des Westens bekennt und die an die Stelle des Gegeneinanders das Miteinander setzt. Wir brauchen die Wirtschafts- und Währungsunion in Europa, um unseren Wohlstand und soziale Gerechtigkeit zu sichern und im Wettbewerb mit anderen Wirtschaftsnationen und -zusammenschlüssen erfolgreich zu bestehen. Wir brauchen eine gemeinsame Außen- und Sicherheitspolitik der Europäischen Union, damit unser Frieden in Freiheit gesichert bleibt.
- ³⁴⁹ ● Wir haben ein besonderes Interesse an der engen Zusammenarbeit zwischen den USA und Europa. Wir sind durch gemeinsame demokratische Werte miteinander verbunden. Zusammen kommt uns eine entscheidende Bedeutung für die internationale Entwicklung und die Sicherung von Frieden und Freiheit in der Welt zu. Die politischen Aufgaben der NATO haben sich durch die Veränderungen in Europa erweitert. Es ist unser deutsches Interesse, die gewachsenen freundschaftlichen Beziehungen zu unseren Partnern und Freunden, insbesondere zu den USA, auszubauen und weiter zu vertiefen.
- ³⁵⁰ ● Wir haben ein besonderes Interesse an einer dauerhaften demokratischen und friedlichen Entwicklung der Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas. Es muß uns gelingen, ihren demokratischen, wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Aufbau zu sichern. Anderenfalls sind schwerwiegende Rückwirkungen für Deutschland und ganz Europa möglich. Die

Zusammenarbeit mit diesen Staaten ist deshalb ein Schwerpunkt unserer Außenpolitik. Eine wirksame Unterstützung der Reform in diesen Ländern ist ein unerläßlicher Beitrag für die internationale Sicherheit.

2. Europa auf dem Weg zur Einheit

Unser Europa

³⁵¹ Mit dem Ende des Ost-West-Konfliktes haben Freiheit und Demokratie in den Staaten des ehemaligen Ostblockes eine Chance bekommen. Der Aufbau einer europäischen Friedensordnung, der Ausgleich der nationalen Interessen, die Entwicklung marktwirtschaftlicher Strukturen und sozialer Absicherungen sowie effektive Maßnahmen zur Bewahrung der Schöpfung sind die grundlegenden Voraussetzungen für die Zukunft Europas in Freiheit und Frieden. Dabei ist die Anerkennung der unterschiedlichen Geschichte und das gegenseitige Verständnis für die nationalen, regionalen und kulturellen Besonderheiten der einzelnen Völker und Staaten sowie die Besinnung auf die tragenden Gemeinsamkeiten Europas als Werte- und Kulturgemeinschaft von besonderer Bedeutung.

³⁵² In den vergangenen Jahrzehnten hat sich im freien Teil Europas mit der Europäischen Gemeinschaft eine stabile politische Ordnung entwickelt, die für viele Menschen im östlichen Teil des Kontinents zum Leitbild wurde. Die Europäische Gemeinschaft muß ihrer besonderen Verantwortung gegenüber den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas gerecht werden. Die Vertiefung der Gemeinschaft steht nicht im Gegensatz zu ihrer Erweiterung, sondern ist ihre Voraussetzung.

³⁵³ Wir Christliche Demokraten setzen uns für die rasche Verwirklichung und Fortentwicklung der Europäischen Union ein. Dabei muß die Gemeinschaft offen sein für neue Mitglieder, welche die politischen und wirtschaftlichen Voraussetzungen für den Beitritt erfüllen. Auf dem Weg zur vollen Integration sind Assoziierungsverträge und ein europäischer Wirtschaftsraum sinnvolle Zwischenschritte.

Die Europäische Union

³⁵⁴ Unser Ziel ist die Vollendung der Europäischen Union. Ohne die europäische Einigung und die vertrauensvolle Zusammenarbeit mit unseren europäischen Partnern hätten wir die deutsche Einheit nicht erreichen können. Wir Deutschen sind auf die Fortsetzung des europäischen Einigungsprozesses angewiesen. Wir brauchen Europa, um:

- Freiheit, Solidarität und Gerechtigkeit zu sichern und zu fördern;
- den Frieden zwischen den Mitgliedsstaaten und in ganz Europa zu sichern;
- einen ausgewogenen und dauerhaften wirtschaftlichen, sozialen und ökologischen Fortschritt zu fördern;
- die europäischen Interessen auf internationaler Ebene zu behaupten;
- den Schutz der Rechte der Bürgerinnen und Bürger zu verbessern und die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität zu verstärken.

³⁵⁵ Die Vollendung der Europäischen Union bedeutet nicht die Auflösung der Nationalstaaten. Die einzelnen Mitgliedsstaaten werden um des gemeinsamen Erfolges und der Handlungsfähigkeit der Europäischen Union willen Befugnisse, Aufgabenbereiche und politische Souveränitätsrechte übertragen müssen. Die europäischen Nationalstaaten werden sich hierdurch wandeln. Dies bedeutet aber keinen Verlust, sondern einen Gewinn durch das größere Ganze.

- ³⁵⁶ Die Europäische Union muß schrittweise notwendige Zuständigkeiten für die Asyl- und Zuwanderungspolitik, für die Umwelt-, Energie-, Forschungs- und Technologiepolitik, für den Bau der internationalen Verkehrswege sowie für die Bekämpfung der international organisierten Kriminalität erhalten. Dabei muß die Gemeinschaft administrativ und finanziell in den Stand versetzt werden, diese Aufgaben erfolgreich zu erfüllen. Wir treten für eine europäische Polizei ein, die mit grenzüberschreitenden Befugnissen ausgestattet ist.
- ³⁵⁷ Nur im Rahmen einer gemeinsamen Außen- und Sicherheitspolitik können wir Europäer wirksam unsere Wertvorstellungen und Interessen durchsetzen und aktiv zur Lösung internationaler Probleme beitragen. Deshalb wird die Europäische Union mit der WEU und auch im Zusammenwirken mit NATO, KSZE und UNO mehr Verantwortung für Frieden und Sicherheit übernehmen müssen.
- ³⁵⁸ Wir wollen mit einer Stimme sprechen, um die Interessen unserer Länder weltweit zu wahren und einen maßgeblichen Beitrag zu Freiheit, Frieden und Gerechtigkeit in der Welt sowie für die Bewahrung der Schöpfung zu leisten. Als Voraussetzung für die Integration Deutschlands in die europäische Sicherheitsgemeinschaft müssen wir Deutschen bereit sein, die gleichen Rechte und Pflichten wie unsere europäischen Partner zu übernehmen.
- ³⁵⁹ Die Europäische Union bliebe unvollständig ohne eine gemeinsame Währung. Eine unabhängige, der Geldwertstabilität verpflichtete Europäische Zentralbank trägt dazu bei, die Stabilität einer künftigen europäischen Währung zu sichern. Staaten, die der Währungsunion beitreten wollen, müssen die Anforderungen einer stabilitätswahrenden Wirtschaftspolitik erfüllen. Eine gemeinsame Währung stärkt die wirtschaftliche Kraft der Mitgliedsländer. Mit ihr werden wir weltwirtschaftlichen Turbulenzen besser widerstehen können. Sie ist zudem Ausdruck einer gemeinsamen Identität und Symbol der Zusammengehörigkeit.
- ³⁶⁰ Die Einigung Europas, die Überwindung nationaler Differenzen und die Übertragung einzelstaatlicher Kompetenzen an die Europäische Union können nur dann gelingen, wenn die Menschen das geeinte Europa mittragen und unterstützen. Die Bürger Europas erwarten, daß die politische Verantwortung für ihre Gemeinschaft in den Händen von demokratisch legitimierten Abgeordneten im Europäischen Parlament liegt und es einen verantwortungsvollen Umgang mit den Finanzmitteln sowie durchschaubare Entscheidungen gibt. Wir Christliche Demokraten arbeiten für ein geeintes Europa, das demokratisch, föderal und bürgernah organisiert ist:
- ³⁶¹ ● Wir wollen die Demokratie in Europa stärken. Europäisches Parlament und Rat der Europäischen Gemeinschaft müssen gleichberechtigt an der Gesetzgebung im Sinne eines Zweikammersystems mitwirken. Das Parlament kontrolliert die EG-Kommission als europäische Exekutive. Es soll den Präsidenten der EG-Kommission auf Vorschlag des Rates wählen; Rat und Parlament bestätigen die Kommissionsmitglieder.
- ³⁶² ● Wir wollen den Föderalismus in der Europäischen Union stärken. Als Element der Gewaltenteilung sichert er die Kontrolle von Macht und verhindert die Bildung eines europäischen Zentralismus. Zudem sichert der Föderalismus die kulturelle Vielfalt, die auch künftig das Leben Europas prägen soll. Nach dem Prinzip der Subsidiarität soll die politische Verantwortung zunächst von lokalen, dann von regionalen und nationalen sowie schließlich von gemeinschaftlichen Organen getragen werden. Die Europäische Union braucht eine Verfassung, die einen Grundrechtskatalog enthält, die Entscheidungsverfahren zwischen den Institutionen der Europäischen Union regelt und die Zuständigkeiten zwischen der Union und den Mitgliedsstaaten nach dem Subsidiaritätsprinzip begrenzt.
- ³⁶³ ● Wir wollen ein bürgernahes Europa schaffen. Wir wenden uns gegen unüberschaubare Verwaltungsstrukturen. Mit der Einführung der Unionsbürgerschaft wird jeder Bürger der Europäischen Union am Wohnort unabhängig von der Nationalität seine Stimme bei Kommunal- und Europawahlen abgeben können.

³⁶⁴ Parteien, Kirchen, Verbände, Gewerkschaften und andere gesellschaftliche Gruppen haben eine besondere Verantwortung für die Förderung des europäischen Einigungsprozesses sowie für die politische und gesellschaftliche Gestaltung des gemeinsamen Europa. Den europäischen Parteien fällt eine entscheidende Rolle bei der politischen Willensbildung in Europa und der Ausgestaltung des Gemeinwohls zu.

³⁶⁵ Wir Christliche Demokraten erfüllen diesen Auftrag als Mitglied der Europäischen Volkspartei (EVP) und wollen die Zusammenarbeit mit weiteren gleichgesinnten Parteien in Europa ausbauen. Wir fördern Initiativen, die in und außerhalb der Partei für die Einigung Europas eintreten und durch ihr Engagement zur Zusammenarbeit der Völker Europas beitragen.

3. Unsere Verantwortung für die „Eine Welt“

Frieden und Sicherheit

³⁶⁶ Frieden ist mehr als das Schweigen der Waffen. Ziel unserer Politik ist die Verwirklichung der „Einen Welt“, in welcher der Krieg gebannt ist und Konflikte auf friedliche Weise gelöst werden. Frieden ist letztlich immer ein Werk der Gerechtigkeit. Nur dort, wo die Würde des Menschen geachtet wird, wo Freiheit sich entfalten kann, ist Frieden möglich.

³⁶⁷ Sicherheit bedeutet für uns mehr als militärische Sicherung. Unser neues Verständnis von Sicherheitspolitik richtet sich auf alle politischen, wirtschaftlichen, militärischen und kulturellen Anstrengungen, welche das friedliche Zusammenleben der Staaten zum Ziel haben. Hierzu gehören der völkerrechtliche Schutz der individuellen und kollektiven Menschen- und Bürgerrechte, die Beilegung religiöser und ethnischer Konflikte, die Verhinderung ökologischer Zerstörungen ebenso wie die Eindämmung der international organisierten Kriminalität.

³⁶⁸ Oberstes Ziel unserer Friedens- und Sicherheitspolitik ist es, Freiheit und Frieden als Voraussetzung für ein menschenwürdiges Leben zu sichern und zu fördern. Internationaler Dialog, Konfliktverhütung, Krisenmanagement und Ausbau der internationalen Rüstungskontrolle sowie weitere Verhandlungen zur vertraglichen Begrenzung von Streitkräften und Rüstung sind zentrale Elemente unserer Politik.

³⁶⁹ Die reichen Staaten sind aufgefordert, die Länder in Mittel-, Ost- und Südosteuropa beim Aufbau demokratischer und marktwirtschaftlicher Strukturen zu unterstützen. Die wirtschaftliche Entwicklung und die Überwindung sozialer Spannungen sind wichtige Voraussetzungen zur Lösung von Nationalitätenkonflikten. Eine wesentliche Bedingung für den Frieden ist die allseitige Bereitschaft zum Gewaltverzicht und zur unbedingten Achtung der Menschen- und Bürgerrechte ebenso wie der Schutz von religiösen und ethnischen Minderheiten.

³⁷⁰ Wir Deutschen sind bereit und in der Lage, unserer gewachsenen außenpolitischen Verantwortung gerecht zu werden. Deutschland muß wie alle anderen Partner an der europäischen Verteidigung und den gemeinsamen Aufgaben im Rahmen des NATO-Bündnisses teilnehmen und die Rechte und Pflichten, die es mit dem Beitritt zu den Vereinten Nationen übernommen hat, in vollem Umfang wahrnehmen können. Wir wollen die Voraussetzungen dafür schaffen, daß sich Deutschland im Rahmen der Charta der Vereinten Nationen an Aktionen der UNO, NATO, WEU und KSZE zur Wahrung und Wiederherstellung des Friedens beteiligen kann.

³⁷¹ Wir sind uns des hohen Beitrages bewußt, den unsere Bundeswehr zum Erhalt des Friedens und der Freiheit geleistet hat und weiterhin leistet. Die Bundeswehr ist eine wichtige Voraussetzung unserer internationalen Bündnis- und Handlungsfähigkeit. Wir treten für die

Sicherung der Wehrgerechtigkeit als Grundlage der Wehrpflicht ein. Es ist Bürgerpflicht, für Freiheit und Sicherheit einzutreten. Als Bürger in Uniform verdienen die Soldaten der Bundeswehr bei der Wahrnehmung ihres grundgesetzlichen Auftrages unsere volle Unterstützung.

³⁷² Wir wollen, daß die Europäische Union künftig eine größere Verantwortung im Rahmen der europäischen Friedenssicherung übernimmt. Bei der Wahrung von Sicherheit und Frieden in und für Europa bleiben wir aber auch in Zukunft auf die Partnerschaft mit unseren nordamerikanischen Verbündeten angewiesen. Wir wollen mit unseren Freunden und Partnern ein Netz europäischer Sicherheit knüpfen, in dem sich NATO, WEU und KSZE ergänzen.

³⁷³ Die NATO hat über vier Jahrzehnte den Frieden in Europa gesichert, die Freiheit ihrer Mitgliedsstaaten gewährleistet und jede Destabilisierung und Bedrohung von außen abgewehrt. Die Verteidigung der Mitgliedsstaaten des Bündnisses bleibt auch in Zukunft der primäre politische und militärische Zweck der NATO. Dazu gehört die Beibehaltung der nuklearen Schutzgarantien für die Mitgliedsstaaten. Die neuen Aufgaben der NATO haben sie zu einem Partner der Länder Mittel-, Ost- und Südosteuropas gemacht. Wir wollen den Nordatlantischen Kooperationsrat als Dialogforum zum Austausch und zur Zusammenarbeit mit den Nachfolgestaaten der ehemaligen Sowjetunion und den Staaten Mittel-, Ost- und Südosteuropas umfassend nutzen. Die politische und militärische Mitverantwortung der USA in und für Europa ist für den Frieden und die Sicherheit unseres Kontinents, insbesondere für Deutschland, von existentieller Bedeutung.

³⁷⁴ Wir wollen den europäischen Pfeiler des Nordatlantischen Verteidigungsbündnisses stärken, indem wir die WEU ausbauen. Die WEU muß zum integralen Bestandteil der Europäischen Union werden. Sie wird in enger Verknüpfung mit den Institutionen des Nordatlantischen Bündnisses die Atlantische Allianz stärken und fortentwickeln. Wir brauchen europäische Streitkräfte mit der nötigen Handlungsfähigkeit, auch um im Einklang mit der Charta der Vereinten Nationen zur Friedenssicherung und Konfliktregelung beitragen zu können.

³⁷⁵ Wir treten dafür ein, daß die KSZE wichtige Funktionen bei der Verhütung und Regelung von Konflikten, aber auch in den Bereichen Rüstungskontrolle und Abrüstung, Verifikation und Konsultation übernehmen kann. Weiterhin liegt ihre Hauptaufgabe in der Förderung der wirtschaftlichen und kulturellen Zusammenarbeit sowie im Einsatz für humanitäre Fragen.

³⁷⁶ Wir wollen, daß die UNO zukünftig wirksamer zur Konfliktvermeidung und -verhütung beitragen kann und daß ihre Eingreifmöglichkeiten zur Sicherung und Wiederherstellung des Friedens verbessert werden. Deshalb müssen wir die Vereinten Nationen stärken und ihre Handlungsfähigkeit ausbauen. Insbesondere müssen die völkerrechtlichen Voraussetzungen für das Eingreifen der UNO bei schweren Verletzungen der individuellen und kollektiven Menschenrechte weiter entwickelt werden.

³⁷⁷ Ein zentraler Bestandteil einer wirksamen Friedens- und Sicherheitspolitik ist die weltweite Abrüstung und Rüstungskontrolle. Glaubhaft kann eine Politik globaler Abrüstung nur dann sein, wenn sie den eigenen Rüstungsexport drastisch einschränkt. Die Verbreitung moderner Massenvernichtungswaffen zu verhindern, ist die wichtigste Aufgabe internationaler Rüstungskontrolle. Die Ächtung der biologischen und chemischen Waffen muß durchgesetzt werden. Wir treten für die unbefristete Verlängerung und weltweite Durchsetzung des nuklearen Nichtverbreitungsvertrages ein.

Entwicklungspartnerschaft

³⁷⁸ Die Welt von heute läßt sich nicht mehr in Ost und West, in Nord und Süd aufteilen. Wir sind über Erdteile miteinander verbunden und aufeinander angewiesen. Im Bewußtsein der „Einen Welt“ müssen wir eine gleichberechtigte Partnerschaft zwischen den Staaten und

Völkern der Erde schaffen und dazu beitragen, die bestehenden Ungerechtigkeiten im Verhältnis zwischen Arm und Reich zu beseitigen. Dies ist nicht nur ein Gebot der Gerechtigkeit und Solidarität, sondern dient auch unseren Interessen und unserer eigenen Sicherheit, da auf diese Weise internationale Konfliktpotentiale abgebaut werden können.

- ³⁷⁹ Entwicklungszusammenarbeit heißt für uns Entwicklungspartnerschaft. Wir respektieren unterschiedliche religiöse und kulturelle Wertvorstellungen sowie politische und soziale Traditionen. Wir wollen mit allen Staaten zusammenarbeiten, um ihre Entwicklung zu fördern und zur Lösung politischer Krisen und Konflikte beizutragen. Wo diese Hilfe über akute Nothilfe hinausgeht, muß sie mit dem Einsatz für Demokratie und Menschenrechte, soziale Reformen, Umweltschutz und Abrüstung verbunden werden.
- ³⁸⁰ Eine institutionelle Stärkung und eine größere Wirksamkeit der UNO und ihrer Unterorganisationen, besonders bei der Katastrophenbekämpfung, der multilateralen Entwicklungszusammenarbeit sowie bei der Lösung von Flüchtlingsproblemen müssen Hand in Hand gehen. Die Entwicklungspartnerschaft muß ein Bündel von Maßnahmen, Schwerpunktsetzungen und institutionellen Rahmenbedingungen umfassen:
- ³⁸¹ ● Wir bekennen uns zur kontinuierlichen Entwicklungshilfe. Wir unterstützen eine Entwicklungspolitik, die ihre finanzielle und technische Hilfe vorrangig auf die ärmsten Länder der Welt und auf die ärmsten Bevölkerungsschichten konzentriert. Hunger und Krankheit erreichen in diesen Staaten ein Ausmaß, das eine beispiellose moralische Herausforderung an die wohlhabenden Staaten darstellt. Im Mittelpunkt unserer Entwicklungspolitik stehen die Unterstützung ländlicher Regionen, die Aus- und Fortbildung sowie der Aufbau einer funktionierenden Infrastruktur. Die armen Länder müssen in die Lage versetzt werden, aus eigener Kraft die Ernährung für ihre Bevölkerung sicherzustellen. Hilfe zur Selbsthilfe ist der wirksamste Beitrag dafür, daß sie langfristig die Fähigkeit erlangen, aus eigenen Kräften für das Wohl ihrer Menschen zu sorgen.
- ³⁸² ● Wir Christliche Demokraten sehen in einer freiheitlichen und sozial verpflichteten wirtschaftlichen Ordnung, die die natürlichen Lebensgrundlagen schützt, den besten Weg, die Entwicklung in den armen Ländern zu fördern. Ein Welthandelssystem mit freiem Waren-, Dienstleistungs- und Kapitalverkehr bringt Vorteile für alle.
- ³⁸³ ● Wir betrachten die Entwicklungspartnerschaft zugleich als Aufgabe einer Umweltaußenpolitik. Wir wissen, daß mehr Umweltschutz in den unterentwickelten Ländern nur möglich sein wird, wenn wir den inneren Zusammenhang von fortschreitender Umweltzerstörung, Armut und Bevölkerungswachstum aufbrechen. Wir setzen uns für die Umweltverträglichkeit von Entwicklungshilfeprojekten ein und fördern entsprechende Schutzmaßnahmen für die Umwelt und die natürlichen Lebensgrundlagen.
- ³⁸⁴ Die reichen Industriestaaten müssen bereit sein, ihr Verhalten dort zu ändern, wo es zu Ungerechtigkeiten in der Welt beiträgt. Wir werden unseren Beitrag zur Lösung der internationalen Verschuldungskrise leisten. Die unterschiedlichen Ursachen, Strukturen und Größenordnungen der Verschuldung der Entwicklungsländer erfordern flexible Einzellösungen. Schuldenerlaß und umfassende entwicklungspolitische Zusammenarbeit sind für eine große Zahl von Ländern Voraussetzung für eine zukunftsweisende Entwicklung. Für viele Entwicklungsländer ist die Stärkung ihrer Binnenmärkte eine vordringliche Aufgabe, damit die Bevölkerung langfristig ihr Auskommen durch produktive Arbeit selbst erwirtschaften kann. Die Industrieländer tragen eine besondere Verantwortung für die Öffnung der Märkte.
- ³⁸⁵ Entwicklungszusammenarbeit muß gezielt dazu beitragen, Benachteiligungen von Frauen abzubauen und ihre politischen, ökonomischen und sozialen Chancen zu verbessern. Das Bevölkerungswachstum wird nur dann reduziert werden können, wenn nicht allein die Zahl der Kinder die soziale Sicherheit und das Ansehen der Eltern bestimmt.

- ³⁸⁶ Nichtstaatliche Organisationen, wie die der Kirchen, haben in den vergangenen Jahrzehnten in hervorragender Weise bewiesen, daß sie in der Lage sind, der Bevölkerung in den Entwicklungsländern unmittelbar zu helfen. Ihr Engagement ist nach unserer Auffassung eine unverzichtbare Ergänzung staatlicher Maßnahmen und besonders unterstützenswert.

Kulturaustausch und deutsche Minderheiten im Ausland

- ³⁸⁷ Eine wichtige Grundlage für eine an den Bedürfnissen der Menschen orientierte Politik ist das umfassende Wissen um ihre Lebensumstände, ihre Wünsche und Interessen, Mentalitäten und Sitten. Hierfür ist der internationale Kulturaustausch von entscheidender Bedeutung. Die persönliche Begegnung ist eine wichtige Voraussetzung für Verständigung und Solidarität. Wechselseitige Kenntnisse über Kultur und Geschichte der Völker erleichtern das Verständnis.
- ³⁸⁸ Wir verstehen daher auswärtige Kulturpolitik als einen notwendigen Beitrag zum friedlichen und solidarischen Zusammenleben der Völker. Sie muß integraler Bestandteil unserer Außen-, Entwicklungs- und Europapolitik sein. Wir wollen die kulturelle und wissenschaftliche Zusammenarbeit fördern. Sie ist eine unverzichtbare Ergänzung der finanziellen und technischen Hilfe. Dazu gehört auch die Unterstützung nationaler Minderheiten.
- ³⁸⁹ Deutsche Volksgruppen im Ausland haben eine wichtige Brückenfunktion zwischen den Nationen. Insbesondere die Deutschen, die in ihrer Heimat im Osten geblieben sind, können bei der Zusammenarbeit mit unseren östlichen und südöstlichen Nachbarn helfen. Wir haben ihnen gegenüber eine besondere Verantwortung aufgrund der deutschen Geschichte. Durch Verträge mit den betreffenden Staaten und durch vielfältige direkte Hilfe wollen wir dazu beitragen, daß die Lebensbedingungen der deutschen Minderheiten, ihre Rechte und kulturelle Eigenständigkeit verbessert werden. Unsere Politik zielt darauf, ihnen ein Bleiben zu ermöglichen. Wir fördern die Pflege ihrer Sprache, Lebensformen und kulturellen Traditionen.
- ³⁹⁰ Die Kenntnis der Sprache ist Voraussetzung für den offenen Zugang zu den Kulturen. Eine der Aufgaben unserer auswärtigen Kulturpolitik muß es daher sein, deutsche Sprachkenntnisse im Ausland zu vermitteln. Ebenso können wir durch das Erlernen fremder Sprachen, durch Auslandsaufenthalte und Patenschaften andere Kulturen und Weltbilder erschließen und sie verstehen lernen.

Kapitel VI

Für die Bewahrung der Schöpfung

391

Die Bewahrung der Schöpfung ist zur vorrangigen Aufgabe der Menschheit geworden. Ohne den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen ist eine tragfähige menschliche Entwicklung nicht möglich. Die immer länger werdenden roten Listen von bedrohten oder bereits ausgestorbenen Tieren und Pflanzen, die Veränderung des Klimas auf unserer Erde sowie die Vernichtung großer Teile der Wälder sind unübersehbare Zeichen unseres Fehlverhaltens. Sie machen ebenso wie ständig wachsende Müllberge, die Altlasten in unseren Böden sowie die Verschmutzung von Luft und Wasser deutlich, daß wir in den vergangenen Jahrzehnten zu Lasten von Natur und Umwelt gelebt und unseren Wohlstand mit hohen ökologischen Hypotheken erkaufte haben.

³⁹² Die sozialistische Mißwirtschaft im Osten unseres Landes, die sich auf eine rücksichtslose Ausbeutung von Mensch und Natur stützte, hat zu schweren ökologischen Zerstörungen und gesundheitlichen Beeinträchtigungen geführt. Durch die Wiedervereinigung Deutschlands haben wir die Chance, diese ökologischen Schäden zu beheben, indem wir modernste Sanierungstechniken zum Einsatz bringen und zugleich funktionsfähige marktwirtschaftliche Strukturen aufbauen.

³⁹³ Wir brauchen einen weltweiten Entspannungsprozeß zwischen Mensch und Natur. Wirksamer Umweltschutz beginnt im eigenen Land. Er kann aber nur dann erfolgreich sein, wenn es darüber hinaus gelingt, möglichst alle Staaten der Erde für die Bewahrung der Schöpfung zu gewinnen.

³⁹⁴ Wir Christliche Demokraten wollen unseren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung leisten. Im Mittelpunkt unserer Umweltpolitik steht ein Verständnis von Schöpfung, das Mensch, Natur und Umwelt als Einheit begreift. Die Natur ist nicht nur Nutzgut und Werkzeug des Menschen - ihr kommt auch eine Eigenbedeutung zu.

³⁹⁵ Der Mensch ist eingewoben in das Netzwerk der Natur; sein Handeln muß dem Rechnung tragen. Dafür ist es notwendig, unsere Prinzipien von Solidarität und Subsidiarität um ein neues zu ergänzen: das Prinzip der Gesamtvernetzung - die Rückbindung all unseren Handelns und Wirkens in das tragende Netzwerk der Natur. Daraus folgt: Was der Bewahrung der Schöpfung widerspricht, darf der Mensch nicht tun.

³⁹⁶ In Deutschland sind wir im Umweltschutz ein großes Stück vorangekommen. Wir haben gesetzliche Vorhaben verschärft und wichtige Schritte in Richtung auf eine Ökologische und Soziale Marktwirtschaft unternommen. Neue Umwelttechniken und -verfahren wurden entwickelt und eingesetzt. Sie haben unsere Volkswirtschaft modernisiert und Arbeitsplätze geschaffen. Überdies ist es uns gelungen, den Umweltschutz auch international voranzubringen.

³⁹⁷ Wir haben bewiesen, daß Wirtschaftswachstum und Umweltschutz keine Gegensätze sind. Wirtschaftlich erfolgreich kann auf Dauer nur ein Handeln sein, das ökologisch richtig ist. Durch eine konsequente Umweltpolitik konnte die deutsche Industrie eine führende Rolle auf dem wachsenden internationalen Markt moderner Umwelttechnologien erringen. Die Verbraucher haben durch umweltbewußtes Kaufverhalten wichtige Weichen gestellt.

³⁹⁸ Die Fortschritte in der Bio- und Gentechnologie, aber auch in der Medizin eröffnen uns neue Erkenntnisse über die Zusammenhänge und Wirkungsweisen der Natur. Sie erlauben uns, Krankheiten zu erkennen und zu heilen, die früher hingenommen werden mußten. Sie geben uns die Chance zu erheblicher Steigerung der Nahrungserzeugung, damit Armut und Hunger in der Welt überwunden werden können. Gleichzeitig wächst unsere Verantwortung angesichts erweiterter Handlungs- und Eingriffsmöglichkeiten. Wir müssen lernen, Kosten und Nutzen abzuschätzen, und bereit sein, auf Anwendungsmöglichkeiten zu verzichten, wenn die Risiken und Gefahren ethisch nicht vertreten werden können.

1. Unsere Verantwortung für die Schöpfung

Die Verantwortung annehmen

³⁹⁹ Unsere Verantwortung für die Schöpfung gebietet nicht nur den Einsatz für die Würde des Menschen und damit den Kampf gegen die Verletzung von Menschenrechten und die Überwindung materieller Not. Sie erstreckt sich auch auf die Mitwelt Natur im ganzen Reichtum ihrer Erscheinungen.

⁴⁰⁰ Wir Christliche Demokraten wenden uns gegen die These, der Mensch sei einer ethischen Steuerung des von ihm in Gang gesetzten technischen Fortschritts nicht fähig. Zwischen seiner moralischen und technischen Vernunft klafft kein unüberbrückbarer Abgrund.

⁴⁰¹ Der Mensch hat die Kompetenz und die Pflicht, moralisch verantwortlich mit dem umzugehen, wozu er technisch in der Lage ist. Dies zu leisten, gehört zur Größe seiner Bestimmung als Geschöpf Gottes. Nur wenn wir das einsehen, haben wir die ausreichende Kraft und Motivation, technische Fortschritte zu erzielen, die auch sozialen und umweltpolitischen Anforderungen immer besser genügen.

⁴⁰² Technisches Können entspringt der schöpferischen Gabe des Menschen. Um seiner Verantwortung gerecht zu werden, bedarf es sowohl eines Höchstmaßes an technischen Sicherheitsstandards als auch der moralischen Integrität der Menschen, die Technik anwenden und kontrollieren. Zudem verlangt der Umgang mit Technik eine Absicherung durch ein wirksames Umweltrecht, das wir weiterentwickeln wollen.

⁴⁰³ Wir Christliche Demokraten verdrängen nicht die Risiken, denen menschliches Leben ausgesetzt ist. Wir sind bereit, unsere Entscheidungen immer wieder auf den Prüfstand moralischer Verantwortbarkeit und neuer Erkenntnisse zu stellen. Wir fordern alle Verantwortlichen in Wissenschaft und Technik sowie in Politik und Wirtschaft auf, sich dieser Prüfung zu stellen.

Das Umweltbewußtsein stärken

⁴⁰⁴ Das Umweltbewußtsein der Bürgerinnen und Bürger ist ebenso gewachsen wie ihre Bereitschaft, sich persönlich für ein umwelt- und gesundheitsbewußtes Leben zu entscheiden. Ihr Engagement in Bürgerinitiativen, Umweltverbänden und Vereinen stellt eine wichtige Bereicherung für die Gestaltung von Umweltpolitik dar. Ihre positiven Beiträge können jedoch nicht die notwendigen politischen Entscheidungen in den demokratisch legitimierten Gremien ersetzen.

⁴⁰⁵ Wir setzen uns dafür ein, daß neue Möglichkeiten zur Aufklärung und Mitgestaltung geschaffen werden, damit die Bewahrung der Schöpfung fester Bestandteil des gesellschaftlichen Bewußtseins wird. Wir müssen zunehmend in Kreisläufen denken und bei unseren Entscheidungen die Folgekosten einbeziehen. Dies entspricht der Erkenntnis und dem Wissen um unsere Vernetzung mit dem Ganzen der Natur.

⁴⁰⁶ Es ist eine großartige Chance für eine vom christlichen Verständnis des Menschen geprägte und im modernen Sinne konservative Politik, wenn immer mehr Menschen sich wieder zur Natur hinwenden, nicht in nostalgischer Flucht aus der Realität, sondern im Bewußtsein menschlicher Gesamtverantwortung.

2. Wissenschaft, Forschung und Technik in Verantwortung für die Schöpfung

⁴⁰⁷ Mit den ständig wachsenden Einsichten in die Konstruktionsmuster der Natur, die uns Wissenschaft und Forschung vermitteln, steigt auch unsere Verantwortung für Mensch, Natur und Umwelt. Die Folgen der technischen Umsetzung dieser Erkenntnisse sind heute weitreichender und weniger umkehrbar als in der Vergangenheit.

⁴⁰⁸ Die gesamte Menschheit steht vor einer einzigartigen Herausforderung: Wir müssen erkennen, daß wir durch die Art unseres wirtschaftlichen Handelns, unseren Lebensstil sowie das weltweite Bevölkerungswachstum die Lebensbedingungen im Ökosystem Erde so verändert haben und weiter verändern, daß menschliches Leben und Überleben gefährdet sind. Der verantwortlichen Fortentwicklung von Wissenschaft, Forschung und Technik kommt daher eine entscheidende Bedeutung für die Sicherung des Überlebens zu.

Freiheit und Grenzen menschlichen Handelns

⁴⁰⁹ Freiheit und Freiraum für Wissenschaft, Forschung und Technik zu gewährleisten, gehört zum Grundverständnis unserer Politik. Wir wollen der Wissenschaft und Forschung die nötigen Freiräume durch Abbau von Bürokratie und eine ausreichende Finanzierung schaffen und sie zu Leistung, Kreativität und Wettbewerb ermutigen. Der Erfolg von Forschung ist dabei nicht allein eine Frage der Finanzausstattung, er hängt auch wesentlich vom Einfallsreichtum, Unternehmungsgeist und der Beharrlichkeit des einzelnen Wissenschaftlers ab. Forschung und ihre technische Umsetzung erfordern hochqualifizierte und zugleich verantwortungsvolle Persönlichkeiten.

⁴¹⁰ Wissenschaft lebt aus der Freiheit. Die Freiheit von Wissenschaft und Forschung findet ihre Grenzen dort, wo die Würde des Menschen berührt oder die Schöpfung insgesamt gefährdet ist. Menschliches Leben - ob geboren oder ungeboren - ist unverfügbar und schutzwürdig. Wir treten für den Schutz des menschlichen Erbgutes vor Manipulationen ein. Das Wissen um die Daten des eigenen Genoms ist unveräußerliches Recht jedes einzelnen.

⁴¹¹ Grenzen ergeben sich aus dem Prinzip der Gesamtvernetzung aber auch dort, wo Forschungsverfahren oder die Anwendung von Forschungsergebnissen mit Folgen verknüpft sind, die sich der Kontrolle des Menschen entziehen und damit zu einer Gefährdung seiner natürlichen Lebensgrundlagen führen können.

⁴¹² Verantwortung bedeutet für uns auch, für die Zukunft vorzusorgen. Dies verpflichtet uns, Wissenschaft, Forschung und Technik weiter voranzutreiben, um neue Lösungen für die Bewältigung der großen Menschheitsaufgaben zu finden. Hierbei gilt es, jede Form von ungerechtfertigter Reglementierung auszuschließen. Nur so ist eine umfassende und zugleich präzise Erkenntnis jener grundlegenden Bedingungen erreichbar, die einen ethisch verantwortlichen Umgang mit der Natur sicherstellen.

- ⁴¹³ Wir wollen das umfassende Gespräch mit den Natur-, Sozial- und Geisteswissenschaften, mit Technikern und Ingenieuren, aber auch mit den Kirchen fördern, um uns der Grenzen menschlichen Handelns immer wieder neu bewußt zu werden. Wir brauchen verstärkt eine ethische, ökologische und soziale Technikfolgenabschätzung in Kommissionen und Gremien sowie in Einrichtungen der öffentlichen Hand.

Wissenschaft, Forschung und Technik

- ⁴¹⁴ Wissenschaft, Forschung und Technik tragen erheblich zum weltweiten Ansehen Deutschlands, zur Wettbewerbsfähigkeit und der Sicherung unseres Wohlstandes bei. Deutschland muß ein international führendes Forschungsland bleiben.
- ⁴¹⁵ Voraussetzung zur Erweiterung menschlichen Wissens und Könnens ist die Grundlagenforschung. Sie ist unverzichtbarer Teil staatlicher Forschungsförderung. Gleichwohl ist auch die Wirtschaft aufgerufen, sich neben der anwendungsorientierten Forschung verstärkt auch der Erforschung von Grundlagen zuzuwenden.
- ⁴¹⁶ Der Staat kann und soll technologische Innovationen nicht verordnen. Unternehmen können den Forschungsbedarf zur Entwicklung neuer Techniken und Produkte aufgrund der Marktentwicklung selbst am besten beurteilen. Deshalb sind anwendungsbezogene Forschungen und Innovationen originäre Aufgaben der Wirtschaft. Sie kann durch ein langfristiges technologisches Engagement die Voraussetzungen für ihre internationale Wettbewerbsfähigkeit und ihren wirtschaftlichen Erfolg sichern.
- ⁴¹⁷ Wissenschaft und Wirtschaft wachsen international immer weiter zusammen. Staatliche Grenzen werden durch transnationale Forschungskooperationen und Unternehmen aufgehoben. Dies erfordert die Bündelung der Kräfte auf nationaler, europäischer und internationaler Ebene, damit wir in der Lage sind, den weltweiten Herausforderungen zu begegnen. Wir brauchen auch in der Forschungs- und Technikpolitik die europäische Kooperation.
- ⁴¹⁸ Eine neue Art von Wachstum wird erkennbar, das nicht zunehmend Rohstoffe, Energie und Umwelt verbraucht, sondern endliche Ressourcen schont und regenerative Ressourcen nutzt. Es ist gegründet auf die menschliche Intelligenz, auf Wissenschaft, Forschung und Technik: die neuen Mikrotechnologien, die Informationstechnik, die Bio- und Gentechnologie sowie die neuen Materialwissenschaften.

3. Unser Weg zur Bewahrung der Schöpfung

Umweltpolitik in Deutschland

- ⁴¹⁹ Umweltpolitik ist Überlebenspolitik und muß verstetigt betrieben werden - unabhängig von Konjunkturschwankungen und Meinungsmoden. Eine wirkungsvolle Umweltpolitik braucht überzeugende Strategien. Nur dann kann sie langfristig wirksame Anreize zur Entwicklung und zum Einsatz umweltverträglicher Techniken geben sowie Grundlage für Verhaltensänderungen des einzelnen wie in der Gesellschaft sein.
- ⁴²⁰ Wir müssen den Umweltschutz in Deutschland zum selbstverständlichen Handlungsprinzip für alle machen. Dies setzt voraus, daß die Kosten unterlassener Umweltvorsorge und der Inanspruchnahme von Umwelt vom Verursacher getragen werden müssen. Diese klare Bindung an das Verursacherprinzip wird nur dann gewährleistet, wenn sich diese Kosten in ökologisch ehrlichen Preisen niederschlagen. Umweltvorsorge ist die konsequente Anwendung des Verursacherprinzips. Umweltschutz wird um so teurer, je später er einsetzt.

- ⁴²¹ Der Aufbau einer modernen Wirtschaft im Osten Deutschlands ist nur möglich, wenn wir der Sanierung der schweren ökologischen Schäden Priorität einräumen. Da die Verursacher der Schäden oft nicht mehr zur Rechenschaft gezogen werden können, ist die Sanierung eine gesamtgesellschaftliche Aufgabe, die nach dem Gemeinlastprinzip zu finanzieren ist. Dabei müssen wir dafür Sorge tragen, daß die Finanzierungsmöglichkeiten von Wirtschaft und Gesellschaft nicht überfordert werden. Fristverlängerungen zur Erreichung von Qualitätszielen und die Einräumung von Kompensationsmöglichkeiten für Investoren sind hier zu nutzen.
- ⁴²² Wir wollen das Ordnungsrecht fortentwickeln und verstärkt marktwirtschaftliche Anreize für mehr Umweltschutz schaffen. Über beide Instrumente kann die Knappheit der Naturgüter erfaßt werden. Ausgehend von der Verantwortung des einzelnen in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft treten wir dafür ein, zunächst alle Chancen zur Kooperation zu nutzen, bevor staatliche Regelungen eingesetzt werden müssen.
- ⁴²³ Wir werden aber auch künftig Gebote und Verbote zur wirkungsvollen Abwehr von unmittelbaren Gefahren für Mensch und Umwelt nutzen. Das Umweltordnungsrecht ist für den Ordnungsrahmen in der Ökologischen und Sozialen Marktwirtschaft weiterhin unverzichtbar.
- ⁴²⁴ Wir wollen alle Möglichkeiten marktwirtschaftlicher Anreize ausschöpfen, um das Eigeninteresse an Innovation und Verhaltensänderung zu stärken. Die Statik des Ordnungsrechtes muß durch marktwirtschaftliche Instrumente ergänzt werden:
- ⁴²⁵ ● Wir wollen verstärkt steuerliche Anreize wie eine abgasbezogene Kfz-Steuer, Abschreibungsvergünstigungen für umweltentlastende Investitionen sowie Abgaben zur Vermeidung von Abfällen, Treibhausgasen und Schadstoffen einsetzen.
- ⁴²⁶ ● Wir wollen vermehrt Möglichkeiten zur Kompensation schaffen. Dabei werden den Unternehmen und Betrieben Umweltziele und Umweltentlastungen vorgeschrieben, ohne festzulegen, wie diese Vorgaben im einzelnen erfüllt werden.
- ⁴²⁷ ● Wir wollen das Umwelthaftungsrecht wirkungsvoll ausgestalten, um damit zugleich einen Anreiz für mehr Umweltvorsorge zu schaffen.
- ⁴²⁸ ● Wir streben die Ausweisung eines grünen Sozialprodukts sowie die Einführung von Umweltbetriebsprüfungen an.
- ⁴²⁹ ● Wir wollen die Aufklärung und Information über umweltfreundliches Verhalten, umweltverträgliche Produkte und Verfahren verbessern und die national und international anerkannten Umweltzeichen weiterentwickeln. Umweltbildung und -beratung sind für eine erfolgreiche Umweltpolitik unverzichtbar.
- ⁴³⁰ Unsere Natur- und Kulturlandschaften sind geprägt durch die Vielfalt der Lebensräume von Menschen, Tieren und Pflanzen. Sie gilt es zu schützen und zu bewahren. Besondere Leistungen der Land- und Forstwirtschaft für die Erhaltung der Natur müssen honoriert werden. Dies muß auch im Naturschutzrecht verankert werden. Im Bereich der Landschaftspflege entstehen neue Berufsmöglichkeiten, insbesondere auch für Landwirte, die wir fördern wollen.
- ⁴³¹ Wir setzen uns für einen sorgsamen Umgang mit Boden und Natur in der Städte- und Landschaftsplanung ein. Im Verkehrsbereich müssen regional wie global neue Konzepte entwickelt werden. Die Preise unserer Mobilität müssen die Kosten der Umweltbelastung und Naturnutzung widerspiegeln. Wir wollen eine Verkehrsstruktur fördern, die die ökologisch optimale Integration aller Verkehrsträger sicherstellt. Durch intelligente Steuerungskonzepte muß es uns gelingen, unnötigen Verkehr zu vermeiden und erzwungene Mobilität abzubauen. Schienen- und Wasserwege müssen im Hinblick auf ihre Umweltfreundlichkeit ausgebaut werden.

- ⁴³² Wir streben ein integriertes Abfallwirtschaftskonzept an, in dem die Vermeidung von Müll Priorität vor der Wiederverwendung und Verwertung sowie der Müllverbrennung einnimmt und in dem an die Entsorgung hohe Sicherheitsanforderungen gestellt werden. Produktion, Verteilung, Nutzung und Entsorgung müssen soweit wie möglich in geschlossenen Kreisläufen erfolgen. Wir brauchen abfallarme Produktionsverfahren und Produkte. Wir treten für eine Begünstigung von Verpackungstoffen ein, die der Wiederverwendung oder -verwertung leicht zugeführt werden können. Ökobilanzen sind verstärkt heranzuziehen.
- ⁴³³ Eine gesicherte Energieversorgung ist Grundlage für Wohlfahrt und Wirtschaftsentwicklung. Die Industriestaaten tragen aufgrund ihres hohen Energieverbrauches auch international eine besondere Verantwortung:
- ⁴³⁴ ● Wir setzen uns für eine ökologisch verantwortete Energieproduktion und -nutzung ein. Eine sparsame, intelligente und verantwortungsbewußte Nutzung von Energie sowie die konsequente Erschließung erneuerbarer Energiequellen sind der beste Weg, Energieressourcen zu schonen und Umweltbelastungen zu vermeiden.
- ⁴³⁵ ● Wir treten für die verantwortliche Nutzung der Kernenergie ein. Hierzu gehört die umweltverträgliche und sichere Entsorgung der Abfallstoffe. Wir können nicht aus der Nutzung der Kernenergie aussteigen, denn dies hieße auch, auszusteigen aus der Weiterentwicklung von Kernenergietechnik und -sicherheit. Internationale Umweltpartnerschaft verlangt auch hier unsere Wahrnehmung von Verantwortung.
- ⁴³⁶ ● Wir setzen uns für die konsequente Durchführung unseres CO₂-Minderungsprogramms ein. Die begonnene globale Klimapolitik muß nachhaltig vorangetrieben werden.
- ⁴³⁷ Umweltbelastungen und Umweltschäden fallen grenz- und regionenüberschreitend an. Deshalb treten wir dafür ein, die EG-weite Zusammenarbeit im Bereich der Umweltpolitik zu verstärken. Wir streben eine Harmonisierung des Umweltrechts an; Normen, Richtlinien und Förderprogramme sollen im gesamten EG-Raum gleichermaßen gelten.

Globale Umweltpartnerschaft

- ⁴³⁸ Die globale Umweltbelastung hat in den vergangenen Jahrzehnten dramatisch zugenommen. Die Verschmutzung von Luft und Gewässern, die Ausdünnung der Ozonschicht, die Zerstörung der Wälder, Bodenerosion und Wüstenausbreitung sowie der steigende Energieverbrauch stellen eine Gefahr für unseren Planeten Erde dar.
- ⁴³⁹ Die in den Industriestaaten vorgelebte ressourcenaufwendige Wirtschafts- und Konsumweise kann nicht Maßstab für eine langfristig tragfähige Entwicklung sein. Wir können die Zukunft der Menschheit nur dann sichern, wenn wir in den Industrieländern unsere Lebensweise ändern und damit zum Vorbild für andere Staaten werden.
- ⁴⁴⁰ Zunehmend ist sichtbar geworden, daß alle Menschen bei der Erhaltung der natürlichen Lebensgrundlagen in einer weltweiten Risikogemeinschaft leben. Wir brauchen eine Umweltaußenpolitik. Wir brauchen einen weltweiten Entspannungsprozeß zwischen Mensch und Natur. Wir müssen in unserer Art zu leben und zu wirtschaften „abrüsten“. Wir können uns nicht länger ein Wachstum leisten, das die Kosten unseres Wohlstands auf andere abwälzt. Wir dürfen den ökologischen Generationenvertrag nicht verletzen.
- ⁴⁴¹ Wir Christliche Demokraten sehen die Notwendigkeit des Umdenkens und setzen uns für die Weiterentwicklung unserer Industriegesellschaft, die den ökologischen Erfordernissen Rechnung trägt, ein:
- ⁴⁴² ● Wir brauchen ein neues Verständnis von Wachstum. Wachstum darf künftig nicht mehr allein die Mehrung materieller Güter und Dienstleistungen bedeuten und die Kosten der Inanspruchnahme von Umwelt außer acht lassen.

- ⁴⁴³ ● Wir brauchen ein neues Verständnis von Wohlstand. Er muß künftig auch den Erfordernissen der Natur Rechnung tragen. Nur so können wir den heutigen und nachfolgenden Generationen ein menschenwürdiges Dasein sichern. Eine gesunde und lebenswerte Umwelt ist zentraler Bestandteil unseres neuen Wohlstandsbegriffes.
- ⁴⁴⁴ ● Wir brauchen ein neues Verständnis von Fortschritt. Als Fortschritt kann nur das bezeichnet werden, was von den Bedingungen der Natur mitgetragen wird. Wirtschaftliches Handeln, das die natürlichen Ressourcen unverhältnismäßig verbraucht und unser Ökosystem gefährdet, kann nicht als Fortschritt bezeichnet werden.
- ⁴⁴⁵ Der weltweiten Zunahme der Umweltbelastung und dem gedankenlosen Umgang mit der Schöpfung stellen wir unser Konzept einer globalen Umweltpartnerschaft entgegen. Globale Umweltpartnerschaft bedeutet für uns nicht, daß wir die Entwicklungsländer aus ihrer eigenen Verantwortung entlassen können. Es ist ihre Aufgabe, rechtsstaatliche, marktwirtschaftliche und sozial gerechte Strukturen zu schaffen, damit sie ihren Beitrag zur Bewahrung der Schöpfung leisten können.
- ⁴⁴⁶ Unser Konzept der globalen Umweltpartnerschaft kann den armen und reichen Staaten der Erde gemeinsam den Weg zur Bewahrung der Schöpfung weisen:
- ⁴⁴⁷ ● Wir brauchen eine Umweltaußenpolitik. Wir müssen gemeinsam ein weltumspannendes Handlungsprogramm entwickeln, bei dem den reichen Ländern eine besondere Verantwortung zukommt. Sie müssen diese auch durch die ökologische Weiterentwicklung ihrer Industriegesellschaften wahrnehmen. Durch die Verknappung des Produktionsfaktors Umwelt können wir zur Weiterentwicklung einer umwelt- und ressourcenschonenden Technik beitragen.
- ⁴⁴⁸ ● Wir müssen den inneren Zusammenhang von Armut, Bevölkerungswachstum und fortschreitender Umweltzerstörung aufbrechen. Nur durch eine partnerschaftliche Zusammenarbeit aller Länder dieser Erde, verbunden mit der Bereitschaft zum Teilen, sowie durch das neue Wohlstandsverständnis können wir die Gefahren abwenden. Globale Umweltvorsorge und die Überwindung der Unterentwicklung gehören untrennbar zusammen; sie sind zwei Seiten derselben Medaille.
- ⁴⁴⁹ ● Wir müssen den unterentwickelten Ländern beim Aufbau marktwirtschaftlicher und ökologisch verantwortbarer Wirtschaftsstrukturen helfen. Durch die Öffnung unserer Märkte für ihre Produkte und eine veränderte Exportpolitik erhalten sie eine Chance zur Entwicklung ihrer heimischen Volkswirtschaften. Wir müssen ihnen die notwendigen wissenschaftlichen und technischen Kenntnisse zu bezahlbaren Preisen zur Verfügung stellen.
- ⁴⁵⁰ ● Wir müssen den Weg der Entschuldung der unterentwickelten Länder konsequent fortsetzen, womit wir zugleich unsere eigenen ökologischen Schulden in diesen Ländern tilgen. Hierbei ist sicherzustellen, daß der Schuldenerlaß für die Entwicklungsländer nicht zur Honorierung einer politisch, ökologisch und sozial unverantwortlichen Politik führt.
- ⁴⁵¹ Eine ökologisch tragfähige wirtschaftliche Entwicklung kann nur in internationaler Partnerschaft verwirklicht werden. Unsere Zusammenarbeit mit den Entwicklungsländern hat gleichermaßen die Armutsbekämpfung, die Bildungsförderung sowie die umweltschonende Wirtschaftsentwicklung zum Ziel. Wir müssen in den unterentwickelten Ländern eigenverantwortliches Handeln ermöglichen und fördern.
- ⁴⁵² Anders leben, damit wir alle überleben - diesem Ziel dient unsere Politik der Bewahrung der Schöpfung.

Politik der Glaubwürdigkeit

- ⁴⁵³ Das Grundsatzprogramm der Christlich Demokratischen Union Deutschlands beschreibt die Grundsätze und Ziele christlich-demokratischer Politik an der Schwelle zum 21. Jahrhundert. Wir Christliche Demokraten verpflichten uns darauf als Maßstab und Orientierung unserer Politik.
- ⁴⁵⁴ Unser Programm wird in den kommenden Jahren durch die Mitglieder und Funktionsträger der CDU auf allen politischen Ebenen umzusetzen sein. Dies schließt nicht aus, daß neue Entwicklungen Korrekturen erzwingen und neue Aufgaben in den Vordergrund rücken.
- ⁴⁵⁵ Wir bekennen uns zu den Grenzen von Politik. Das christliche Verständnis vom Menschen zeigt uns, daß menschliches Handeln nicht ohne Fehler oder Schuld sein kann. Wir wissen, daß das „Paradies auf Erden“ nicht geschaffen werden kann. Dennoch sind wir aufgerufen, unermüdlich daran mitzuarbeiten, daß die Welt von morgen eine gerechtere und menschlichere wird. Denn es gehört zur Größe des Menschen, ethisch verantwortlich sein Leben zu gestalten und dabei Verantwortung für Mitmenschen, Natur und Umwelt zu übernehmen.
- ⁴⁵⁶ Wir stellen uns der Überprüfung unserer Politik. Die Christlich Demokratische Union wird Rechenschaft über die Verwirklichung des Programmes geben und in Zwischenberichten Partei und Öffentlichkeit über die Ergebnisse informieren.
- ⁴⁵⁷ Politische Glaubwürdigkeit beruht auf Verlässlichkeit und Offenheit. Wir Christliche Demokraten rufen alle Interessierten, ob Mitglieder oder Nichtmitglieder, dazu auf, mit uns über die Zukunft unseres Landes nachzudenken. Wir werben um Anregung und Kritik, um Unterstützung und Mitarbeit. Wir wissen, daß es sich lohnt, gemeinsam für eine freie und verantwortliche Gesellschaft in Deutschland zu arbeiten.

Stichwortverzeichnis

Abgeordnete	47	Ehe	19
Abrüstungsvereinbarungen	57ff	Ehlers, Hermann	9
Adenauer, Konrad	9, 54	Eigentum	32, 37, 49
Aids	44	Eigentumspolitik	36
Alleinerziehende	18ff, 24, 41	Eigenverantwortung	31f, 41, 37
Ältere Menschen	22, 41	Einbürgerung	46
Alter	18, 22	Eine Welt	12, 14f, 54, 57f
Anerkennung der Erziehungsleistung	19ff, 43	Einheitsversicherung	42
Arbeit	21, 26, 38, 41	Einigungsvertrag	42
Arbeitgeber	20, 39, 41	Elite	25
Arbeitnehmer	36, 39, 41	Eltern	19ff, 23f, 41
Arbeitsmarktpolitik	26, 35, 38	Ende des Ost-West-Konflikts	7, 13, 53, 55
Arbeitsvermittlung	34, 38	Energie	29, 36f, 39, 56, 64, 66
Arbeitszeit	21, 30, 38	Entfaltung der Person	11, 14, 17f, 22, 26, 31
Armut	41, 53, 59, 62, 67	Entspannung → s. Ende des Ost-West-Konflikts	
Arnold, Karl	9	Entspannungsprozeß zwischen Mensch und Natur	61, 66
Asyl und Zuwanderung	51, 56	Entwicklungsländer	31, 37, 51, 59f, 67
Aufbau der neuen Länder	29f, 33ff, 38, 40f, 65	Entwicklungspolitik, -partnerschaft	51, 58ff
Ausbildung	23ff, 30, 44, 59	Erhard, Ludwig	9, 29
Ausbildungsplätze	21, 35	Erziehung	19f, 22, 26
Ausländische Arbeitnehmer	38, 51	Erziehungsgeld	21
Aussiedler	51	Europa	22, 27, 30, 33, 37, 40, 53ff, 60, 64, 66
Autorität	23, 50	Europäische Gemeinschaft	53ff
		– Integration	7, 10, 45f, 55f
Beamtentum	25, 49	– Kommission	56
Begabung, Begabtenförderung	11, 18, 23ff, 28	– Parteien	57
Behinderte Menschen	18, 20, 41, 44	– Sicherheitsgemeinschaft	53f, 56
Berufliche Bildung	24	– Union	7, 15, 30, 34f, 39, 42, 49ff, 54ff, 58
Bevölkerungsentwicklung	25, 29, 32, 53, 59, 63	– Verfassung	56
Bewahrung der Schöpfung → s. Schöpfung		– Zentralbank	38, 56
Bildung	13, 22f	Europäische Volkspartei	57
Bündnispolitik	54, 57f	Europäischer Binnenmarkt	30, 37, 39, 53
Bürgerinitiativen	46, 48, 62	Europäisches Parlament	56
Bürgernähe	48ff, 56	Europol	49, 56
Bürgerrechte → s. Menschen- und Bürgerrechte		Extremismus	45, 49, 53
Bundesbank	38		
Bundeswehr	21, 57	Familie	7, 12, 14, 18ff, 26, 37f, 40, 42, 44
		Familie und Beruf	19ff, 24, 38
Chancengerechtigkeit	13, 19, 23	Familienlastenausgleich	20
Christlich-demokratische Tradition	9f	Finanzpolitik	33f
Christliches Verständnis vom Menschen	7, 9, 11, 29, 63, 68	Finanzverfassung	50
		Flüchtlinge	53, 59
Daseinsvorsorge	46, 50	Föderalismus	28, 45, 49f, 56
Datenschutz	49, 63	Forschung	30, 56, 63f
Demokratie	7, 10f, 21f, 28f, 31, 45ff, 53ff, 59	Fortschritt	36, 42f, 53, 62, 67
Denkmalpflege	41	Frauen	18f, 38, 59
Deutschland, Einheit	10, 13f, 42, 45f, 54f	Freie Träger	24
– Teilung	22, 45	Freies Mandat	47
– Wiedervereinigung	13, 17, 28ff, 33, 45, 61	Freiheit	7, 9ff, 17f, 22, 25ff, 31f, 34ff, 43, 45ff, 53ff, 58, 63
Dezentralisierung	32	Freizeit	26, 37, 41
Drogen	40, 44f, 49	Frieden	7, 12f, 46, 53ff
		Frieden, sozialer	30, 32, 39ff
		Fremdsprachenkenntnisse	24, 60

Geldwertstabilität	32, 37, 56	Kommunale Selbstverwaltung	48, 50
Gemeinlastprinzip	65	Konflikte	21, 41, 47, 57, 59
Gemeinwohl	7, 11ff, 17f, 20f, 26, 31, 41, 46f, 57	Kriegsdienstverweigerung → s. Zivildienst	
Gentechnologie	61, 63f	Kultur und Kunst	22ff, 27f, 41, 46, 50, 60
Generationenvertrag	32, 43, 66		
Gerechtigkeit	7, 11, 13f, 18, 28, 31, 38, 50, 55ff, 59, 66	Landwirtschaft	37, 65
Gerichte	20, 47, 49	Lehre (an der Universität)	25
Gerstenmaier, Eugen	9	Lehre → s. Berufliche Bildung	
Gesamtvernetzung	33, 61ff	Lehrer	20, 23
Geschichte	14, 24, 27, 46, 54f, 60	Leistung(sfähigkeit) 7, 12ff, 18, 22ff, 29ff, 39, 41f, 50, 63	
Gesellschaft, freie und verantwortliche	7, 13ff, 28, 31, 41, 50, 69		
Gesetzesflut	49	Machtkontrolle	47, 56
Gesundheit(spolitik)	22, 26, 39, 43	Markt, Marktwirtschaft → s. Soziale Marktwirtschaft	
Gewalt(bereitschaft)	14, 21, 26, 45, 49, 51, 54	Medien	27, 47f
Gewaltenteilung	49, 56	Menschenbild → s. Christliches Verständnis vom Menschen	
Gewaltmonopol	49f	Menschen- und Bürgerrechte	13, 15, 28, 46, 54, 56ff, 62
Gewaltverzicht	57	Menschenwürde	7, 9ff, 22, 26, 46, 57, 63
Gewerkschaften	39, 57	Mieter	40
Gewissen	10, 47	Minderheitenschutz	41, 46, 48, 57, 60
Gleichberechtigung	11, 18f, 32	Mitarbeit in der Partei	19, 21, 47f
Gleichheit	11, 13	Mitbestimmung	32, 39
Globale Umweltpartnerschaft	34, 36	Mittelstand	35
Grundgesetz	21, 45f	Modernisierung	14, 33
Grundwerte	11, 54	Müll	49, 61, 66
		Müller, Gebhard	9
Haus- und Familienarbeit	19, 21, 26		
Heimat	50f	Nächstenliebe	9, 12
Hermes, Andreas	9	Nation/Nationalität/Nationalstaat	24, 28, 30f, 46, 55
Hochschule	25	Nationalismus	7, 15
Humanisierung der Arbeit	38	NATO	54, 56ff
		Natur	7, 11, 14, 37, 39, 61ff, 65, 67f
Identität,		Neue Kultur des Helfens	42, 50
nationale/kulturelle/staatsbürgerliche	22, 28, 46, 50, 56	Nordatlantischer Kooperationsrat	58
Ideologie	11	Nord-Süd-Konflikt → s. Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich	
Individualismus	11, 18		
Industrieländer	51, 59, 66	Öffentliche Aufgaben	37f, 49
Infrastruktur	30, 34, 39, 59	Öffentlicher Dienst	49
Initiativen	21, 28	Ökologie → s. Schöpfung, Bewahrung der	
Innere Sicherheit	45f, 49	Ökologisches Jahr, freiwilliges	21
Integration → s. Europäische Integration		Ökologische und Soziale Marktwirtschaft	
Internationale Schuldenkrise	59, 67		29ff, 34ff, 42, 61, 65
Internationale Zusammenarbeit	49, 53ff, 58f, 67	Öffentlicher Personennahverkehr	39f
Internationales Ansehen Deutschlands	24, 27, 30, 64	Ordnungspolitik	33
Internationalität/Globalität	17, 30, 39, 53	Organisierte Kriminalität	45, 49, 55ff
Investivlohn	36	Ostblock (ehem.)	33, 37, 53ff, 57f
Jugend, Jugendliche	18, 20f, 24, 39	Parlament	47
		Parteien	10, 19, 45ff, 57
Kaiser, Jakob	9	Parteireform	47f
Kernenergie	36, 66	Partnerschaft	
Kinder	12, 19f, 22, 24, 27, 41, 43, 59	– in Ehe und Familie	19
Kindergarten	20f	– mit den USA	54, 58
Kirchen	9, 21, 26, 45, 48, 57, 60, 64	– Soziale	32
Klima	61, 66	– der Generationen	22, 46
Kollektivismus	11	Pflege	21f, 43f, 50

Pflegeversicherung	22, 32, 44	Subventionen	33f
Pflichten	11ff, 17f, 22, 45ff, 54, 56ff	Sucht	21, 44
Pluralismus	48		
Politische Führung	47	Tarifautonomie	32
Polizei	20, 49	Tarifpartner	21, 24, 30, 32, 36, 38f
Preisstabilität	34, 37f	Tarifpolitik	39
Privatisierung	30, 34ff, 39f	Technikfolgenabschätzung	64
Psychisch Kranke	44	Technologie	26, 30, 50, 62
		Technologietransfer	67
Rationalisierung	32, 34	Toleranz	7, 13f, 19, 24, 28, 51
Recht	13, 20, 22, 33, 35, 49, 62, 65		
Rechtsstaat	7, 23, 31, 45, 48f	Überbürokratisierung	14, 49
Regierung	47	Überwindung der Kluft zwischen Arm und Reich	7, 12, 15, 59
Religionsgemeinschaften	26f, 51		
Religionsunterricht	24	Umwelt, -schutz	29, 31, 33f, 36f, 39f, 53, 56, 59, 61ff, 69
Rente	22, 32, 42	Umweltaußenpolitik	54, 59, 66
Rohstoffe	30, 36f, 64	Umweltbewußtsein	62
Rundfunk- und Fernsehanstalten	27	Unternehmer/-nehmen	30, 35f, 65
Schöpfung, Bewahrung der	7, 11f, 14, 31ff, 46, 53, 55f, 61ff, 67	Verantwortung	7, 9ff, 17ff, 23, 25f, 30ff, 36ff, 41, 44, 46ff, 54ff, 62f, 65ff, 68
Schule	21, 23f, 27, 51	Verbände	21, 26, 41, 45ff, 57, 62
Schutz des ungeborenen Lebens	10, 20, 44, 63	Verbraucher	31, 37, 61
Schwarzhaupt, Elisabeth	9	Vereine	21, 26, 48, 62
Sekten	21	Vereinigte Staaten von Amerika	54, 58
Selbständigkeit	35	Vereinsamung	17
Selbstbestimmung	10, 18, 31	Vereinte Nationen	56ff
Selbstverantwortung	18, 31, 44	Verkehr(spolitik)	30, 36, 39f, 56, 65
Selbstverwaltung	32	Vermieter	20, 40
Sicherheit, Äußere	46, 53ff	Vermögensbildung in Arbeitnehmerhand	36
Soldaten	21, 58	Versicherungspflicht	32, 38, 42
Solidarität	7, 11f, 14, 17ff, 28, 31f, 42, 55, 59, 61	Verteidigung	57f
Sowjetunion (ehem.)	53, 58	Verursacherprinzip	33, 64
Soziale Berufe	24	Verwaltung	35, 49, 56
Soziale Dienste	26	Völkerverständigung	24, 53, 60
Soziale Gerechtigkeit/sozialer Ausgleich	13f, 17, 29, 32, 40, 54	Volksentscheid	47
Soziale Marktwirtschaft	10, 29f, 32, 39	Volksgruppenrecht	60
Soziale Ordnung	29, 32, 38	Volkspartei	9, 47
Soziale Sicherung	29ff, 35, 37, 41ff, 55, 59	Vollbeschäftigung	32, 38
Sozialer Wohnungsbau	40	Vorsorgeprinzip	33, 64
Soziales Jahr, freiwilliges	21		
Sozialhilfe	43	Währungspolitik	37f
Sozialpflichtigkeit	32, 36, 40	Währungsunion	38, 42, 54, 56
Sozialstaat, Umbau des	7, 29, 31, 41f, 44	Wachstum, wirtschaftliches	32ff, 61, 66
Sport	26	Wahlen	45, 47, 56
Staat	7, 10ff, 20, 23, 31f, 34f, 38, 42, 45ff, 54	Weber, Helene	9
Staatsanteil	34	Wehrhafte Demokratie	50
Staatsaufgaben	41ff	Wehrpflicht	58
Staatsverschuldung	33f	Weiterbildung	21, 24ff
Stabilitätspolitik	33, 37f, 56	Weltwirtschaft	31
Städtebau	40f	Werbung	27
Sterben/würdiger Tod	44	Wertorientierte Politik	45
Steuerpolitik	20, 30, 33ff, 41, 65	Wettbewerb(sfähigkeit)	23, 25, 30, 32ff, 37, 39, 42, 50, 54, 63f
Strukturpolitik, -wandel	33ff, 57	Wiedereinstieg in den Beruf	21, 26
Subsidiarität	12, 32, 42, 46, 50, 61	Wirtschaftsordnung	29, 31f, 35, 38, 41

Wirtschaftsstandort Deutschland	30, 34, 40
Wissenschaft	30, 63f
Wohlstand	29f, 32f, 35, 43, 53f, 61, 64, 66f
Wohneigentum	36, 40
Wohnen	20, 22, 40f
Wohnungsbau	40
Zivildienst	21
Zusammenleben mit Menschen anderer Nationalität	14f, 28, 51

Anhang

Mitglieder der Grundsatzprogramm-Kommission:

Vorsitzender: Reinhard Göhner

Stellvertreter: Maria Böhmer

Mitglieder:

- Ulf Fink
- Heiner Geißler
- Hanspeter Georgi
- Hermann Gröhe
- Claus-Peter Grotz
- Renate Hellwig
- Ottfried Hennig
- Peter Hintze
- Marcel Kaufmann
- Roland Koch
- Karl Lamers
- Gerd Langguth
- Ursula Lehr
- Christine Lieberknecht
- Albrecht Martin
- Angela Merkel
- Friedrich Merz
- Hans-Joachim Meyer
- Johannes Nitsch
- Claudia Nolte
- Anton Pfeifer
- Hannelore Rönsch
- Volker Rühe
- Bernd Schmidbauer
- Rupert Scholz
- Christian Schwarz-Schilling
- Erika Steinbach-Hermann
- Josef Stock
- Rita Süßmuth
- Christa Thoben
- Bernhard Vogel
- Rüdiger von Voss
- Gustav Wabro
- Walter Wallmann
- Matthias Wissmann

Kooptierte Mitglieder und Ständige Gäste:

Christoph Böhr
Anne-Karin Glase
Klaus Gotto
Ludger Kühnhardt
Norbert Lammert
Hans Reckers
Christian Schneller
Horst Teltschik
Klaus Töpfer
Markus Vette
Christian Wulff
Klaus Zeh

Sekretär der Grundsatzprogramm-Kommission:

Thomas M. Gauly

Stellvertreter:

Thomas Helfen

